

Zeitschrift für Politik und Kultur



Braver Flieger 2

GEWALT-DEBATTE

Schwafeln über Gewalt 4

Manfred Gmeiner antwortet Franz Schandl

URUGUAY

Berríos, der lästige Biochemiker 6

Geheimdienst als Drogenhändler?

Kurzmeldungen Mexiko 11

KRIEG INC.

Wirtschaftsfaktor Söldner 12

Der Krieg wird privatisiert

EURO, FASS!

Erfassung ohne Verfassung 15

Eine Erregung

Der europäische Geist 20

22 Beispiele

OSTEUROPA

Fluchtgrund: Elend 23

Die ökonomische Situation in Osteuropa

YE GLOBE UNLIMITED

Das MAI: Der falsche Weg 28

gesellschaftlicher Entwicklung

Das neue internationale kapitalistische Manifest

MIT AN BORD

Ein Sprung ins eiskalte Wasser 32

ZOOM im Gespräch mit FREIBORD

KULTUR

Gehörlosentheater ARBOS 35

Rezensionen 36

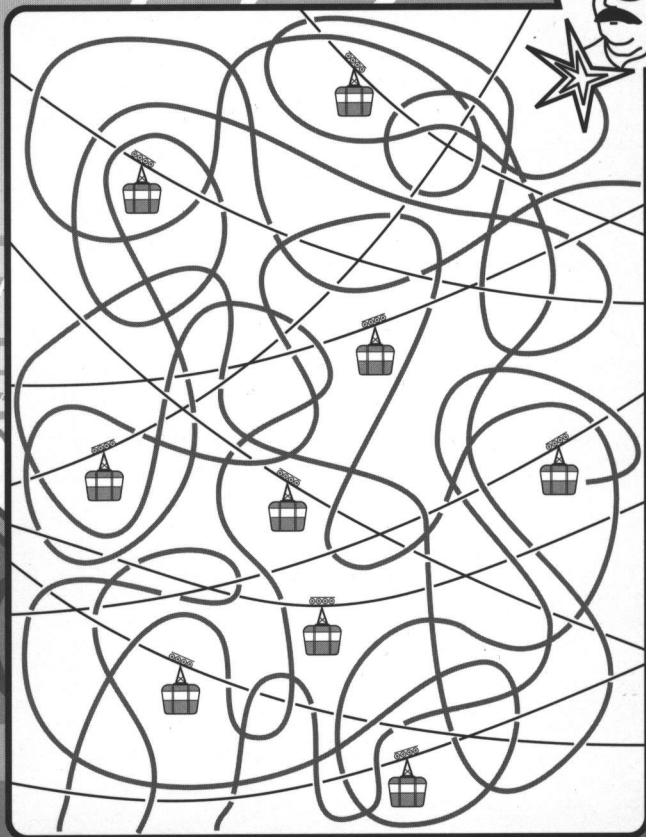
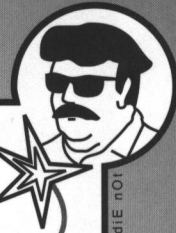
Kurzmeldungen 38

Termine 46

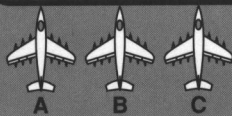
Warum Kunst? 47

Impressum 3

Braver Flieger



© diE nOt



Welcher unserer braven Flieger erreicht Saddam?
Die Lösung unter dem Kennwort 'Braver Flieger' an den
Verlag und einen Urlaub in Italiens Bergwelt gewinnen! Die
Ziehung erfolgt wie immer unter Ausschluß des Rechtsweges.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Das aktuelle Heft eröffnet mit einer Replik von Manfred Gmeiner auf Franz Schandls Thesen zu Gewalt und Gewaltlosigkeit bzw. -freiheit in der letzten Nummer. Es folgt eine Reihe von Artikeln, die auf den ersten Blick nicht unbedingt direkt zusammenhängen, aber doch nur die zwei Seiten einer Medaille beleuchten. Die Vorderseite zeigt die zunehmend grenzenlose Freiheit des Kapitals, für welche neuerdings das Kürzel MAI steht (Seite 28) – der Maibaum am Umschlag bezieht sich auf mehr als den Erscheinungsmonat dieser Ausgabe. Die Kehrseite ist die zunehmend grenzenlose Unfreiheit der Menschen, die innerhalb der Festung Europa durch das Stichwort Schengen auf ihren Begriff gebracht wird. Den Beitrag von Hannes Hofbauer (Seite 23) haben wir mit freundlicher Genehmigung von Autor und Verlag dem jüngst erschienen Buch „Menschenjagd“ (Promedia, öS 218,-) entnommen, dessen AutorInnen das „Schengenland in Österreich“ einer kritischen Analyse unterziehen. Die HerausgeberInnen Anny Knapp und Herbert Langthaler von der „asylkoordination österreich“ schreiben im Vorwort:

„Menschenjagd‘ dokumentiert konkrete Maßnahmen Österreichs und anderer EU-Staaten zur Verhinderung von Migration und Flucht im Rahmen des Schengener Abkommens. Wie sich diese Politik in konkreten Gesetzesbestimmungen niederschlägt und für Schutzsuchende auswirkt, wird in den Beiträgen ebenso analysiert wie die Situation von Schubhäftlingen vor und nach der Abschiebung.“

An dem Buch haben auch Redaktionsmitglieder der ZOOM mitgeschrieben, ein Ergebnis der neuen Nachbarschaft mit der asylkoordination, die seit letztem Herbst Wand an Wand mit der ZOOM-Redaktion tätig ist.

Ebenfalls unter Mitwirkung der ZOOM ist bei Elefant Press das Buch „Delikt: Antifaschismus – Briefbombenterror in Österreich und Kriminalisierungskampagnen von rechts“ erschienen (herausgegeben von Wolfgang Purtscheller, Markus Kemmerling und Václav Kopecky, mit Gastbeiträgen von Wolfgang Gombocz, Elfriede Jelinek, Doron Rabinovici und anderen, ebenfalls um öS 218,-). Die AutorInnen zeigen auf, wie der rechts-extreme Terror in Österreich als Katalysator für einen markanten Rechtsruck der Gesellschaft diente.

„Delikt: Antifaschismus“ hat bereits erste Reaktionen ausgelöst. Ein im Buch nur mit Vornamen genannter Amtsdirektor im Heeresnachrichtenamt fühlt sich in seinem beruflichen Fortkommen behindert und FP-Klubobmann Ewald Stadler, dem in den Buchbeiträgen eine prominente Rolle zukommt, dokumentiert in einer Serie von vier parlamentarischen Anfragen zum Buch neuerlich seine Position als Denunziant der Republik.

Die Anfragen richten sich gegen Minister Einem, Sicherheitsdirektor Sika, Rechtsanwalt Prader einerseits und Wolfgang Purtscheller andererseits sowie gegen die beiden Adressaten von BBA-Bomben Terezija Stoitsis – deren Namen Stadler, Zufall oder nicht, wiederholt falsch

schreibt – und Wolfgang Gombocz. Zwischen den Zeilen entwickelt Stadler die vom rechtsextremen Ministerialrat im Bundeskanzleramt Günter Rehak entwickelte Theorie, Stoitsis könnte sich die an sie gerichtete Briefbombe selbst zugeschickt haben, weiter und dehnt diese auf Wolfgang Gombocz aus. Insbesondere den Obmann des slowenischen Kulturvereins „Artikel VII“ macht Stadler vom Opfer zum Täter, indem er etwa vom Innenminister dessen Erkenntnisse über die Kontakte zwischen Gombocz und Fuchs erfragt und wissen will, warum dieser angesichts dieser „Tatsachen“ weiter an der Einzeltätertheorie festhält.

Da wir gerade bei Büchern sind, möchten wir unsere LeserInnen noch einmal auf das nach wie vor sehr aktuelle kritische Handbuch der ZOOM-Mitarbeiter Klaus Heidegger und Peter Steyrer zum „NATO-Streit in Österreich“ (Thaur-Verlag, öS 248,-) hinweisen. Alle drei Bücher können, sofern im Buchhandel nicht erhältlich, auch über die ZOOM-Redaktion bestellt werden.

Zum Abschluß noch ein Hinweis in eigener Sache: Mittlerweile hat sich das „Bureau No 2 – Agentur für Kommunikation und Information“ als Zweigverein der Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung konstituiert. Es wird demnächst die Medieninhaberschaft der ZOOM übernehmen. Herausgeberin bleibt weiterhin die Arge WDV.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

DIE ZOOM-REDAKTION
im Mai (nicht im MAI) 1998



Zeitschrift der
Arbeitsgemeinschaft für
Wehrdienstverweigerung,
Gewaltfreiheit und
Flüchtlingsbetreuung
(Medieninhaberin)

Schottengasse 3A/1/59,
A-1010 Wien,
Tel. ++43-1-535 11 06,
Fax: ++43-1-532 74 16,
E-mail: zoom@thing.at
Web: fgidec1.tuwien.ac.at/
media/zoom

Redaktion: Ludwig Csépai, diE nOt, Manfred Gmeiner, Julia Hošek, Elfriede Hufnagl, Markus Kemmerling, Ilse Kilic, Alexander Lehar, Peter Steyrer und Robert Zöchling

AutorInnen dieser Ausgabe: Samuel Blixen, Rolf Bendrath, Felix Ehrnhöfer, Hannes Hofbauer, Glücksthal Lajos, Jim Love, Bernhard Mark-Ungericht, Tanja Windbüchler

LAYOUT: Robert Zöchling
TITELGRAPHIK: diE nOt

Hersteller: resch & vana,
Lichtgasse 10, 1150 Wien

Abo: 250,-/Jahr; Förderabo: 700,-; Ausland: 350,-/Jahr (50,- DM; 45,- SFr), Übersee: 450,- ATS (65,- DM; 60,- SFr) – bitte bar zuzuschicken oder für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen.

Mitgliedschaft Arge WDV: 500,-/Jahr; ermäßigt: 350,- (inkl. ZOOM-Abo).

Konto: 10010 670 573 bei BAWAG, BLZ 14000

DVR-Nummer: 0541036

Die ZOOM ist Mitglied der VAZ – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

Flugblätter etc. werden als Dokumente aufgenommen und sind Bestandteil der ZOOM. Soweit diese Impressum tragen, haben sie keine Gültigkeit, es gilt lediglich das Impressum der ZOOM.

Schwafeln über Gewalt

Im letzten ZOOM schrieb Franz Schandl „Über Dialektik und Dimension der Gewalt“. Hier eine erste Kritik

VON MANFRED GMEINER



Der Autor schrieb den Artikel erstmals nach den Ereignissen von Ebergassing, geht darin aber mit keinem Wort auf diese allen gänzlich unverständlichen Ereignisse ein. Wollte er auch nicht, könnte man annehmen. Der Artikel wolle vielmehr anlässlich der durch diese Ereignisse ausgelösten Diskussion theoretisch zum Gewaltproblem Stellung nehmen und, wie der Einleitung zu entnehmen ist, korrigierend in einen nach Meinung des Autors irrenden Diskurs eingreifen. Von so einem Artikel sollte man erwarten können, daß er Sichtweisen und Begriffsklärungen einbringt, die eine weitere Diskussion zum konkreten Thema – nämlich die Funktion und Wirkung ganz konkreter Gewaltakte in bezug auf politische Ziele – bereichern. Genau das tut der vorliegende Artikel meiner Ansicht nach jedoch überhaupt nicht.

Der Autor attestiert jenen, gegen die er anschreibt – auf die Frage, wer das ist, werde ich noch zurückkommen –, mangelndes kritisches Bewußtsein, grenzenlose Unfähigkeit zur Reflexion und das Fehlen theoretischer Begrifflichkeit. Der Artikel unternimmt aber leider nicht den geringsten Versuch, Gewalt zu definieren. Gefordert ist dabei nicht eine abschließende, überall anwendbare Definition, die das Phänomen Gewalt in all seinen Varianten beschreibt, aber zumindest der Versuch, mögliche Differenzierungen verschiedener Formen von Gewalt zu benennen. Nur so ist

es möglich, eine Bewertung konkreter Gewaltakte vorzunehmen. Das gibt der Autor im Schlußteil unter dem Stichwort „Gewalt ist nicht Gewalt“ auch zu. Der Artikel beschränkt sich nichtsdestotrotz auf Gemeinplätze zum Begriff Gewalt.

Die einzige Sichtweise, die scheinbar neu in die Diskussion eingebracht wird, ist, daß auch „rechtsstaatliche Gewalt Gewalt ist“. Gefolgert wird daraus, daß wer sich zur Gewaltlosigkeit bekennt, das Gewaltmonopol des Staates anerkennt „und damit selbstverständlich gutheißt, was er ablehnt: Gewalt“. Hier sind wir beim Lehrsatz eins aus dem Schlußwort „Gewalt ist Gewalt“: 'S alles ans.

Hier gibt der Autor einen weiteren Hinweis, wer jene sind, gegen die er argumentiert und die wir eingangs als grenzenlos unkritische Linke kennenlernten. Es sind jene Dummköpfe und Kretins, die für Gewaltlosigkeit eintreten und sich in aufgeregtem Gezeter von einer ihnen unverständlichen Form der Gewalt distanzieren. Doch selbst jenen, die gar nicht aufgefordert waren, zu jenem Ereignis Stellung zu beziehen, weil sie niemand damit in Verbindung brachte, und die voreilig versuchten, ihre Beziehung zu Gewalt öffentlich darzulegen, kann man kaum vorwerfen, jene, der Existenz von Gewalt in der Gesellschaft gegenüber blinde, passive Gewaltlosigkeit zu vertreten, die den Gegner für vorliegenden Artikel abgibt. Meiner Ansicht nach ver-

kennt dieser Vorwurf den Kontext eines ganz konkreten Gewaltaktes, zu dem Aussagen gemacht wurden. Umso mehr als der Artikel heute, drei Jahre nach dem Ereignis redigiert wurde und nicht mehr der emotionalen Hitze der Auseinandersetzung entspringt, wäre es ein Gebot der Seriosität, die Existenz der behaupteten Mei-



nung im Diskurs zumindest durch Zitate zu belegen. Wenn zusätzlich die Behauptung aufrecht erhalten werden soll, die angefochtene Meinung sei ein wesentliches Merkmal des Diskurses der Linken, so setzte dies seriöserweise eine Diskursanalyse voraus.

Ich möchte in der Folge noch versuchen, den Stellenwert, den der Artikel der Gewalt zuweist, herauszuarbeiten. Das ist nicht ganz einfach, da der Autor in seiner Wortspielverliebtheit zu Übertreibungen neigt, denen er an anderer Stelle wieder widerspricht. So setzt der Artikel in Punkt 1 Abs 1 mit einem Lob auf die Gewalt als hervorstechendes Moment der Verwirklichung sozialer Geschichte ein, wie es auch in einem Frühwerk von Ernst Jünger stehen könnte. Die Aussage, daß alle wirklich einschneidenden Ereignisse (in der sozialen Entwicklung) Gewalt als Treibsatz beherbergen, ist unhaltbar. Als bedeutende Ereignisse sozialer Entwicklung lassen sich ne-



ben den wahrscheinlich vom Autor angesprochenen Revolutionen, Aufständen oder sonstigen gewaltsamen Auseinandersetzungen auch, und ich würde sagen wesentlich häufiger, Erfindungen, aber auch Ideen ausmachen. Gerade an den Erfindungen, läßt sich dies verdeutlichen. Zweifellos ist es richtig, daß auch zahlreiche Erfindungen im Interesse an Gewalt wurzeln, anderen durch das Interesse an ihrer kriegerischen Verwertbarkeit zum Durchbruch verholfen wird. Aber einerseits gilt das nicht für ausnahmslos alle einen bedeutenden sozialen Wandel auslösenden Erfindungen. Da der Artikel andererseits kein rein beschreibendes Anliegen hat, sondern ein Plädoyer für die Notwendigkeit von Gewaltanwendung in bestimmten Situationen ist, schmälert diese Aussage die Bedeutung der friedlichen und sozialen Interessen, die zum Ausgangspunkt bedeutender sozialer Entwicklungen wurden, in unzulässig verkürzender Weise zugunsten des Einflusses von Gewalt und stellt damit eine Gewaltverherrlichung dar.

In Punkt 10 wird Gewalt nochmals als die Geschichte prägendes Mittel bezeichnet, um kurz darauf festzustellen, daß Gewalt zweifellos weg soll. Das sei notwendig und auch möglich, trotzdem könne man nicht permanent und aktuell auf Gewalt verzichten. Auf die Frage, wann man es könne oder sogar müsse, wird keine Antwort gesucht.

An anderer Stelle (Punkt 3) heißt es: „Gewalt ist die unabdingbare Voraussetzung des Rechts. Gewalt ist die purste oder originärste Form von Recht, Recht ist die höchste Form der Gewalt“. Dieser Satz verkürzt

Recht auf positiv gesetztes Recht. Gesetztes Recht braucht zu seiner Durchsetzung zumindest die Möglichkeit der Gewalt. Wer die Herrschaft innehat, kann

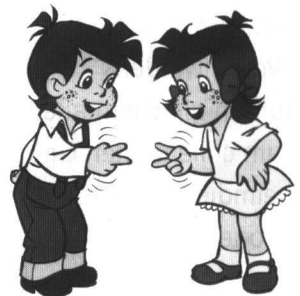


bestimmen, was Recht ist. Wenn sich Menschen mit Gewalt gegen das von der Herrschaft gesetzte Recht wehren, so tun sie das, wie Barrington Moore in „Ungerechtigkeit“ analysiert, aus einer Vorstellung von Gerechtigkeit heraus. Diese Gerechtigkeit hat sehr wohl etwas mit gesellschaftlichen Spielregeln und Ordnung, also auch mit Recht zu tun. Wenn die Vorstellung von einer herrschaftslosen Gesellschaft sinnvoll sein soll, dann muß es möglich sein, eine Gesellschaftsordnung zu denken, die die Gerechtigkeitsvorstellungen aller erfüllt und daher nicht der Gewalt zur Durchsetzung bedarf. Für die Frage nach möglichen und gerechtfertigten Formen des Widerstandes wäre es interessant, die Konzepte von Recht und Gerechtigkeit und ihre Beziehungen zueinander näher zu untersuchen. Mit anderen Worten, in einer Diktatur sind andere Formen des Widerstandes notwendig als in einem Rechtsstaat.

Der Autor spricht hingegen nur von einer „Synthetisierung“ von Gewalt und Recht, bis nichts mehr davon übrigbleibt. Er gibt nicht den geringsten Hinweis, wie diese

Verschmelzung von Gewalt und Recht auf höherer Ebene aussehen soll. Gänzlich unverständlich, was er damit meint, wird es, wenn er den ersten Schritt zu dieser „Aufhebung“ von Gewalt und Recht im Übergang vom staatlichen zum überstaatlichen Gewaltmonopol verwirklicht sieht. Die Antwort auf die Frage, worin hier in bezug auf die zuerst aufgeworfene These vom Gewaltmonopol der wesentliche Unterschied liegen soll, bleibt er dem/r LeserIn schuldig.

Damit bleibt auch weiterhin die Frage – die der Autor in Punkt 7 erneut aufwirft –, welche Gewalt in bestimmten Situationen für zulässig und sinnvoll, notwendig und unumgänglich erachtet wird, unbeantwortet. Der Artikel liefert zu deren Beantwortung nicht die kleinste Erkenntnis. Im Schlußteil wird lediglich ein Kriterium angedeutet: die Unterscheidung zwischen progressiver und regressiver Gewalt. Diese Begriffe entstammen dem klassischen Emanzipationsverständnis und setzen, will man sie handlungsleitend verwenden – der Autor scheint diesen Anspruch zu stellen –, den Blick aus einer vorweggenommenen Zukunft voraus. Das ist an sich schon bedenklich. Wenn dann aber obendrein betont wird, daß die Gewaltspirale nicht durchbrochen werden kann, sondern sich weiter drehen muß (bis zum Ende der Geschichte?), und auch die Freiheit beschneidende Organisationen wie das Militär Träger der progressiven Gewalt sein können, dann wird damit sicher weder ein Weg in Richtung einer gewaltlosen noch in Richtung einer gewaltfreien Gesellschaft beschritten. ■



Berríos, der lästige Biochemiker

Vor kurzem ließ sich der faschistische Diktator Augusto Pinochet zum Senator auf Lebenszeit ausrufen. Im Februar vor fünf Jahren trat der damalige Oberbefehlshaber der chilenischen Armee eine Urlaubsreise nach Uruguay an. Just zu dieser Zeit wurde dort der Biochemiker Eugenio Berríos ermordet. Die Spuren seines „Verschwindens“ führen gleichermaßen zum chilenischen Geheimdienst wie zum Drogenhandel.

VON SAMUEL BLIXEN*

* Samuel Blixen, 57, war Gründungsmitglied der Tupamaros in Uruguay. Von 1973 bis zum Ende der Militärdiktatur 1986 saß er als Geisel der Regierung in Einzelhaft. Blixen ist Chefreporter bei *La Brecha* (Die Bresche), einer linken uruguayisch-argentinischen Wochenzeitung, und Autor mehrerer Bücher, unter anderem von „El ventre del condor“ (Der Bauch des Condors) über den Fall Berríos.

Eugenio Berríos, 44-jähriger chilenischer Biochemiker, verschwand im Oktober 1991 aus Santiago de Chile, just zu jener Zeit, als Richter Adolfo Bañados ankündigte, ihn im Zuge der Untersuchung über die Ermordung des ehemaligen Außenministers Orlando Letelier 1985 in Washington als Zeugen vorzuladen. Niemand zeigte sich über Berríos plötzliches Verschwinden sonderlich besorgt. Beamte, Polizei, Politiker, Regierungsmitglieder und Offiziere der Armee verhielten sich in der Affäre wie patriarchalische Familien gegenüber kompromittierenden Familiengeschichten: taktvoll, zurückhaltend und mit Komplizenhafter Scham. Doch Berríos „Verschwinden“ war der Anfang von seinem Ende.

Im selben Monat reiste Berríos mit falschem Paß in Uruguay ein. Dort wohnte er in zwei Hotels in Montevideo und einer recht luxuriösen Villa in deren Nähe. Die ganze Zeit über wurde er von einem Agenten des chilenischen Geheimdienstes, unterstützt von mehreren uruguayischen Kollegen, begleitet. Richter Bañados beantragte via Interpol Berríos Auslieferung, aber niemand in Uruguay nahm von der Anwesenheit des Biochemikers Notiz. Polizisten, hochrangige Militärs und Diplomaten täuschten Desinteresse vor, obwohl die Abwesenheit Berríos alle Merkmale des „Verschwindenlassens“ trug, wie sie von den Regierungen in Zeiten der nationalen Sicherheitsdoktrin angewandt wurde.

Ein Jahr lang erschien die Episode wie eine Erfindung derjenigen, die „in der Vergangenheit leben“. Gelegentliche Anklagen der Presse wurden als absurd vom Tisch gewischt. Zu dieser Zeit wußten viele Leute, Zivilisten wie Militärs, auf beiden Seiten der Anden von Berríos Verbleiben.

Ein Jahr, nachdem er Santiago verlassen hatte, flüchtete Berríos im November 1992 aus seiner goldenen Zelle. Damals entwickelte er sich zu einer umgänglichen und, wenn er betrunken war, rührseligen Person. Er erzählte außergewöhnliche und unzusammenhängende Geschichten über die jüngere chilenische Vergangenheit, von denen Wohlmeinende es vorzogen, sie als erfunden abzutun. Aber an dem Tag, als er die Botschaft seines Landes in Montevideo kontaktieren wollte, verwandelte sich sein unbestimmter Status als „Beschützter“ in den eines einfachen Gefangenen. Vermutlich zum Schutz vor allzu neugierigen Blicken in Parque de Plata untergebracht, einem Badeort im Besitz eines uruguayischen Offiziers der Gegenspionage, entwischte der Biochemiker seinen Bewachern durch ein Badezimmerfenster. Eines sonntags morgens tauchte er auf einer Polizeistation auf. Geradezu hysterisch verkündete er, von chilenischen und uruguayischen Militärs entführt worden zu sein. Um Hilfe bettelnd, erklärte er: „Pinochet will mich ermorden.“ Dies wollte er wortwörtlich ins Polizeiprotokoll

aufgenommen wissen. Er identifizierte sich mit einem Paßfoto, das er in seinem linken Schuh versteckt hatte.

Die Polizeioffiziere konnten nichts tun: Rund um die Station standen Militärlaster mit schwerbewaffneten Soldaten. Der befehlshabende Offizier, Oberstleutnant Tomás Casella, Chef der Abteilung für Counter-Intelligence-Operationen, kümmerte sich um den Gefangenen. Der örtliche Polizeichef, Ex-Colonel Ramón Rivas, tauchte auf und verlangte, daß Berríos ihm ausgehändigt werde. Dutzende von Berríos Nachbarn in dem Badeort wußten von seiner Existenz, seinen Ängsten und seiner Entführung.

Eugenio Berríos überlebte noch weitere drei Monate. Die mit seiner Bewachung beauftragten Chilenen und Uruguayaner brachten ihn zurück nach Montevideo. Sie versteckten ihn bis Ende Februar 1993, als Richter Bañados das Urteil im Mordfall Letelier verkündete. Am selben Tag brach General August Pinochet zu einer privaten Reise nach Uruguay auf, angeblich auf Urlaub. Der wahre Grund für die Reise wurde nie bekannt. Spekulationen besagen, daß der Oberbefehlshaber der chilenischen Armee nicht in Santiago sein wollte, während das Gericht General Manuel Contreras einvernahm. Die Identität der 15 Personen in Pinochets Gefolge blieb ungeklärt. Oberstleutnant Tomás Casella begleitete den General immer in Uruguay. Er wurde zusammen mit dem

Ex-Diktator in Montevideo und Punta del Este fotografiert. Anfang März kehrte Pinochet nach Santiago zurück.

Etwa zur selben Zeit wurde Eugenio Berríos nach El Pinar, einem Strand in der Nähe von Montevideo, gebracht. Aus der zwei Jahre später durchgeführten Autopsie geht hervor, daß er mit zwei Genickschüssen ermordet wurde. Seine Mörder gruben ihn unter der Oberfläche einer Sanddüne. Sie wurden nie identifiziert, obwohl die Justiz im Besitz vieler stichhaltiger Spuren war. Beunruhigende Fragen blieben unbeantwortet. Warum warteten die Entführer so lange mit der Ermordung des lästigen Zeugen? Warum riskierten die Mörder, Hinweise auf eine gemeinsame geheime Mission zurückzulassen, die die Reputation zweier militärischer Geheimdienste schädigten?

Eugenio Berríos Entführung und „Verschwinden“ kam erst sechs Monate später, im Juni 1993, durch einen anonymen Brief an Journalisten und Parlamentsabgeordnete ans Tageslicht. Verfaßt hatten ihn zwei verärgerte Polizisten, die der Korruption beschuldigt wurden. Sie beschlossen, Ex-Colonel Ramón Rivas beim Polizeichef anzuzeigen. Rivas ermöglichte die militärische Operation zur Gefangennahme Berríos und vernichtete offizielle Dokumente, um die Spur des Biochemikers zu verwischen. Die Enthüllung dieser beiden Tatsachen – unter genauer Angabe von Orten, Namen und Daten – zwang Verteidigungsminister Mariano Britos, eine behördliche Untersuchung einzuleiten.

Kurz darauf wurden dem uruguayischen Konsulat in Mailand von einer unbe-



kannten, englisch sprechenden Person Unterlagen übergeben. In diesen befand sich eine Kopie einer Fotografie Berríos mit einer Kopie der Tageszeitung *Il Messaggero* vom 10. Juni. Die Minister, die die Dokumente dem Parlament überreichten, legten ein Expertengutachten bei, welches die Authentizität von Berríos Handschrift bestätigte. Ein weiteres Gutachten der Polizei schloß die Möglichkeit aus, daß das Foto retouchiert worden war. Die Experten irrten offensichtlich: Zu dieser Zeit lag Berríos bereits drei Monate unter einer Sanddüne.

Die Regierung unter Präsident Luis Alberto Lacalle erklärte die Untersuchung für abgeschlossen. Oberstleutnant Casella wurde zum Colonel befördert, und der Vorfall geriet in Vergessenheit.

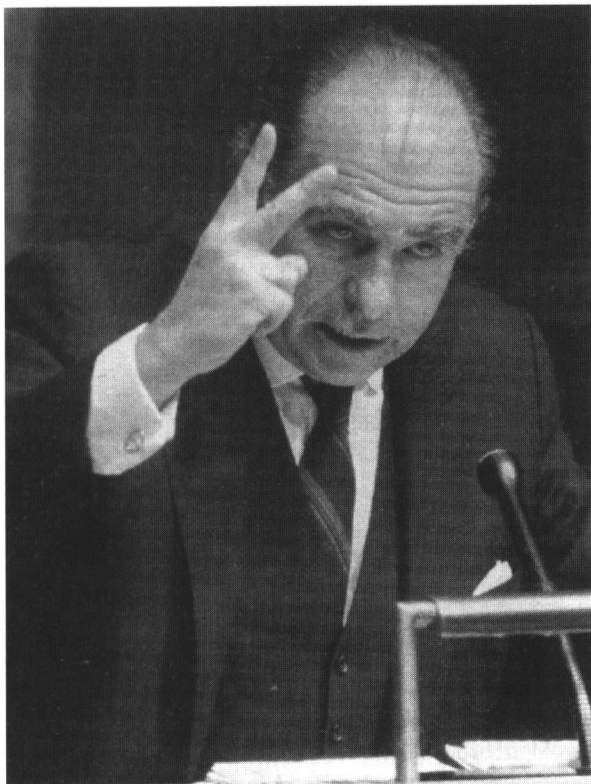
Im April 1995 entdeckten Fischer an einem Strand die Überreste eines Skeletts, nachdem die Winde zweier Winter die Lage der Sanddünen verändert hatten. Gerichtsmediziner kamen zu dem Ergebnis, daß die Löcher im Schädel von groß-

kalibrigen Waffen stammten und es sich zweifellos um einen Mord handelte. Den Todeszeitpunkt konnten sie mit März 1993 genau bestimmen. Die Polizei hatte zu dieser Zeit keine Meldungen von vermißten Personen erhalten, was die Identifizierung des Leichnams praktisch unmöglich machte.

Aufgrund eines unbestimmten Gefühls führten die Ärzte vom forensischen Institut die Untersuchungen monatelang im geheimen fort. In der Nähe der Skelettreste fanden sie ein kleines chilenisches Medaillon mit der Mutter Gottes. Die Identifizierung des Leichnams war eine äußerst schwierige Angelegenheit, aber die Ärzte experimentierten mit einer neuen Methode: Sie rekonstruierten die Physiognomie des Leichnams mit Hilfe eines Computerprogramms auf Grundlage der Knochenstruktur.

Das Vorhaben, die Knochen einem DNA-Test zu unterziehen, stieß auf beinahe unüberwindbare Widerstände. Zwei Jahre nach dem Mord bestätigten die Labor-

**Zwei abgedankte
lateinamerikanische
Diktatoren:
Alfredo Stroessner (Paraguay)
und Augusto Pinochet
(Chile)**



Julio María Sanguinetti,
seit 1994 Staatspräsident
von Uruguay

ergebnisse schließlich, daß die Überreste mit 99,99 Prozent Wahrscheinlichkeit jene des Biochemikers waren, der nach seinem Tod Briefe aus Italien geschrieben hatte.

Für die auf Lacalle folgende Regierung von Julio María Sanguinetti war die Bestätigung von Berríos Tod eine „verfluchte Erbschaft“. Die Entwicklungen widersprachen allen offiziellen Erklärungen, aber die Regierung ließ den Fall geschlossen. Obwohl es niemand zugeben würde, wurde Berríos Opfer einer Politik südamerikanischer Regierungen, welche die Existenz einer parallelen militärischen Diplomatie leugnet. Diese wurde während der Zeit des Staatterrorismus etabliert und überlebte den Übergang zur Demokratie unbeschadet.

Es gibt Hinweise über die Identität der Mörder und schwerwiegende Vermutungen über den Kopf, der hinter dem Verbrechen steht. Die Frage nach den Motiven

führt zu unüberwindbaren Widersprüchen. Falls Berríos ein unbequemer Zeuge mit einem Hang dazu war, betrunken oder nüchtern Geheimnisse über den chilenischen Geheimdienst DINA auszuplaudern, sollte sein „Verschwinden“ die typischen Merkmale dieser Methode aufweisen, wie sie in den siebziger Jahren angewendet wurde: die Verwischung jeder Spur des Opfers, sodaß niemand sicher sein kann, ob es tatsächlich tot ist. In diesem Fall haben die Entführer Berríos mindestens eineinhalb Jahre am Leben gelassen, bevor sie sein vorbestimmtes Schicksal besiegelten und somit die damit verbundenen Risiken vervielfachten.

In zahlreichen Fällen überlebten „Verschwundene“, deren Verhaftung von den Behörden gelehnet wurde, solange, wie sie ihren Ergreifern nützlich waren. In Berríos Fall war der Aufschub der Exekution ein Rätsel, umso mehr, als die militärische Allmacht politische Kosten und vermehrte Probleme mit der Zivilregierung riskierte und dadurch eine schwerwiegende institutionelle und diplomatische Krise auslöste.

Inspektor Luis Fuentes Sotomayor und Kommissar Rafael Castillo Bustamante taten, was sich kein lokaler Polizist in Montevideo erlauben konnte. Sie befragten Portiere, Aufzugführer, Türsteher und Barkeeper. Sie identifizierten einen der chilenischen Offiziere, die den Biochemiker länger als ein Jahr gefangengehalten hatten, als Carlos Herrera Jiménez. Der Hauptmann der chilenischen Armee sitzt derzeit wegen einer Reihe von Menschenrechtsverletzungen im

Gefängnis. Die Kriminalisten fanden heraus, daß

- a) Herrera Berríos nach Uruguay gebracht hatte und dort mit seiner Bewachung betraut war, bis er wegen mutmaßlicher Beteiligung in die Ermordung von General Prats in Buenos Aires inhaftiert wurde;
- b) Oberstleutnant Castilla zusammen mit ihm den Mietvertrag des Apartments unterzeichnet hatte, das als Berríos Gefängnis diente;
- c) er regelmäßig dem Militärattaché an der chilenischen Botschaft in Montevideo und dem heutigen Befehlshaber der schlagkräftigsten Division der chilenischen Armee, General Timmermann, Bericht erstattete und
- d) er ausführlich und oft mit Santiago telefonierte, was auf ständige Kontakte mit seinen Vorgesetzten hinweist.

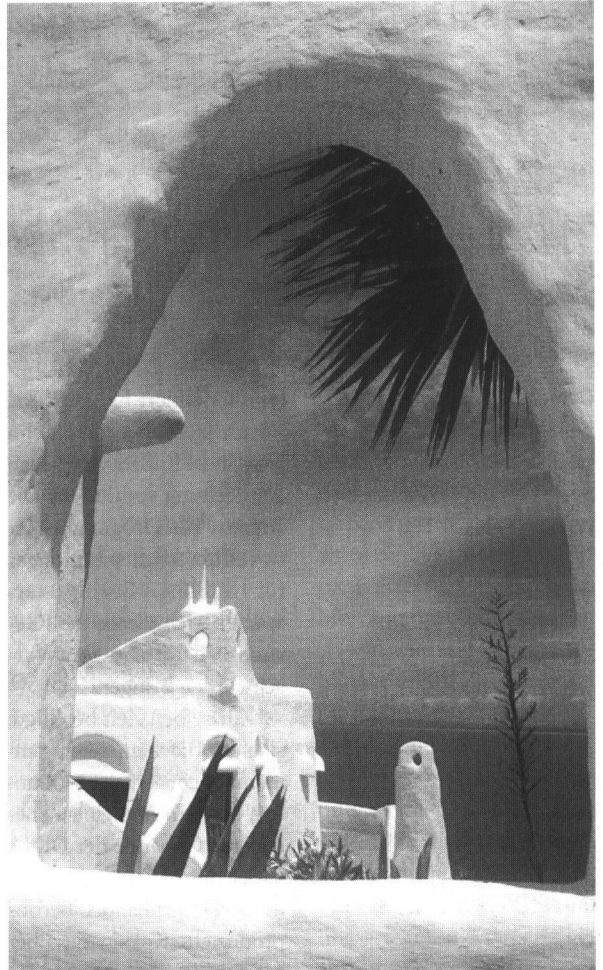
Da Herrera seine Verwicklung in die Entführung nicht zugab, lenkten die Kriminalisten ihre Ermittlungen in eine andere Richtung. Sie analysierten die beiden mutmaßlichen Berríos-Briefe aus Mailand. Einer war an Berríos Eltern adressiert, der zweite, maschinengeschriebene Brief an die uruguayischen Behörden. In diesem stellte er oder die Autoren den Verdacht auf, daß die US-amerikanische Drug Enforcement Administration (DEA) Berríos schützte und daß der ganze Vorfall in Parque de Plata Folge der „schlechten Gesellschaft“ war, in die Berríos geraten war und die ihn in Kokainkonsum und -handel verwickelt hatte. Der Brief erwähnte einige Namen. Einige von ihnen existierten, andere stellten sich als falsch heraus.

Rechtsanwälte und Ermittler, die versucht haben, die unbekannteren Elemente des Falles zu entschlüsseln, stimmen darin überein, daß der zweite Brief bestimmte Informationen enthält, von denen nur Berríos wissen konnte. Ihrer Meinung nach sollte mit dem Brief von gemeinsamen geheimen Aktionen des chilenischen und uruguayischen Militärs abgelenkt werden, die zu der Zeit (Juni 1993) parallel zu militärischen Institutionen liefen. Heutige Vermutungen gehen in die Richtung, daß Berríos Verwicklung in Drogenhandel aufgebracht wurde, um seinen Tod als eine Exekution der Mafia hinzustellen.

Die Kriminalisten waren im Besitz von Hintergrundinformationen über Berríos, die im Zuge von Erhebungen über andere Zwischenfälle ans Tageslicht gekommen waren, in denen die DINA verwickelt war. Berríos hatte 1975 Momente von Grandeur, als er direkt unter Michael Townley in einem Gebäude der DINA arbeitete. Dort wurden Experimente mit Saringas durchgeführt, welches sich auf der Liste der international geächteten chemischen Kampfstoffe befindet. Durch die freundliche und exzentrische Persönlichkeit des Biochemikers verführt, setzten Townley und DINA-Chef Oberst Manuel Contreras, Augusto Pinochets rechte Hand, auf den Erfolg der Experimente, durch den die Geheimpolizei in den Besitz einer schrecklichen und tödlichen Waffe gelangt wäre. Sarin bewirkt beim Einatmen eine Nervenlähmung mit unmittelbar tödlicher Folge. Als Todesursache kann ein Schlaganfall oder Erstickung angegeben werden. Es kann

dazu benutzt werden, Exekutionen zu vertuschen. Die Experimente liefen unter dem Codenamen „Andrea Projekt“. Zwischen 1975 und 1977 arbeitete Berríos mit DINA-Mitarbeitern zusammen und war über Geheimnisse der „Operation Condor“ informiert, deren Ziel die Koordinierung der Repression durch die Geheimdienste in Südamerika war. Im Rahmen geheimer Missionen im Ausland traf sich Berríos mit prominenten Verbündeten der DINA wie dem Castro-Gegner und Kubaner Orlando Bosch oder dem italienischen Neofaschisten Stephano dello Chiaie (siehe ZOOM 4+5/96). Berríos kannte Einzelheiten über einige der berüchtigtsten Mörder. Auch zur Ermordung von Orlando Letelier war der Einsatz von Saringas geplant.

Die Auflösung der DINA läutete den unerwarteten Niedergang Berríos ein. Seine geschäftlichen Mißerfolge und finanziellen Schwierigkeiten zwangen ihn zu kleineren Betrugereien, Scheckfälschungen und Erpressungen von Zivilisten und Militärs. Das Gericht verhängte Haft über ihn, damit er als Zeuge im Letelier-Fall aussagt. Zu dieser Zeit war Berríos ein gerngesehener Gast in Nachtlokalen, in denen auch Agenten und ehemalige Geheimdienstler verkehrten: Bar Los Asesinos („Zu den Mördern“), Oliver's Piano Bar und dem New Crazy Club. Dort gab er Details des Staatsterrorismus preis und umgab sie mit einem Schleier des Geheimnisvollen. Als eines Tages im Haus seiner Eltern, in dem er wohnte, eingebrochen wurde, fand die Polizei in der Garage ein behelfsmäßig eingerichtetes Labor, in dem Berríos Kokain verschnitt.



Im September 1993 konnten die Kriminalisten die dunkle und außergewöhnliche Geschichte des Biochemikers anhand des maschinengeschriebenen Schreibens vervollständigen. Ihr abschließender Bericht enthielt unerwartete Neuigkeiten: Berríos wurde mit einem peruanischen Drogenring in Verbindung gebracht, hatte aber gleichzeitig auch Kontakte zu Geheimdiensten. Einige Mitglieder des Drogenrings von Guillermo Cornejo Hualpa waren Regierungsbeamte, die den Kontakt mit Mitarbeitern des chilenischen Außendienstes herstellten, um Drogen im Diplomatengepäck zu schmuggeln.

Untersuchungen haben ergeben, daß Berríos unmittelbar vor seinem „Verschwinden“ in den Labors

Punta del Este, Pinochets „Urlaubsdomizil“ zur Zeit der Ermordung Berríos im Februar 1993



Demonstration auf der Plaza de la Independencia in Montevideo gegen das Amnestiegesetz für die Militärregierung im Februar 1987

experimentiert hat, um eine Formel zur Dissoziation von Kokain zu finden, die dessen Entdeckung verhindert. Die Idee ist für Drogenhändler so verführerisch wie Siringas für Militärs. Berríos versprach: „Ich werde den Geruch von Kokain zum Verschwenden bringen.“

Zur selben Zeit beteiligte sich der Biochemiker zusammen mit einigen alten Freunden der DINA in einem ehemaligen Gebäude der DINA in der Bustos-Straße 2224 aktiv am Drogenhandel. Berríos produzierte Kokain, das über Montevideo nach Europa gebracht werden sollte.

Die Untersuchung der chilenischen Kriminalisten kam zu der Schlußfolgerung, daß Eugenio Berríos ein „Kokain-Erzeuger, -Konsument und -Händler ist“. Besonders widmen sie sich den Beziehungen zwischen Drogenhändlern und heutigen wie ehemaligen Geheimdienstagenten. In einer ausführlichen Akte Nr. 7981 am Sechsten Gerichtshof in Santiago laufen die zwei Handlungen, militärische Kollaboration und Drogenhandel, auf zwei parallelen Schienen, die an zahlreichen Stellen aufeinandertreffen. Die Hartnäckigkeit, mit der die Regierung Untersuchungen über die fortgesetzte militärische Zusammenarbeit auszuweichen versucht, scheint die Not-

wendigkeit zu bestätigen, daß Berríos als unsicherer und unzuverlässiger Zeuge ausgeschaltet werden mußte, da seine Aussage in einem Schlüsselverfahren gegen die Diktatur sorgsam versteckte Wahrheiten ans Tageslicht gebracht hätte.

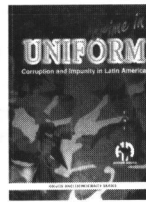
Die Verbindungen zwischen Geheimdiensten und Drogenhändlern sind eine überzeugende Erklärung für den Umgang mit dem Berríos-Fall, einer der kompliziertesten und riskantesten Undercover-Operationen, die nach dem Ende der Diktaturen ans Tageslicht gekommen sind. Die Ereignisse haben eine institutionelle

Krise ausgelöst, in welcher die zivile Regierung militärischem Druck nachgeben mußte. Die erwähnte Akte beinhaltet die Ergebnisse einer vom chilenischen Regierungschef angeordneten Untersuchung.

Wenn jemals Klarheit geschaffen werden kann, welche Experimente Berríos durchführte oder welche Wunder er seinen Ergreifern versprochen hat, könnte es möglich sein, das Rätsel zu entschlüsseln, das eine großangelegte verdeckte Operation gerechtfertigt und seinen unvermeidbaren Tod über ein Jahr lang hinausgezögert hat.

HINWEIS

Verbrechen in Uniform



Die Broschüre „Verbrechen in Uniform“ untersucht die Involvierung lateinamerikanischer Sicherheitskräfte in die illegale Drogenindustrie. Sie ist das Ergebnis eines langfristigen Projektes zu Drogen und Demokratie, welches von dem Transnationalen Institut in Amsterdam

und Acción Andina in Kooperation mit dem bolivianischen Zentrum für Dokumentation und Information CEDIB durchgeführt wird. Die Fallstudien werfen ein Licht auf den speziellen „modus operandi“ der Korruption der nationalen Sicherheits- und Polizeikräfte. Die Autoren fordern das traditionelle Bild des den Staatsapparat korrumpierenden Kriminellen heraus, der Schutz für seine schmutzigen Geschäfte erhält. Anstelle dessen entwerfen sie ein weitaus komplexeres Bild der engen Verzahnung von kriminellen und staatlichen Strukturen, in der uniformierte Beamte völlig in die Arbeitsebene der illegalen Ökonomie integriert sind. Jenseits der niedrigsten Form der Korruption – der weitverbreiteten Bestechung – legt „Verbrechen in Uniform“ Beweise für die Involvierung von Militär und Polizei auf höchster Ebene vor – vom Schutz des Drogenhandels bis zur direkten logistischen Teilnahme.

Bezugsadresse: Transnational Institute (TNI), Paulus Potterstraat 20, 1071 DA Amsterdam / Holland, ++31-20-662 66 08, tni@atenna.ne

Das globale Fort Bragg

Eine Spezialeinheit des mexikanischen Militärs, genannt Gafe (Luftmobile Spezialeinheit), die auf Kosten der US-amerikanischen SteuerzahlerInnen ausgebildet worden ist, betätigt sich im Einsatz gegen seine eigene Bevölkerung als Paramilitär. Gafe wurde als Folge des Chiapas-Aufstandes 1994 gegründet, nachdem sich die normale Armee als unfähig erwiesen hatte, einen „low intensity“-Krieg gegen die ärmlich bewaffneten Zapatistas zu führen. Laut einem Abkommen mit den USA aus dem Jahr 1996 werden die Offiziere für Antidrogen-Operationen in Fort Bragg, North Carolina, von der dortigen 7. Special Forces Group ausgebildet. Das Ziel ist die Ersetzung der

korrupten mexikanischen Polizei im Kampf gegen Drogen. Das US-Verteidigungsministerium behauptet, daß sich die Antidrogenausbildung wesentlich von der Antiguerillausbildung unterscheidet. Da allerdings in den USA Guerillabewegungen gerne als die für den Drogenhandel Verantwortlichen hingestellt werden, hebt sich diese Behauptung von selber auf. In Mexiko dagegen ist man der Meinung, daß die Spezialeinheit gegen alles eingesetzt werde, was ein Problem in der jeweiligen Stationierungsregion darstellt.

Angehörige der Einheit haben Restaurants und Hotels überfallen und Verdächtige entführt, ohne daß eine Durchsuchungserlaubnis

präsentiert wurde. Dabei waren sie maskiert und ohne Hinweis auf ihre militärische Einheit. Derzeit sind 28 Mitglieder in militärischer Haft, eine Folge des schwersten Übergriffes von Seiten der Gafe. Sie sollen eine Elitepolizeieinheit infiltriert haben und bei einem Überfall mehrere Jugendliche entführt, gefoltert und ermordet haben.

Laut einem geheimen Report der Drug Enforcement Agency hat sich die Ersetzung der korrupten Polizei durch die Armee auf US-Druck hin 1996 nicht ausbezahlt. Führende Armeekreise sollen gegen hohe Bestechungssummen die Drogenbarone weiter „arbeiten“ lassen.

LG

Partei des institutionalisierten Abhörens

In der mexikanischen Stadt Campeche wurde am 3.3.1998 ein Spionagezentrum der Regierung aufgedeckt, das Teil eines landesweiten Netzes zur Überwachung von BürgerInnen, politischen GegnerInnen und bekannten Geschäftsleuten ist. In dem Zentrum wurden finanzielle Abrechnungen und Aufzeichnungen der letzten sieben Jahre gefunden. Weiters wurden versteckte Mikrophone und Kameras in den Ämtern der neuen Regierung in Mexico City gefunden. Die mit den Abhöraktivitäten in Zusammenhang gebrachten Regierungsbehörden – der Bundesgeneralanwalt, das Innenministerium, die Behörde für nationale Sicherheit, das Militär und andere staatliche In-

stitutionen – haben jedes Wissen über Verwanzungen bestritten. Bis letztes Jahr war Abhören illegal, dann wurden im Rahmen eines neuen Strafrechtes von Gericht zugelassene Verwanzungen im Rahmen der Strafgesetze erlaubt. Tatsächlich sind schon jahrelang Abhörskandale bekannt geworden. Das Abhören wurde oft zur Erpressung unliebsamer politischer GegnerInnen verwendet oder bot für die Abhörenden auch einen Nebenverdienst. Denn von Liebesaffären bis zur Korruption wurde alles mitgeschnitten. In den entdeckten Akten wurden außerdem Schecks gefunden, die den Kauf einer Überwachungs-ausstattung um mehr als eine Million Dollar belegen. Weiters wurden die Namen

der drei Betreiber bekannt, einer von der nationalen Sicherheitsbehörde, der zweite vom militärischen Geheimdienst und der Direktor des Zentrums. Dazu wurden eine Liste der Opfer, Mitschriften und Audiokassetten seit 1991 gefunden. Und schließlich Hinweise darauf, daß landesweit zweiundzwanzig ähnliche Operationen im Gange sind.

Die Sache flog auf Grund eines anonymen Hinweises auf, dem die Senatorin Layda Sansores Sanroman mit ihren UnterstützerInnen nachging, indem sie das betreffende Haus zu Hunderten umstellten und dann einfach anklopfen.

Das wäre in Österreich nicht möglich.

LG

Freies Chiapas

Das Massaker von Acteal an Zapatistas zu Weihnachten 1997 ist von Menschenrechtsaktivisten im Februar 1998 dokumentiert worden. Beschuldigt werden paramilitärische Organisationen, denen ein Naheverhältnis zu Militär, Polizei und PRI (Partei der institutionalisierten Revolution) nachgesagt wird. Schuldige wurden bis jetzt nicht verhaftet. Einzig General Julio César Santiago als zuständiger Kommandeur der Polizei vor Ort wurde des Mordes angeklagt – und dazu ein mutmaßlicher Ausbilder und Waffenlieferant für die Paramilitärs, der Soldat Mariano Pérez Ruiz.

Mexikanisches Militär und Polizei haben am 13.4.1998 den autonomen Gemeinderat der EZNL (Zapatistische Nationale Befreiungsarmee) in Taniperla gestürmt und dabei Exponenten des zivilen Flügels und ausländische Beobachter verhaftet. Sie sind dabei von Anhängern der PRI unterstützt worden. Die EZNL hat 32 solche autonomen Gemeinderäte errichtet und meint, in Übereinstimmung mit dem Vertrag mit der Regierung von 1994 zu stehen. Der Gouverneur der ärmsten mexikanischen Region stellte dazu fest, daß er es nicht erlauben würde, daß irgendeine Gruppe die gesetzlichen Grundlagen verletzt. Die verhafteten Ausländer sind mittlerweile abgeschoben worden. Möglicherweise ist das eine Vorbereitung auf eine größere militärische Operation gegen die EZNL, bei der ausländische BeobachterInnen unerwünscht sind und so abgeschreckt werden sollen.

LG

Wirtschaftsfaktor Söldner

Die Vermittlung von Söldnern etabliert sich als ernstzunehmender Wirtschaftszweig. Ein renommiertes Washingtoner Institut plädiert dafür, die Agenturen auf internationale Richtlinien festzulegen.

VON JIM LOBE/IPS

Von Peru bis Papua-Neuguinea und vom Sudan bis nach Sierra Leone werden ehemalige Soldaten von einflussreichen Unternehmen angeheuert, um Regierungen und Bergbaukonzernen gegen Bares zur Seite zu stehen.

„Die Söldner sind wieder da, und sie werden bestimmt nicht mehr verschwinden“, heißt es im Bericht „Soldiers of Fortune Ltd.“ des Center for Defense Information (CDI), das traditionell die hohen Rüstungsausgaben der US-Regierung kritisiert. Der Trend sei kaum umkehrbar. Aus diesem Grunde empfiehlt das Institut, dafür zu sorgen, daß sich die Vermittlungsagenturen an relevante

internationale Menschenrechtsabkommen inklusive der Genfer Protokolle halten. Jedes Söldnerunternehmen, das international operieren wolle, müsse zu verbindlichen Auflagen gezwungen werden. Die CDI forderte die Vereinten Nationen auf, nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Überlegungen ihre bisherige Position zu überdenken, Privatfirmen aus Friedensmissionen herauszuhalten.

Der Einsatz von Söldnern der in Südafrika angesiedelten Agentur „Executive Outcomes“ (EO, siehe Kasten) habe die angolische Regierung 60 Millionen US-Dollar gekostet, erinnert der Autor des CDI-Berichts, David

Isenberg. Im Vergleich zu einer Million Dollar pro Tag, die die UN in den zwei Jahren ihrer Friedensmission ausgegeben habe, sei das ein geringer Betrag. Isenberg betont ferner, daß der Kosten-Nutzen-Effekt der EO weit aus größer als der der UN gewesen sei. Es sei vor allem den Anstrengungen von Executive Outcomes zu verdanken, daß die angolische Rebellenorganisation UNITA an den Verhandlungstisch zurückgekehrt sei.

In der Vergangenheit gab es eine Reihe von Anstrengungen, das Söldnertum abzuschaffen. Bei der Revision der Genfer Konvention 1977 wurde den Söldnern der

EXECUTIVE OUTCOMES (EO)

Sitz in Pretoria, mit Verbindungen nach London. Gegründet 1989 von ehemaligen südafrikanischen Geheimdienst- und Special-Operations-Leuten (Eeben Barlow, Lafras Luitingh, Nicolas Palm). Heutiger Chef ist der bisherige Geschäftsführer Nick van den Bergh. Enge Verbindungen bestehen zu Firmen, die Bodenschätze ausbeuten (Branch Energy, Branch Mining u. a., Holding: Strategic Resources Corporation/SRC). EO verfügt über eine eigene Luftlinie (Ibis Air), eine kleine Luftwaffe und Panzer, die v. a. aus Osteuropa eingekauft wurden. Sie bieten Beratung und Kriegführung sowie diverse andere Staatsaufgaben. EO gilt als der

„Marktführer“ des neuen Söldnergeschäfts, mit bisher über 30 Einsätzen von Papua-Neuguinea bis Osteuropa und ganz Afrika. Pikant: Tony Buckingham, ein britischer Ex-Soldat und eng mit dem Firmennetzwerk von EO verbandelt, ist gleichzeitig Direktor des Verlagshauses Forth Estate. Dieses gehört zur Hälfte einer Zeitungsgruppe, die auch den renommierten Guardian herausgibt. EO erhielt für die „Stabilisierung“ der Lage in Angola und Sierra Leone öffentliches Lob von den Regierungen der beiden Staaten, in deren Auftrag sie in die Kriege eingegriffen hatten. Von den UN werden sie noch skeptisch betrachtet, obwohl eine der Partnerfir-

men von EO, Falconer, für die UNO und ihre Sonderorganisationen Logistikdienste leistet. Südafrika plant derzeit ein Gesetz zur Kontrolle von Söldnerfirmen, doch EO haben bereits Angebote aus anderen Staaten, sich dort niederzulassen. 1997 waren sie erstmals auf der Waffenmesse in Abu Dhabi vertreten. Der einzige bisher mißglückte Einsatz fand in Bougainville (Papua-Neuguinea) im März 1997 statt, als sich die Armeeführung öffentlich gegen die von der Regierung engagierten Söldner stellte.

Quellen:

William Reno: *New South African Business in Africa's weak States*, Papier

präsentiert auf der 38. Annual Convention der International Studies Association, Toronto, März 1997.

Bartholomäus Grill, Caroline Dumay: *Der Söldnerkonzern*, in: *Die Zeit*, 17.1.1997, Gebrewold, *Weltweiter Vormarsch*. Vgl. ausführlich: Rolf Bendrath: *Söldnerfirmen in Afrika. Neue Politische Vergesellschaftungsformen jenseits des modernen Staates*. Manuskript, FU Berlin, Januar 1998.

Entnommen aus: Rolf Bendrath: *Die neue Welt der privaten Kriegsdienstleister. Söldnerfirmen: Global Players mit Staatsaufgaben*, in: *antimilitarismus information* 1-2/98.

Kämpfer- und Kriegsgefangenen-Status entzogen. Parallel dazu verabschiedete die Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) die Konvention zur Abschaffung des Söldnertums in Afrika. Zwölf Jahre später zog die UN-Vollversammlung nach, indem sie die Internationale Konvention gegen Rekrutierung, Einsatz, Finanzierung und das Training von Söldnertruppen erließ. Diese verpflichtet die Staaten dazu, Söldner gesetzlich zu verfolgen und auszuliefern. Doch damit die UN-Konvention in Kraft treten kann, muß sie von mindestens 22 Ländern unterzeichnet werden. Bislang haben dies erst 14 getan – unter ihnen Angola und Zaire. Beide Staaten haben jedoch in den letzten zwei Jahren Söldner angeheuert, heißt es in dem CDI-Report.

Der CDI-Bericht nimmt drei der größten internationalen Söldnervermittlungsagenturen unter die Lupe. Gerade EO, „Sandline International“ (SI) und „Military Professional Resources Inc.“ (MPRI, siehe Kasten) hätten sich in den letzten Jahren zu regelrechten Konzernen gemauert. Anstatt sich heimlich zu organisieren, operierten sie nun von Büroräumen aus, verfügten über Fachpersonal und Websites im Internet und stellten Werbebroschüren her.

Die Wiederkehr des Söldnerwesens führt Isenberg auf die weltweiten Kürzungen der Militärausgaben und den allgemeinen Trend zurück, staatliche Unternehmen zu privatisieren. Sie erkläre sich zudem aus der wachsenden Zahl internationaler Konflikte in Ländern der Dritten



Welt seit dem Ende des kalten Krieges und der allgemeinen Unwilligkeit der Industrienationen, in Krisen einzugreifen. Trotz moralischer Bedenken sei Privatisierung ein effektives Mittel, um Gelder zu sparen, unterstreicht der CDI-Bericht. Dabei spiele es keine Rolle, ob es sich letztendlich um Be-

MILITARY PROFESSIONAL RESOURCES, INC. (MPRI)

Sitz in MacLean, Alexandria, Virginia, gegründet 1987. Das Management besteht aus ehemaligen Top-Generälen der US-Streitkräfte, u. a. den Ex-Kommandeuren der Regional Commands South, Pacific und Europe sowie Ex-Mitarbeitern des Joint Special Operations Command, der Defense Intelligence Agency (DIA) und der Joint Chiefs of Staff (US-Generalstab). Die Firma wird vom State Department (Office of Defense Controls) lizenziert und z. T. über den Umweg „Entwicklungshilfe“-Gelder finanziert. MPRI leistet vor allem Beratung und Intelligence und verfügt über keine eigenen Kampftruppen. Sie hat 2000 ehemalige US-Soldaten in ihrer Daten-

bank. Gute Kontakte bestehen zum „Special Operations Command“ des Pentagon, das für verdeckte Operationen in der „3. Welt“ zuständig ist. Zu den bedeutendsten Einsätzen von MPRI gehören die Beteiligung auf kroatischer Seite beim Sturm auf die Krajina 1995 (haben dort angeblich der kroatischen Armee „demokratische Normen“ gelehrt) und in Angola (trainieren zwei Luftlandbrigaden und sollen eine Militärakademie in Cabinda eröffnen), nachdem die MPLA-Regierung 1995 auf Druck der USA den Vertrag mit Executive Outcomes auslaufen ließ. DIA veranstaltete im Sommer 1997 ein geschlossenes Symposium zu Perspektiven für MPRI

und andere Söldnerfirmen im südlichen Afrika. MPRI wird seit 1996 von der bosnischen Regierungsarmee zu „Trainingszwecken“ genutzt, die Kosten von 400 Mio. US-\$ zahlen vor allem Saudi-Arabien, Kuwait, Brunei und Malaysia, gleichzeitig fließen Waffen aus den USA. Die Aufsicht hat hier das Büro des US Special Representative for Military Stabilisation in the Balkans. MPRI konnte sich hier gegen Konkurrenzgebote von B.D.M. und SAIC durchsetzen. Sie arbeitete auch in Liberia und wollte schon 1995 Mobutu in Zaire unterstützen. Dies wurde aber vom State Department abgelehnt, weil Mobutu von den USA schon fallengelassen worden war.

Quellen:

- Ken Silverstein: *Privatizing War. How affairs of state are outsourced to corporations beyond public control*, in: *The Nation*, 28.7./4.8.1997, <http://www.thenation.com/issue/970728/0728silv.htm>.
- America loses Military in Battle of Intrigue. Mercenaries – the new Wave*, <http://www.the-winds.org/archive/government/military8-97.html>.
- Mail & Guardian, Johannesburg*, 10.10.1997: *EX-US army vets flood to guard Angolan oil fields*, http://www.mg.co.za/mg/news/97oct1/10oc-angola_oilfields.html

reiche wie die Gesundheitsfürsorge, Bildung oder Friedenssicherung handle.

Isenberg unterscheidet vier Formen des Söldnerturns. Der erste, der traditionelle Typus, beschäftige Männer, die vor allem durch die Aussicht auf gute Bezahlung oder die Lust auf Abenteuer motiviert würden. Als Beispiel führte der Experte die serbischen Rekruten an, die kürzlich auf der Seite des letzten Präsidenten Zaires, Mobutu Sese Seko, gekämpft hatten. In die zweite Kategorie ordnet Isenberg kleinere militärische Truppen ein, die in einer konkreten Region eines fremden Landes im Auftrag der Regierung für Sicherheit sorgen sollen. Die dritte Form umfaßt transnationale Organisationen, die von einer Ideologie oder Religion geleitet werden, wie die ehemaligen Mudshaheddin-Kämpfer in Bosnien, Tadschikistan und Algerien.

Der vierte Typus, der explizit im CDI-Bericht berücksichtigt wird, zeichnet sich durch interne Strukturen aus, wie sie bei großen Konzernen

zu finden sind. In diese Kategorie paßt die 1989 gegründete EO, die eine Datenbank unterhält und für die mehr als 2000 vertraglich beschäftigte Söldner tätig sind. Die meisten der Kämpfer stammen aus Südafrika. Das größte Geschäft schloß die EO 1992 mit den beiden Erdölgiganten „Gulf Chevron“ und „Sonangol“ ab, die sich den Schutz ihrer technischen Anlagen in Angola 30 Millionen Dollar kosten ließen. EO, das einzige Unternehmen, das über eine eigene Luftflotte verfügt, ist seither auch für die Regierungen von Angola und Sierra Leone tätig geworden.

Für die Ausbildung ihrer Soldaten und für verschiedene Einsätze des EO-Personals gaben die beiden Regierungen 80 Millionen Dollar aus. Darüber hinaus überließen sie dem Söldnerunternehmen Bergbaukonzessionen, über die nichts Näheres bekannt ist. Mit weltweit 32 Büros stellt EO ein Wirtschaftsunternehmen dar, das Anteile in verschiedenen afrikanischen Ländern erworben und seine

Operationen bis zum Golf und Ostasien ausgedehnt hat.

Eine weitere im CDI-Bericht untersuchte Söldner-Vermittlungsfirma ist die in London und auf den Bahamas angesiedelte SI (ehemals „Plaza 107 Ltd.“), die Teil eines multinationalen Konglomerats mit besten Beziehungen zu Bergbauunternehmen ist. Eigenen Angaben zufolge akzeptiert SI ausschließlich international anerkannte Regierungen als Kunden. Ihre bisher bekannteste Operation war der Versuch, neunjährige Unabhängigkeitsbestrebungen in Bougainville, Papua-Neuguinea, niederzuschlagen. Dafür kassierte das Unternehmen 36 Millionen Dollar.

Bei der MPRI handelt es sich um ein Unternehmen, das in erster Linie aus Ruheständlern der US-Streitkräfte besteht. MPRI arbeitet eng mit der US-Regierung zusammen. Besonders aktiv wurde die Organisation im ehemaligen Jugoslawien, wo sie die kroatischen und bosnischen Armeen trainierte.

WAFFEN weg!

Der Verein „WAFFEN weg! Der gewaltfreie Weg ...“ hat eine Unterschriftenaktion für ein neues Waffensicherheitsgesetz gestartet, mit dem die Zahl von Schußwaffen in privaten Haushalten weitgehend reduziert werden soll. Demnach sollen in Hinkunft nur mehr Angehörige von Berufsgruppen mit „besonderem Bedarf“ dort, wo sie die Waffen brauchen, JägerInnen mit Jagdschein und

Sportschützen, allerdings nur zur Verwendung im Verein, Faustfeuerwaffen besitzen dürfen. „WAFFEN weg!“ fordert weiters einen „Waffenführerschein“, gekoppelt an regelmäßige psychologische Tests und einen Übungsnachweis. Damit die österreichischen Rambos ihre Waffen auch abgeben, sieht der Gesetzesvorschlag eine Prämie für die Rückgabe vor, die zeitlich befristet und gestaffelt ist: je eher je-

mand seine Waffe zurückgibt, desto höher die Prämie. Verstöße gegen das Waffensicherheitsgesetz sollen mit empfindlichen Strafen geahndet werden.

Unterstützungsklärungen und nähere Informationen bei:

*WAFFEN weg!,
Postfach 28,
4020 Linz,
Tel: 0 732-77 24 16,
Fax: 77 24 17*

MK

Erfassung ohne Verfassung

Der autoritäre Kapitalstaat der EU und seiner Mitgliedstaaten in seiner noch rudimentären Polizeiform

Seit geraumer Zeit werden uns die südostasiatischen Tigerstaaten voller Lob durch westliche Medien und PolitikerInnen, von Unternehmen gänzlich zu schweigen, als das Nonplusultra der sozialökonomischen Entwicklung dargestellt. Autoritär regierte Staaten mit schwachen oder verbotenen Gewerkschaften, mit legitimierte Scheinwahlen, niedrigen Löhnen und flexiblen Arbeitszeiten. Ist damit, nach dem gigantischen Börsenkrach und den irrwitzigen Währungsverlusten, nun Schluß? Mitnichten. Niemand redet mehr über Südostasien als das Vorbild, sondern Südostasien als Bedrohung, gegenüber dessen Billiglöhnen und -produkten man sich weiter rüsten müsse. Die autoritäre politische Rahmenerstellung dafür, genannt Schengen, läuft weiter. Österreich ist seit 1. April 1998 Teil des kleinen luxemburgischen Städtchens.

Freuten wir uns am Ende des Kalten Krieges über den Zugewinn an Sicherheit in der Welt, über das Wegfallen unsinnig teurer Rüstungsprojekte, über das Kommen eines Mehrs an Demokratie, wurden unsere diesbezüglichen Hoffnungen schnell abgeräumt. Jetzt bekommen wir es knüppeldick: Schleierfahndung, Rasterfahndung und Lauschangriff, Europol und Schengener Kontrollen. Wer will da noch wissen, wieviel das kostet? Und wem? Leidtragende zahlen Selbstbehalt. Und wessen Idee der entstehende Sicherheitsap-

parat war oder ist? Ist es eine enorm einflußreiche Polizeilobby, die sich unkontrolliert selbst aufbläht, ist es die konservative Meinung einer älter werdenden Gesellschaft, oder sind es die Medien des Boulevards, in denen kleinste Vorgänge zu gesellschaftlichen Katastrophen aufgeblasen werden? Oder auch makrostrategische Planungen derer, die die sozialen Gesetze, solidarische Vorstellungen und gemeinschaftliche Regeln als Behinderung empfinden? Wie soll man das wohl werten, wenn der Europäische Gerichtshof (EuGH) anlässlich der Bauernproteste gegen Billigimporte die französische Regierung dazu verurteilt, alle Maßnahmen gegen seine eigenen StaatsbürgerInnen zu ergreifen, um die Sicherstellung des freien Warenverkehrs zu gewährleisten? Kann man bis zur Verhängung des Ausnahmezustandes gegen seine Bevölkerung vorgehen, wenn es das Interesse der EU verlangt? Was für ein Interesse? Auf jeden Fall ein übergeordnetes, uns übergeordnetes.

Ökonomischer Hammer (eine liberale Wirtschaftspolitik verlangt ...)

Der Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens, der Kollaps der osteuropäischen Wirtschaften, der vereinigte Ansturm von Globalisierung und Organisierter Kriminalität, das Anwachsen von EU und NATO ließ die Medien jedwede progressive, humane Entwicklung zu Grabe

tragen. Der allgemeine Pragmatismus von liberalen Gnaden wurde als ewiges Leitbild für Gesellschaft und Politik verkündet. Dafür gibt es wirtschaftliche Gründe.

Das Ende des Militärkeynesianismus hat in eine tiefe, weltweite Rezession geführt. Die Überproduktion von Gütern am Weltmarkt in verschiedenen wichtigen Sektoren hat einen Preiskrieg in Gang gesetzt, der bis heute anhält und ein mächtiger Anschlag für weitere Deregulierung von Arbeits- und Umweltnormen in Europa ist. Der Machtdiskurs des Neoliberalismus setzt seither endgültig die Maßstäbe: individuelle Deregulierung, Privatisierung der Sozialkosten und effizienten Opportunismus, Verzeihung: pragmatisches Sparen in den Himmel

Vorläufige Aufzeichnungen am Beginn des Zeitalters der repressiven „Demokratien“.

Teil I: Die Erregung.

VON GLÜCKSTHAL LAJOS

EUROPOL

Begründet im Art. 8a des Maastrichter Vertrages vom 7.2.1992. Nachfolgeorganisation der interministeriell konstituierten TREVI-Gruppe vom 29.6.1976.

Aufgaben: Bekämpfung des grenzüberschreitenden Terrorismus, des Rauschgifthandels und sonstiger Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität, Harmonisierung der Asylpolitik (Schengener Abkommen), Errichtung einer Europäischen Kriminalbehörde nach Vorbild des FBI (das FBI ist zugleich auch der zivile Inlandsgeheimdienst und die Spionageabwehr der USA) und eines gemeinsamen Fahndungssystems EIS.

Organisation:

1. Ebene: Koordinationsausschuß der Ständigen Vertreter der EU-Staaten
2. Ebene: Arbeitsgruppen des EU-Ministerrates
3. Ebene: Europol Drug Unit (EDU)
4. Ebene: EuropolAufbaustab

heben. Massenentlassungen, Verlagerung von Industrien, Absenkungen von Sozialstandards, genannt Sparpakete, wurden als Sachzwang einer notwendigen Globalisierung der Wirtschaft erzwungen, die Exportorientierung als Nonplusultra gegenüber dem kleiner werdenden inneren Markt auf Grund der sich beschleunigenden Verarmung gepriesen. In Europa trifft diese globale Entwicklung auf die sich erst legistisch entfaltende Binnenmarktkonzeption der EU-Kommission, die diese Tendenzen aufgreift und sie weiter legitimiert.

Sozialer Amboß (... eine rigorose Sozialpolitik)

Als Verantwortliche der Maastricht-Kriterien sind für die Europäische Kommission Preisstabilität und Budgetausgleich ungleich wichtiger als Arbeitslose und Arme, deren Anzahl statistisch nach unten manipuliert wird. Auch hier wurde in den Achtzigern ein Markt von Hunderten von Millionen suggeriert, der heute dank Massenentlassungen und Armut so nicht mehr vorhanden ist. Die maschinelle Rationalisierung der Industrie macht arbeitende Menschen überflüssig, was ja einmal als positive Utopie, wenn dies mit Umverteilung des Reichtums einhergeht, galt. Aber heutzutage, im „Neoliberalikum“!

Der Rückzug der Staaten aus der Umverteilungspolitik zugunsten von Eliten läßt die Menschen nationalistische Appelle an den paternalen Staat richten. Was also fällt innovativen PolitikerInnen dazu ein: weniger Geld für viele, weniger AusländerInnen, mehr Gefängnisse, mehr Sicherheit durch mehr Polizei, mehr soziale Unsicher-

heit, mehr Überwachung, mehr Strafen, Arbeitspflicht, private Sicherheitsdienste, Ehrenämter, freiwillige soziale Arbeit, selber UnternehmerIn der eigenen Arbeitskraft werden! Aber bitte nicht illegale/r Unter- oder ArbeitnehmerIn werden – etwa in Sachen Auftragsmorde, Zuhälter, Prostituierte, Drogen-, Menschen-, Waffenhandel/-schmuggel, Schutzgelderpressung -, sondern in Würde arm sein und nicht konsumieren in der Konsumgesellschaft. Vielleicht Ordensbruder/-schwester werden, die haben jetzt sicher Nachwuchsprobleme!

Und wie es halt einmal so bei zunehmender Verarmung ist, wächst rein zufällig damit politischer Widerstand, aber auch die Kriminalität. Dazu öffneten sich die Grenzen Osteuropas, und statt vor Freude darüber lange und ausgiebig zu feiern erstarrte man vor Schreck angesichts der nachholenden Arbeits- und Konsumwut. Dem galt es schleunigst einen Riegel vorzuschieben. Und schon ergibt sich die Verschiebung von Problemen aus sozialer Wahrnehmung in die ordnungsstaatliche und polizeiliche Sichtweise. Das erfolgt meist unter dem Kunstgriff „Ausländerkriminalität“. Hier ist Deutschland die Blaupause für alle anderen. Einerseits setzte mit der Vereinigung der zwei Staaten eine Kampagne gegen „Asylbetrüger“ ein, getragen von konservativen Politikern und Medien, exekutiert von Rechtsextremen, andererseits machte Deutschland Druck auf alle anderen Länder, die Asylgesetzgebung zu verschlechtern und die Einwanderungsquoten herunterzufahren. Und schließlich schloß Deutschland auch

noch vorbildhaft für alle anderen EU-Länder bilaterale Rückschiebeabkommen mit entsprechender Finanzierung ab. Allerdings konnte dadurch die mentale Vereinigung nicht erzwungen werden. Die Westdeutschen betrachten die Ostdeutschen weiterhin als Lohndrücker und/oder als Subventionsempfänger. Die anderen EU-Länder folgten dem leuchtenden Beispiel und so senkte sich ein neuer Vorhang, quer durch Europa, symbolisiert durch den Namen „Festung Schengen“.

Aber auch für die innere Wohlordnung der Festung wird gesorgt. Unter der Devise vom Sozialschmarotzertum der AusländerInnen und Unanständigen konnten Barrieren gegen Sozialansprüche von jedermann/frau errichtet werden, Zugänge beschränkt, Finanzierungen ausgetrocknet, Gesetze erlassen und die Kontrolle erhöht werden. In Deutschland überlegt man sich Sozialdetektive, die die Armen, vulgo SozialschmarotzerInnen, überwachen sollen. In England funktioniert das schon ganz gut, Thatcher sei Dank. Ein denunziatorischer Anruf von NachbarInnen genügt für eine Kontrolle vom Sozialamt. Insofern sind uns die BritInnen mal in einem Gebiet voraus, in dem wir uns in Österreich als MeisterInnen betrachten. Und sonst machen sich Überlegungen breit, die Arbeitspflicht, so wie in Zeiten faschistischer Diktaturen, wieder einzuführen. Ein weiterer Schritt in die illiberale Demokratie: politische Freiheit bei gleichzeitiger Zurücknahme ziviler Freiheiten. Eine allumfassende, „sanfte“ Repression auf Grundlage der Existenzzerpression in kapitalistischen Marktwirtschaften.

Kollaboration der sozialpolitisch reaktionär eingestellten Medien

Legitimiert wird diese Repression durch die Medienberichterstattung, die ein diffuses Bild der Gewalt erzeugt. Dazu kommen die Klagen der Polizeibehörden über mangelnde Kompetenzen und unzureichende Infrastruktur. Alles das, was bis vor kurzem entweder illegal oder gar nicht geregelt für Polizeibehörden war, soll nun legal werden. Dieser Legalisierungsstrategie, polizeilichen und geheimdienstlichen Allmachtwünschen Gesetzesrang zu verleihen, steht die Forderung nach noch mehr Verboten, nach härterer Illegalisierung von Handlungen zur Seite. Diese Wünsche werden gerne von PolitikerInnen aufgegriffen, die nah an rechtsaußen grenzen oder sich als HardlinerInnen (you know, tough eggs) profilieren wollen. Von dort geht man/frau rasch über zu Ausländerkriminalität, Zuwanderungsstopp und Asylverboten: staatlich gebotener Rassismus. Hinzu kommen Bücher über ein weltweit agierendes Verbrechersyndikat, das von Rußland her droht, und in denen entsprechende Abwehrmaßnahmen gefordert werden: Lauschangriff, Rasterfahndung etc. Solche Gelegenheiten, einer verunsicherten Gesellschaft harte Maßnahmen zu empfehlen, lassen sich auch ehemals als Linke oder Aufklärer geltende Autoren nicht entgehen: Jürgen Roth, Werner Raith, Jean Ziegler. Oder folgen sie nur dem Lemmingzug der Zeit und der Mehrheit in der illiberalen Demokratie? Den meist in privaten Händen befindlichen Medien geht es nicht mehr um objektive Informationen, son-

dem um Auflagensteigerung, Marktanteile und damit Inse- ratensteigerung. Diese Inse- rateneinnahmen können aber nur durch gefällige Wirt- schafts- und Politikberichter- stattung gehalten oder gar ge- steigert werden. Diese durch und durch stolze Haltung der meinungsfreien Medien wird gerne als allgemeines Interes- se der KonsumentInnen ca- mouffliert. Eine solche Infor- mationspolitik, die ja mittler- weile Infotainment genannt wird, hat seit den Achtzigern Platz gegriffen. Sie fördert nicht mehr politische Auf- klärung über Interessen und Sachverhalte, sondern be- stätigt die von Autoritäten wie Politikern und Managern er- zeugten Vorurteile.

EU-Binnenmarkt nach Maastricht

Diese Probleme stellen sich aber nicht nur in Österreich, sondern in allen EU-Län- dern, sowohl was die legisti- sche Vorgangsweise als auch was das Erstarken rechtsex- tremen Parteien und Gewalt- taten anbelangt. Vieles bleibt aber verschwommen, näm- lich ob der Prozeß des EU- Binnenmarktes die Segrega- tion zwischen („echten“) Eu- ropäerInnen und Nichteu- ropäerInnen bestimmt, ob die einzelnen Nationalstaaten von selbst zu solchen Maß- nahmen gegriffen hätten, ob die Globalisierung der Pro- duktionsstätten und die In- dustrialisierung von nicht- westlichen Staaten und der Wettstreit um Kapitalanlagen und Investitionen die suk- zessive Zertrümmerung der sozialen Errungenschaften zu dem Zeitpunkt, zu dem man sie gerade braucht, erzwin- gen haben. Einerseits hat der Schengener Prozeß die Bin- nenmarktentwicklung be- gleitet, andererseits war der

Fall des Comecon Mitte der achtziger Jahre noch nicht klar. In die Binnenmarkt- konzeption sind vornämlich Vorüberlegungen europäi- scher Multis eingeflossen, die sich durch Konzentrations- bewegungen und Aufkäufe für zukünftige Preiskriege vorbereiten oder diese da- durch womöglich ausschalten wollten. Diese Fusionen waren und sind von Masse- nentlassungen begleitet, die den inneren Konsummarkt aber verkleinern. Wenn dazu die EU-Staaten für die Kon- vergenzkriterien von Maa- stricht ein Deflationsregime errichten, entbrennt der Lob- bykrieg der diversen Interes- sengruppen zwischen Verlie- rern und Gewinnern um den noch verbleibenden Vertei- lungsschatz des jeweiligen Staates. Hier ist es dann aus mit gemütlich.

EU-Binnengesellschaften

Diese Territorien sind durch entsprechende Bedrohungs- bilder der Medienprodukti- on, die sich wiederum der Polizeiiinformationen bedient, genügend eingestimmt. Die unfreiwilligen Objekte dieser Bilder, die freiwillig oder ge- zwungen aus der Arbeitsge- sellschaft ausgestiegen sind, fließen im alltäglichen Be- wußtsein ineinander.

Punks, Drogenkonsum- entInnen, Obdachlose, Bettler, Sandler und bereits auch Arbeitslose wurden von Polizei, Wirtschaft und Medien in den EU-Staaten zum inneren Bedrohungs- und Feindbild aufgebaut. Als VerliererInnen bedrohen sie das Erscheinungsbild der Städte, der Gesellschaft, des freien Marktes. Sie müssen aus der öffentlichen Wahr- nehmung verdrängt, ausge- schlossen und deshalb von zuständigen Einschließungs-

kräften kriminalisiert werden. Dazu werden die nötigen Kriminalisierungsgesetze be- schlossen. Bagatelldelikte werden zu Vorbereitungen von Schwerverbrechen hin- aufstilisiert, um die schon Marginalisierten noch weiter von der Gesellschaft auszu- schließen, um sie endgültig einzuschließen. In den heu- tigen Beschäftigungslagen kann aber jede/r von der fle- xiblen Arbeitsmarktgesell- schaft ausgestoßen werden, unnötig werden, daher er- kennt jede/r in diesen Mar- ginalisierten seine/ihre eige- ne mögliche Zukunft. Dieser Horror muß verdrängt wer- den. Daher gibt es eine hohe Akzeptanz gegenüber den re- aktionären Vorstellungen von Polizei und Medien. Gerade die Jugendkultur wird so zu einem reichen Betätigungsfeld polizeilicher Aktivitäten. Kommt die Polizei damit nicht zu Rande, so nehmen Handelsvereinigungen, Kauf- leute einer Straße etc. gerne die Dienste von ins Kraut schießenden privaten Sicher- heitsdiensten an. Auch bei der österreichischen Post ste- hen bereits private Sicher- heitswürstel bei der Auszah- lung des Arbeitsgeldes her- um und markieren. Der neue Arbeitsmarkt für Arbeitslose: das private Sicherheits- dienstleistungsangebot, und schon ist mann/frau wieder etwas Besseres.

Die Ordnungspolitik der EU-Staaten

Vorgebliches Feindbild ist die Organisierte Kriminalität. Sie muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden. Da müssen Privat- sphäre und Bürgerrechte zurückstehen. Und OK kann vieles sein. Dabei kann sie, wie in Italien zu analysieren war, nur mit Hilfe von Teilen

des Staates funktionieren: ganz oben über Einflußnah- me wichtiger Politiker, Rich- ter und Polizeipräsidenten, ganz unten durch schlichte Bestechung kleiner Beamten. Im heutigen Rußland ist so- gar die Identität von Politi- kern, Beamten und Unter- nehmern mit sogenannten Mafiosnik gegeben. Das be- deutet, daß nur die Überwa- chung der Staatsbeamten und der VolksvertreterInnen ausreichend Schutz vor der OK bietet. Oder? Aber reden wir doch von den ei- gentlichen Zielobjekten der Überwachung.

Lauschangriff, Raster- fahndung, Schleierfahndung, illegal Arbeitende, Ausländer- Innen, AsylwerberInnen, So- zialschmarotzer - immer mehr wird verschärft, ver- folgt, kriminalisiert und vor allem differenziert, sprich segmentiert, auseinanderdi- vidiert: da hedonistische, pflichtvergessene drogen- konsumierende Jugend, dort in Frühpension Flüchtende oder Abgeschobene, ängstli- che RentnerInnen, „unan- ständige“ Arbeitslose, hart ar- beitende UnternehmerInnen, bürokratische Superver- diener. So wird eine Sozial- und Sicherheitspolitik legiti- miert, ein Polizeistaat erbaut, in dem dessen Exekutoren auf gesetzlicher Basis weit- reichende Ermächtigung ha- ben, ganze Bevölkerungstei- le zu kontrollieren und zu er- fassen. Datensammlungen an- derer Institutionen werden vernetzt, mit oder ohne Ge- nehmigungen, der Zugriff auf Grund schwach formulierter Gesetze immer möglich, der Datenschutz ein Scherz, die bürgerliche Privatsphäre ei- ne nun doppelte Illusion. Die Freiheit des Individuums wird nicht mehr politisch de- finiert, nur mehr wirtschaft-

lich und juristisch. Die juristische Produktion von Gefangenen und die materielle von Gefängnissen wie in den USA könnte aber vielleicht so umgangen werden.

Die Asylgesetzgebung ist mit Hilfe der Drittlandklausel auch auf politische Flüchtlinge positiv nicht mehr anwendbar. So werden in Österreich wegen dieser Klausel eines angeblich sicheren Landes pro Jahr 15.000 Menschen in Schubhaft genommen und ausgewiesen. Ab 1.1.1998 laut neuerlich renoviertem Asylgesetz werden die Flüchtlinge schon an Österreichs Grenzen sortiert, eine Berufung von dort aus gegen einen negativen Bescheid ist praktisch unmöglich. Damit sind das österreichische Asylgesetz und die Schengener Abkommen im technischen Bereich bereits fast deckungsgleich: dort das Fax an das Bundesasylamt, hier der SIS-on-line-Computer.

In Deutschland arbeiten Verfassungsschutz und Polizei angeblich nur bei der Bekämpfung Organisierter Kriminalität zusammen, obwohl bekannt ist, daß die politischen Referate der Polizei schon lange mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz kooperieren. In Bayern ist der Lauschangriff zur „präventiven“ Verbrechensbekämpfung erlaubt. Ministerpräsident Stoiber will diesen auf ganz Deutschland ausweiten, unter dem Hinweis auf die vergleichsweise niedrige Kriminalität in Bayern im Vergleich zum Beispiel zu Bremen. Daß mit der präventiven Verbrechensbekämpfung, ausgestattet mit den Mitteln des Lauschangriffes, der Schleier- und der Rasterfahndung, die Polizei nicht nur Möglichkeiten und

Maßnahmen in die Hand bekommt, sondern ungeheure Macht, wird nicht diskutiert. Die Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdienstbereichen, das zukünftig erlaubte Abhören von Berufen, die den gesellschaftlichen Teil eines liberalen Rechtsstaates repräsentieren, also Ärzte, Rechtsanwälte und Journalisten, bekommt nun gesetzlichen Rang. Nur Politiker sind in Deutschland ausgenommen. Warum eigentlich, wenn man nach Italien sieht, wo die *Democrazia Christiana* nicht mehr existiert, da sie mehr einer organisierten Bande aus Kriminellen als einer politischen Partei ähnelte.

Schengen, das EU-System zur Ausschließung oder: der Binnenmarkt und seine Küstenregionen

Nachdem die normale legale Zuwanderung durch Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit zunehmend überflüssig und daher kaum mehr geduldet wurde, verschärfte die EG schon gegen Ende der achtziger Jahre ihre Asylpolitik gegenüber Flüchtlingen - gemäß dem Abkommen Schengen II aus dem Jahre 1990. Die „Harmonisierung“ der Gesetze und Vorschriften der einzelnen EG-Mitgliedstaaten wurde als notwendige begleitende Absicherung zum entstehenden Binnenmarkt gesehen. Mit dem Stichjahr 1993 sollten die inneren Grenzen fallen, und das wurde sofort als Sicherheitsdefizit wahrgenommen. Daher sollten die allgemeine Überwachung und Kontrolle ausgebaut, das Nacheilen der Polizei über die Grenzen erlaubt, die BürgerInnen einer jederzeitigen „Schleierfahndung“ im grenznahen Be-

reich unterworfen werden. Jeder Polizist symbolisiert potentiell die Grenze. Die Polizei als das Eigenste des Staates, das herrschende Identifizierungsangebot? Das personalisierte Grenzziehende? Für rechtsextreme Parteien sehr wohl!

An den Beratungen zu Schengen in den achtziger Jahren nahm auch Österreich teil. Man nahm schon damals, vor der Ostöffnung, an, daß billige Arbeitskräfte innerhalb der EG ausreichend vorhanden sein werden, so daß an außerhalb der EG lebenden Arbeitskräften kein Bedarf mehr sein werde. Eine scharfe Abschottung nach außen war deshalb nur durch einen gemeinsamen Datenverbund und gleiche Regelungen bezüglich Asyl, Aufenthalt und Arbeitsbewilligung für Nicht-EG-BürgerInnen gegeben. Als dann in der ersten Euphorie die osteuropäischen Staaten die Menschenrechtskonvention unterzeichneten und die Migration liberalisierten, weil sie diese Gesetze als Angleichung an westliche Wertnormen und nicht als Instrumente des Kalten Krieges und der seinerzeitigen tätigen Reue über Versäumnisse im Zweiten Weltkrieg interpretierten, war Schengenland noch nicht einsatzbereit. Daher setzte jede westeuropäische Regierung zuerst auf eigene Maßnahmen zur Abschottung. Doch ermöglichte es der Zusammenbruch der osteuropäischen Wirtschaften, den insgeheim schon lange vorbereiteten Sicherheitsstaat EU nun auf der öffentlichen Bühne erscheinen zu lassen. Das Publikum war schon entsprechend eingestimmt.

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Ost-

blocks begannen in Deutschland, Frankreich und anderen EG-Ländern Kampagnen konservativer Politiker, unterstützt durch die Massenmedien, in denen eine Überfremdung festgestellt, ein Einwanderungsstopp gefordert, AsylwerberInnen als kriminell, asozial und parasitär hingestellt und politische Verfolgung als irrelevant dargestellt wurden. Hinzu wurde die Diffamierung oft auf Wirtschaftsgründe verengt. Mit dieser Legitimierung versehen, wurden einerseits die notwendigen Verfassungsänderungen in diesen sensiblen Bereichen erreicht, die Schengen-Beschlüsse von den Parlamenten hingenommen, andererseits erstarkten rechtsextreme Bewegungen, häuften sich Anschläge gegen JüdInnen, TürkInnen, AsylbewerberInnen und Behinderte. Durch die oben erwähnten Gesetze zu Asyl und Aufenthalt wurden viele in die Illegalität gedrängt, kriminalisiert. Das veranlaßte dann rechtsextreme Parteien und die Polizeien, vom Ansteigen der Ausländerkriminalität zu schwätzen. Hinzu kamen das Ansteigen der Arbeitslosen durch Fusionen, Auslagerungen und Schließungen von Betrieben, der Abbau des Sozialstaates, die Verschärfungen der Arbeitsbedingungen, der restriktive Kurs der neoliberal ideologisierten Zentralbanken und Regierungen.

All das hat ein Klima der Unsicherheit, der Angst und des Hasses geschaffen, und damit die Lust auf Bestrafung, auf Rache an jederfrau/mann. Im Kampf um die Arbeitsplätze wurden der Aufbau eines Sicherheitsstaates, die Ausgrenzung von Nicht-EU-BürgerInnen als handlungsleitende Werte

akzeptiert. Der allgemeine Rechtsruck katapultierte Werte und Haltungen, die noch in den frühen siebziger Jahren als rechtsradikal galten, in das Zentrum der Gesellschaften, getragen von Medien, Polizei und Politikern.

Staatssicherheit statt sozialer Sicherheit hat aber noch einen zweiten Aspekt. Der Binnenmarkt, die Zusammenschlüsse europäischer Konzerne zur besseren Konkurrenz gegen die USA und Japan am Weltmarkt, getragen von einem einheitlichen Binnenmarkt als politökonomische Operationsbasis, haben wie schon oben erwähnt zur Massenarbeitslosigkeit, zur Verarmung ganzer Regionen und weitreichender Deindustrialisierung geführt. Dazu kommen Privatisierungen wichtiger volkswirtschaftlicher Produktionen und Leistungen und Deregulierungen in der Marktwirtschaft, denen eine härtere und wachsende Regulierung durch die Sozialämter am Arbeitsmarkt gegenübersteht. Die Produktion von Armen, billigen Illegalen, jeder Ausbeutung unterworfenen Arbeitskräften, von prekären Arbeitsplätzen, von Ghettos und Dritter Welt innerhalb der EU sowie dem damit einhergehenden Ausschluß und die gesetzliche Produktion von Nicht-EU-Menschen ist schon früh ins Blickfeld der polizeilichen und juristischen Regulatoren geraten. Statt Solidarität Konkurrenz um die Arbeitsplätze, Arbeitsplatzverlust und Fremdenverdrängung. Diese zerstreute Masse und ihre möglichen Gefühlsausbrüche muß unter Kontrolle gehalten werden, wobei die Instrumente dieser von unsichtbar bis spürbar reichen.

Geschengt

Das Schengener Abkommen von 1985 ist ursprünglich aus der Absicht entstanden, die Grenzkontrollen innerhalb der EG abzuschaffen und die äußeren Grenzen der EG nach einem gemeinsamen Recht zu sichern. Da einerseits Großbritannien, Irland und Dänemark nicht dazu bereit waren und andererseits Italien, Griechenland etc. noch nicht willkommen waren, beschlossen die anderen Länder, die gemeinsamen Maßnahmen außerhalb des EG-Rechtes zu vereinbaren und durchzuführen. Die EG-Kommission wurde Beobachter beim Schengen-Rat. Dieser wiederum kooperierte mit der Trevi-Gruppe. Durch das außerhalb der EG beschlossene Schengener System konnten die fünf Regierungen Druck auf die anderen Staaten ausüben, sich dem ohne parlamentarische Kontrolle entstandenen Rechtssystem anzugleichen. Schengen basiert allerdings nur auf bilateralen Verträgen zwischen den Staaten, solange bis die Dritte Säule vergemeinschaftet werden kann.

Schon 1986 wurde dann eine „Ad-hoc-Arbeitsgruppe Immigration“ als Organ des EG-Ministerrates gebildet, deren Aufgabe es war, durch verstärkte Kontrollen der Außengrenzen und Koordination der Visa-Politik „dem Mißbrauch des Asylrechtes ein Ende zu machen.“ (Diese Phrase hat seither eine europaweite Karriere erfahren.) Die Harmonisierungen führten zu einer EU-weiten Verschärfung des Asylrechts der einzelnen Staaten und der Errichtung von Abwehrvorrichtungen gegenüber Nicht-EU-BürgerInnen. Dazu zählen Visapflicht für die BürgerInnen fast aller Nicht-EU-



Festung Europa

Staaten, das Schengener Informationssystem, welches Daten unerwünschter Personen und Sachen speichert, entsprechende Datenterminals an den Grenzen, eine infrarote Lichtgrenze gegen die osteuropäischen Staaten, ein Datensystem für Fingerabdrücke (Eurodac), verstärkte und hochgerüstete Grenztruppen. Diese sind mit Hohlraumsonden, Paßlesegeräten und Wärmebildkameras ausgerüstet. Dazu kommt die „Schleierfahndungs“-Befugnis, die Kontrolle von verdächtigen Personen im erweiterten Grenzbereich. So kontrollieren bayrische Grenzbeamte im österreichischen Raum und umgekehrt.

Wie bei Wirtschaftsunternehmen ist Datenschutz bei diesem EU-weiten Datenleitungen und -weitergaben nicht gegeben. Nur die Behörden selbst genießen diesen, wie eben auch die Wirtschaftsunternehmen. Das Löschen von Fehldaten und falschen Informationen ist nicht vorgesehen. Das SIS (Schengener Informationssystem) in Straßburg wird nicht nur zur Fahndung nach Personen und Sachen benützt, wie der Standard vom 3.12.1997 unvollständig berichtete, sondern auch zur

Verhinderung der Einreise politisch mißliebiger Personen und Gruppen. Weitere Kategorien für Eingaben sind Festnahmen, Einreiseverweigerung, Vermißte, Aufenthaltsermittlung und verdeckte Registrierung. Österreich ist seit 27.10.1997 voll dabei, wobei Deutschland über Jahre hinweg enormen Druck ausgeübt hat, damit die österreichischen Grenzen dicht gemacht werden. Den gibt jetzt Österreich gemeinsam mit Deutschland an Italien weiter. Tolle Leistung, schengenreif zu sein. Im Frühjahr 1998 soll ein Containerzentrum am Flughafen Schwechat entstehen, für eine bessere Zentralisierung und Abschiebung von Schubhäftlingen. Damit folgt Wien dem Beispiel anderer Länder wie Frankreich, Belgien und Holland. Schengen hat einen „Sicherheitskordon“ von Drittstaaten erzwungen, gebildet durch die osteuropäischen Staaten.

Mit dem Amsterdamer Vertrag vom 17.6.1997 wurde Schengen in das EU-Recht integriert, mit einer Sonderstellung für Großbritannien und Irland. Oberstes Leitungsorgan wird in absehbarer Zukunft Europol sein. Davon mehr in Teil II in der nächsten ZOOM.

Der europäische Geist

in 22 Beispielen

VON GLÜCKSTHAL LAJOS

Alle sollen ab jetzt draußen Ableiben. Der staatliche Rassismus, per Gesetz und Parlament, akklamiert durch die Medien, wundert sich dann über den gesellschaftlichen Rassismus, den er so mit-erzeugt und legitimiert, und macht dann einen auf betroffenen, wenn Häuser brennen, Bomben hochgehen, rechtsradikale Parteien stärker werden und die Bevölkerung gerade erst in (Pogrom?-)Stimmung kommt.

Der Feind ist nun klar erkennbar: der Flüchtling, der potentielle Asylwerber, der Ausländer, der fremde Arbeitssuchende, der protestierende Inländer, Nestbeschmutzer, Sozialschmarotzer, Behinderte, der Streikende ... die verdienstvollen Krücken einer europäischen Identität.

- Die Anti-Mafia-Kommission des italienischen Parlaments beschuldigte im heurigen März den Unterstaatssekretär im Innenministerium, enge Kontakte zur Mafia zu haben und von ihr Wahlunterstützung bekommen zu haben. Dieser drohte daraufhin, einen anderen Minister bloßzustellen, der seiner Meinung nach auch Kontakte pflegt. Plus ça change.
- In Belgien stehen sich ehemalige Parteifreunde als Gegner gegenüber. In der Sozialistischen Partei, Zweite der Regierungskoalition, werden gegenseitige Korruptions- und Mordvorwürfe erhoben. André Cools, ehemals Chef der SP, ist 1991 erschossen worden. Guy Spitaels, ehemaliger Chef der SP nach

Cools, steht unter Anklage. Er soll 1988 Schmiergelder von der italienischen Rüstungsfirma Augusta, die in die Parteikasse fließen hätten sollen, privat verwendet haben. Der ehemalige Nato-Generalsekretär Willy Claes verlor über diese Affäre sein Amt. Drei ehemalige Parteimanager beschuldigen Spitaels, Geld auch vom französischen Rüstungskonzern Dassault genommen zu haben. Der frühere belgische Justizminister und nunmehrige Richter am Europäischen Gerichtshof soll ebenfalls von Dassault genommen haben.

- Der stellvertretende Generalsekretär des Schengener Abkommens, der Belgier Lieven Lenaerts, wurde Ende September 1996 verhaftet. Ihm wurde vorgeworfen, Fördergelder der EU veruntreut zu haben, ein Fall von organisierter Kriminalität eines EU-Inländers. Dieser wird der EU-Logik gemäß eingeschlossen. Damit wird dieser Fall abgeschlossen werden.
- Im November 1997 sind drei hochrangige Beamte der EU-Kommission, darunter der in Pension gegangene Generaldirektor für Tourismus Heinrich von Moltke, ihrer Immunität verlustig gegangen. Damit ist der Weg frei für die belgische Staatsanwaltschaft, um Vorwürfe betreffs widerrechtlicher Vergabe von Aufträgen zu klären.
- Ein angeblich drogenab-

hängiger Jurist und EDV-Beamter hat, gemeinsam mit einem zweiten aus dem belgischen Justizministerium, massenhaft Informationen aus dem belgischen Sirene-Büro des SIS an die „Organisierte Kriminalität“ (OK) verkauft. Er wurde am 3. Dezember 1997 verhaftet. Auch gut. Der Bock zum Gärtner. Die „Organisierte Kriminalität“ hatte noch nie Schwierigkeiten, in Polizei und Politik einzudringen, aber nun, dank dem Überwachungswahn, bekommt sie auch noch Zugriff auf die allgemeine Bevölkerung. Allein in Österreich können mehrere hundert Beamte über das Zugriffssystem Sirene das SIS benützen.

- Die „fliegenden Abteilungen“ der niederländischen Gendarmerie haben 1996 etwa 767.000 Menschen im grenznahen Bereich angehalten und überprüft.
- Im November 1997 haben in einer gemeinsamen Aktion Zoll und Polizei in Frankreich, Belgien und Holland 18.000 Personen kontrolliert. Die gesamte Nordgrenze Frankreich wurde abgeriegelt. 2000 Beamte waren im Einsatz, 240 Menschen wurden festgenommen, 37 kg Cannabis, 210 g Heroin, 100 g Kokain und 1,8 kg synthetische Drogen waren die magere Ausbeute der Operation „Frontal“.
- Eine kurdische Musikgruppe bekam kein Visum für die Teilnahme an einem Musikwettbewerb in Spanien, weil ihnen nach einem nur halbstündigen Check im SIS mitgeteilt wurde, daß mehrere Schengen-Mitgliedstaaten ein Veto gegen ihre Einreise eingelegt haben. Da-

vor war die Gruppe in Belgien, Deutschland usw. gewesen. Sie ist Mitglied des Centro Mesopotamia, welche kurdische Musik und Kultur bekannt machen soll, ein Schwerverbrechen in der Türkei.

- Der Rumäne Augustin A. wurde niedergeschossen, als er Ende August 1997 mit einer Gruppe von Österreich nach Italien zu Fuß ausreisen wollte. Er soll dabei mit anderen am Boden liegend den schießenden Beamten attackiert haben. Der Beamte wurde freigesprochen, der Rumäne zu neun Monaten verurteilt.
- Seit 1993 sind in Deutschland 70 Flüchtlinge bei dem Versuch, die Grenze zu überschreiten, gestorben. 45 Flüchtlinge begingen Selbstmord, 33 den Versuch. 32 Flüchtlinge starben durch Rassisten, 151 wurden durch diese verletzt.
- Die Todesopfer vor der Küste Spaniens wurden bis jetzt noch nicht erfaßt. Spanien verteidigt die EU gegenüber MigrantInnen aus Afrika an der Meerenge von Gibraltar, hochgerüstet mit Hilfe von EU-Geldern, bis zum letzten Flüchtling. Erst kürzlich sind in der Nacht vom 15. März 1998 aller Wahrscheinlichkeit nach zwölf nordafrikanische Einwanderer in der Straße von Gibraltar ertrunken.
- Am 28. März 1997 wurde ein albanisches Flüchtlingsboot in der Meerenge von Otranto gerammt, 79 Menschen sollen dabei ertrunken sein. Die italienische Regierung war seit Ende März dazu übergegangen, ihre Kriegsschiffe in der Adria als „Flücht-

lingsabwehr“ patrouillieren zu lassen. In Italien schlug die fremdenfeindliche Stimmung angesichts dieser Tragödie um.

In Österreich und Deutschland mehrten sich dafür die Befürchtungen vor unkontrollierter Einwanderung aus Italien, seit sich dank der Schengener Abkommen im Oktober 1997 die Brennergrenze, ein Kontrollpunkt an einer der Hauptverkehrsachsen der EU, den Grundfreiheiten des Binnenmarktes öffnet.

- Im Dezember 1997 und Januar 1998 flüchteten irakische und türkische KurdInnen aus der Türkei nach Italien. Sie bekamen von der italienischen Regierung politisches Asyl. Daraufhin machten Österreich und Deutschland Druck. Beide sperrten vorsorglich ihre Grenzen. Insbesondere Deutschland versuchte die Situation dahingehend auszunützen, die Amsterdamer Beschlüsse bezüglich der Weitergabe von Daten und Fingerabdrücken illegaler AsylwerberInnen und den Einsatz von Europol bei Menschen-smuggel schneller zu institutionalisieren. Der deutsche Innenminister Kanther forderte noch schärfere Grenzkontrollen von Griechenland und Italien. Die Türkei müsse man miteinbeziehen. Nun beschloß der EU-Rat, Sicherheitszonen im Nordirak zu fördern, da die meisten EU-Staaten nicht mehr bereit sind, zwischen politischen und wirtschaftlichen Flüchtlingen zu unterscheiden. Die EU-AußenministerInnen wollen nun eine

ausdrückliche Zuständigkeit von Europol für den Kampf gegen die Schlepper, d. h. eigentlich gegen die Flüchtlinge, die ja erst durch das Asylunwesen der EU in das Schlepperunwesen hineingeschoben werden. So wurde durch die Schließung der Grenzen erst jene neue Form von OK ermöglicht, die wiederum zum Ruf nach mehr Kompetenzen, mehr Polizei führt.

- Der Streik der Lastwagenfahrer in Frankreich im November 1997 veranlaßte die EU-Kommission zu Drohungen gegenüber der französischen Regierung. Sie kündigte an, Sanktionen zum Schutz der Freiheit des Binnenmarktes (Artikel V) zu ergreifen. Das markiert die Haltung der EU-Institutionen gegenüber Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnenrechten wie Streik. Die deutsche Industrie forderte die französische Regierung auf, den Streik zu beenden. Zu den dabei einzusetzenden Mitteln hielten sich die Stellungnahmen dieses Mal noch zurück. General Motors in Belgien bekommt zum Beispiel ein Viertel seiner Zulieferungen aus Spanien und Portugal. Durch den Ausfall der Lieferungen fühlte sich GM bemüßigt, Massenentlassungen anzudrohen. Die Straßenkosten, subventioniert durch die öffentliche Hand, sind so gering, daß man vor Ort in der EU keine Zulieferfirmen benötigt. Oder fördern Industriesubventionen der EU und ihrer Mitgliedstaaten diese Verschwendung? Diese Frage weicht nur scheinbar vom Thema ab, denn dieser

Transportwahnsinn be-
rührt eben Streikrecht,
Blockaden und Wider-
stand und deren zukünftige
Behandlung durch Re-
gierungen und EU-Institu-
tionen. Werden die Straßen
weiterhin als soziales Feld
von Verteilungskämpfen
gelten oder in den Bereich
polizeilicher Wahrneh-
mung, und das heißt Auf-
standsbekämpfung, fallen?

- Großbritannien, Nieder-
lande und Spanien haben
gegen die Lkw-Blockaden
in Frankreich vorgebracht,
daß diese gegen das Ge-
meinschaftsrecht ver-
stießen. Die *Times* schrieb
von einer Kriegshandlung.
- Der EuGH urteilte, daß
die Mitgliedsländer dazu
verpflichtet seien, gegen
Störungen des freien Wa-
renverkehrs als eine der
vier Grundfreiheiten mit
allen Mitteln vorzugehen.
Anlaß für dieses Urteil wa-
ren die periodisch wieder-
kehrenden Proteste fran-
zösischer Bauern gegen Bil-
ligimporte. Die EU-Kom-
mission betrachtet das Ur-
teil als maßgeblich für die
Lkw-Blockaden und son-
stige zukünftige Proteste.
- Während des Amsterda-
mer EU-Gipfels am 16.
und 17. Juni 1997 verhaf-
tete die niederländische
Polizei 700 Menschen bei
friedlichen Demonstrationen
von Gewerkschaften und
Arbeitslosen nach Art.
140 des niederländischen
Strafgesetzes: Teilnahme
an einer kriminellen Orga-
nisation. Der Amsterda-
mer Vertrag spricht von
der EU als einem Raum
der Freiheit, Sicherheit
und Gerechtigkeit. Am-
sterdam wurde während
der Dauer des Gipfels zur
Sicherheitszone erklärt.
Wien plant ähnliches!

(Standard vom 30.3.1998)

- In Wien will man auch
gleich das Prostitutionsge-
setz verschärfen. Frauen
ohne Registrierung sollen
Freiheitsstrafen verpasst be-
kommen, wenn auf Grund
ihrer Kleidung oder son-
stiger Umständen in ein-
schlägigen Lokalen eine
Anbahnung erkennbar ist.
Registrierten Frauen wer-
den Fingerabdrücke abge-
nommen und ihre Daten
gespeichert. Nur im ersten
Bezirk soll es eine still-
schweigende Übereinkunft
geben, in gewissen Bars
nicht zu kontrollieren.
- In Deutschland will der In-
nenminister Manfred
Kanter mit der „Aktion
Sicherheitsnetz“ ein „sym-
pathisches Sicherheitsant-
litz“ in Berlin herstellen.
Als Vorbild wird seit eini-
ger Zeit von Medien und
Innenministern die „Bro-
ken windows“-These des
New Yorker Bürgermei-
sters Ralph Giuliani kol-
portiert. Dieser hat vor al-
lem die als korrupt gelten-
de Polizeiführung ausge-
wechselt und dem neuen
Polizeichef Bratton Voll-
macht zu dessen Konzept
erteilt. Bratton setzte auf
Computer zur Erfassung
von Schwerpunkten von
Kleinkriminalität und mas-
sive Polizeipräsenz vor Ort.
Dabei konnte die Polizei
Kontrollen und Durchsu-
chungen nach eigenem
Dafürhalten durchführen.
Bürgerrechtsgruppen hat-
ten mit ihren Protesten
kaum Erfolg. Die Maß-
nahmen führten sowohl zu
einem drastischen Fall der
Kriminalitätsrate in New
York als auch zu einem
starken Anstieg von Gef-
ängnisinsassen auf Grund
von Bagatelldelikten. Wie-
derholungstäterInnen wer-

den bereits zu schweren
Strafen verurteilt. Der Po-
liceichef wurde wegen zu
großer Popularität von
Giuliani entlassen und we-
gen seines Modells von der
Stadt New Orleans geru-
fen. Auch in der EU wer-
den bereits Vorträge zu
diesem so erfolgreichen
„Integrationskonzept“ ge-
halten.

- In Mecklenburg-Vorpom-
mern darf die Polizei nach
dem neuen Sicherheits-
und Ordnungsgesetz ver-
dachtsunabhängige Kon-
trollen durchführen und
für Vorfeldermittlungen
Abhörgeräte verwenden.
- Im CDU-regierten Sachsen
will man nun die Tele-
phonüberwachung mit
richterlicher Genehmigung
einführen, aber es wird kri-
tisiert, daß Richter oft nur
abzeichnen würden, ohne
Akteneinsicht zu nehmen,
und es bei Gefahr in Ver-
zug zu Grauzonen komme.
Auch hier soll das neue Po-
lizeigesetz Kontrollen von
Personen, Fahrzeugen und
Sachen ohne Verdacht er-
möglich machen. Schon die An-
nahme einer Begehung ei-
ner Straftat soll für ein Auf-
enthaltsverbot ausreichen.
- Im Alltag nimmt man be-
reits die zunehmende Vi-
deoüberwachung hin: in
U-Bahnen, in Einkaufs-
straßen, bei Straßenkreuz-
ungen, an den Arbeits-
plätzen in Firmen, alles
zum Schutz von Eigentum
– die Restaufgabe des
schlanken Staates. Chip-
karten werden in Zukunft
den Eintritt ins Privilegi-
um der feinen Wohnvier-
tel, der gesicherten Ar-
beitsplätze, der schnellen
Transportmittel und der
Einkaufsstraßen ermögli-
chen. Oder eben auch den
Ausschluß.

Fluchtgrund: Elend

Die ökonomische Situation in den Ländern Osteuropas

VON HANNES HOFBAUER

Niemand spricht heute mehr von den Anwerbungsbüros für Hilfsarbeiter, die mit Unterstützung der Bundeswirtschaftskammer und sozialpartnerschaftlichem Segen in türkischen Städten um Arbeitskräfte gebuhlt haben. Keine 30 Jahre ist es her, daß man ausreisewilligen jungen Männern aus Istanbul von guten Verdienstmöglichkeiten zwischen Wien und Vorarlberg vorschwärmte. Gastfreundschaft wurde garantiert; und der österreichische Fernsehreporter zeigte stolz den so undsovielten Arbeitse migranten auf einem Kleinmotorrad, welches ihm in Anerkennung seiner Leistungen, gleichsam stellvertretend für alle seine türkischen und jugoslawischen Kollegen, überreicht worden war.

Der Wirtschaftsaufschwung Anfang der 1970er Jahre versprach Beteiligung für jeden, der sich an der Peripherie Westeuropas mobilisieren ließ: Der Maghreb lieferte seine Jugend nach Frankreich; in Pakistan und Indien packten die Mobilisten ihre Koffer, um dem Ruf der englischen Industrie zu folgen; Deutschland und Österreich importierten kräftige Burschen aus Jugoslawien und der Türkei. Wer sich der Lieferung billiger Arbeitskräfte verschloß, waren die Länder des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Der Ostblock schloß seine Menschen gezielt von den westeuropäischen Arbeitsmärkten aus. Mauer und

Stacheldraht verhinderten den Transfer billiger Arbeitskraft in die Zentren. Daß die kommunistischen Diktaturen den Eisernen Vorhang im Lauf der Jahrzehnte zu einer unüberwindlichen Barriere ausgebaut hatten, wurde ihnen zeit ihres Bestehens als menschenverachtend angelastet. Heute, nicht einmal eine Generation später, ist an seine Stelle ein digitales und hochtechnisiertes Abwehrsystem getreten, für dessen Aufbau und Instandsetzung Länder wie Österreich Milliardenbeträge aufwenden.

Und die Diktion hat sich entscheidend gewendet. War noch 1985 jeder tschechische oder rumänische Lehrer, der wegen einer unbedachten Aussage seinen Job verlor, ein „politischer Fall“, dem im Westen so gleich Asyl angeboten wurde, so sind heute Lehrer ohne Job – manche auch wegen früherer Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei – eine Gefahr für den österreichischen Arbeitsmarkt; und ganz und gar unpolitische Fälle.

Der Osten Europas ist damit zu einem riesigen Arbeitskräftereservoir für westeuropäischen Bedarf geworden. Die quotierte Aufnahme von gutausgebildeten, billigen Fachkräften aus Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Polen, Rumänien und Bulgarien macht die osteuropäischen Arbeitsmärkte für die Europäische Union selektiv nutzbar. Und sie schürt unab-

lässig Hoffnung auf Teilnahme am westeuropäischen Wohlstandsmodell auch bei jenen, die weder zu Hause noch in der Fremde Chance auf ein menschenwürdiges Dasein haben.

Die Verbreitung von Hoffnung liegt auch den meisten politischen Aussagen zugrunde, die den osteuropäischen Transformationsprozeß seit 1989 begleiten. Die Wirtschaftsstatistiken halten damit Schritt. Bereits unmittelbar nach dem Zusammenbruch der osteuropäischen Ökonomien verbreiteten liberalistische Apologeten die Mär vom bevorstehenden Aufschwung. Die gesprengten Ketten der Planwirtschaft, so der Tenor, würden zum Aufbau einer freien Marktwirtschaft beitragen. Die kommunistische Mangelwirtschaft würde durch eine Überfluggesellschaft ersetzt. Die Erkenntnis schlicht negierend, daß das Ende der Entwicklungsdiktaturen im Osten vielmehr der weltweiten ökonomischen Rezession nach 1975 als politischen Fehlern der kommunistischen Elite geschuldet war, hält sich der Mythos vom marktwirtschaftlichen Wohlstand für die osteuropäischen Peripherien beständig. Abwechselnd kürten Wirtschaftsfachleute Polen, Ungarn und Tschechien zu „Musterknaben“ der Reformländer, um ebenso rhythmisch deren Rückschläge einzugestehen. War es 1996 Ungarn, das die in es gesetzten Hoffnungen als Zugpferd der sogenannten Reformländer nicht erfüllen

konnte, so enttäuschte 1997 Tschechien die künstlich hohen Erwartungen der Fachwelt. Für Ungarn erließ sein Mentor, der Internationale Währungsfonds (IWF), eine restriktive Sparpolitik im Sozial- und Gesundheitsbereich, um westeuropäischen Investoren wieder einen halbwegs sicheren Forint-Markt präsentieren zu können. In Tschechien stürzte der Wert der Krone, was die Hoffnungen auf das Erreichen eines „kommunistischen“ Wirtschaftsniveaus noch im 20. Jahrhundert dämpfte. Einzig Polen hat, den Zahlen des Wiener Instituts für Internationalen Wirtschaftvergleich (WIIW) zufolge, 1997 das wirtschaftliche Niveau von 1989 erreicht, wohlgerne: dem Jahr des völligen politischen und ökonomischen Zusammenbruchs. Die Länder, deren BürgerInnen mit Schengener Reiseverbot belegt sind – Rumänien, Moldawien, Bulgarien, Jugoslawien, Makedonien, Bosnien, das Baltikum, die Ukraine, Weißrußland und Rußland –, sind von ihren wirtschaftlichen Daten her weit hinter jene „goldenen Jahrzehnte“ nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgefallen, die heute als Entwicklungsdiktatur bezeichnet werden können. Hoffnung auf ökonomisches Nachholen wird auch ihnen immer wieder signalisiert, von Präsidenten und Kanzlern bei diversen Staatsbesuchen im Westen, von Weltbank und IWF bei der oftmaligen Verkündung der Gewährung einer Kredittranche, die dann doch wieder verschoben werden muß, oder auf internationalen Symposien, wo beim Hohelied auf die freie Marktwirtschaft noch immer die Strophe der westeuropäischen WohlstandsbürgerInnen

und nicht die der brasilianischen SlumbewohnerInnen angestimmt wird. Solange nicht erkannt wird, daß das Modell der attributlosen, liberalen Marktwirtschaft für die peripheren Länder am Rand des EU-Integrationsraums nicht brauchbar ist, werden Versprechungen auf eine Teilnahme an diesem System die Randlage Osteuropas fortschreiben.

Was seit 1989 passiert ist

Soviel steht fest: Die osteuropäische Krise ist strukturell. Eine allzu rasche Liberalisierung der Importe hat – neben Fehlern bei der Privatisierung – im großen Ausmaß zur Zerstörung industrieller und landwirtschaftlicher Kapazitäten geführt, die der westeuropäischen, südasiatischen und türkischen Konkurrenz nicht standhalten. Sinkende Wettbewerbsfähigkeit für osteuropäische Produkte auf den Märkten der Europäischen Union ist die Folge. Und das, obwohl zwischen Warschau, Prag und Budapest insbesondere mit Steigerungsraten gerade beim Westexport spekuliert worden war.

In den ersten fünf Nachwendejahren ist die Industrieproduktion – im Vergleich zu 1988 – in Ungarn und Tschechien um 35 bis 40 %, in der Slowakei und in Polen um fast 50 %, in Rumänien und Bulgarien um zwei Drittel zurückgegangen. Rußland und die Ukraine befinden sich bis heute auf atemberaubender Talfahrt. Fazit: Die Länder der nachholenden industriellen Entwicklung sind heute weitgehend deindustrialisiert. Auch Böhmen und Mähren, die historisch eine Ausnahme bilden, fielen entwicklungs-mäßig zurück. Selbst dort, wo

seit 1994 wirtschaftliches Wachstum in geringem Maß feststellbar ist, basiert dieses weniger auf Investitionen als auf Konsumnachfrage nach Gütern aus Westeuropa, Fernost und der Türkei.

Ideologisch motivierte Privatisierungen zerstörten ein übriges. So wurden in Rumänien und Bulgarien unter der Devise der Wiederherstellung privater Eigentumsverhältnisse Landreformen durchgeführt, die eine auf den Westmärkten durchaus konkurrenzfähige Agrarproduktion liquidiert haben. Bulgarien bietet dafür ein besonders drastisches Beispiel. Dort betrieben von der konservativen Regierung eigens installierte Liquidationsräte planmäßig die Zerstückelung der Genossenschaften. 60 % der agrarischen Anbauflächen wurden meist in Kleinstbesitz privatisiert, die landwirtschaftliche Erzeugung ging um 55 % zurück. Das Land, in den 70er und 80er Jahren erfolgreicher Exporteur teilweise verarbeiteter Agrarprodukte, war 1997 zur Einfuhr von landwirtschaftlichen Rohstoffen gezwungen.

Die deflationistische Politik der westeuropäischen Ökonomien wiederum, die den eigentlichen Hoffungs-markt für die sogenannten Reformländer darstellen, hat im Vorfeld der Währungsunion zu quotiert verschlossenen Märkten geführt. Der westeuropäische Protektionismus konterkariert also jedes Bemühen, wie auch immer in der Transformationszeit zusammengerafftes und erspekuliertes Kapital produktiv zu investieren. Ausgerechnet Produkte aus jenen Branchen, in denen Osteuropa konkurrenzfähig wäre, fallen unter westliche Importbeschränkungen. Handels-

barrieren für Stahl, chemische Produkte und landwirtschaftliche Güter verweigern ungarischen, tschechischen, slowakischen, polnischen oder russischen Waren den unbegrenzten Zutritt zum EU-Markt. Somit bleibt auch der wesentliche Wettbewerbsvorteil osteuropäischer Länder, die billige Arbeitskraft, zum Gutteil ungenutzt. Selbst Löhne, die nur 5 % (in Rumänien) bis 15 % (in Ungarn) eines österreichischen Arbeiters betragen, sind für exportorientiertes Produzieren kaum verwertbar.

Hat also die Privatisierung aus der Konkurrenzschwäche unter den kommunistischen Diktaturen eine Konkurrenzunfähigkeit vieler Branchen in Industrie und Landwirtschaft gemacht, indem industrielle Komplexe stillgelegt und landwirtschaftliche Genossenschaften zerstört wurden, ist es gleichzeitig über die Geldpolitik zu einer Enteignung jener gekommen, die nichts als ihre Arbeitskraft besaßen. Hyperinflationen in drei- bis vierstelliger Prozentrate in den unmittelbaren Nachwendejahren haben in Polen, Rumänien, Bulgarien und der Ex-Sowjetunion zu einer Geldverknappungspolitik geführt, die – im Sinn einer Schocktherapie – möglichen ausländischen Investoren währungspolitische Sicherheit vermitteln sollte, die Sparbücher der Bevölkerung jedoch binnen Monaten leerlegte. Als besondere, nicht-staatliche Form einer Enteignung des Volkes mögen neben der Hyperinflation auch die berüchtigten Pyramidenspiele gelten, die in Albanien und der Ex-Sowjetunion gespartes Kapital im Schnellgang vernichtet haben.

Gleichzeitig trug die vom IWF vor allem von Ungarn,

Polen, Tschechien und der Slowakei geforderte Budgetkonsolidierung – zwecks Kreditwürdigkeit – zu einer Wechselkursstabilität auf relativ hohem Niveau bei, die exporterschwerend wirkte. Eingriffe der Bretton-Woods-Finanzorganisationen in die Wirtschaftsstrukturen der Länder zementierten Osteuropa als Peripherie des Westens. Barter-Geschäfte (also Tauschgeschäfte, z. B. ungarische Busse gegen russisches Erdgas) im Ost-Ost-Handel wurden de facto unterbunden, indem westliche Kredite an die Absage solcher Praktiken gekoppelt wurden. Der IWF forderte z. B. Ende 1996 von der ersten konservativen Nachwenderegierung die Schließung von 200 rumänischen Großkombinaten, um Kredite für Strukturpassungsprogramme lockerzumachen.

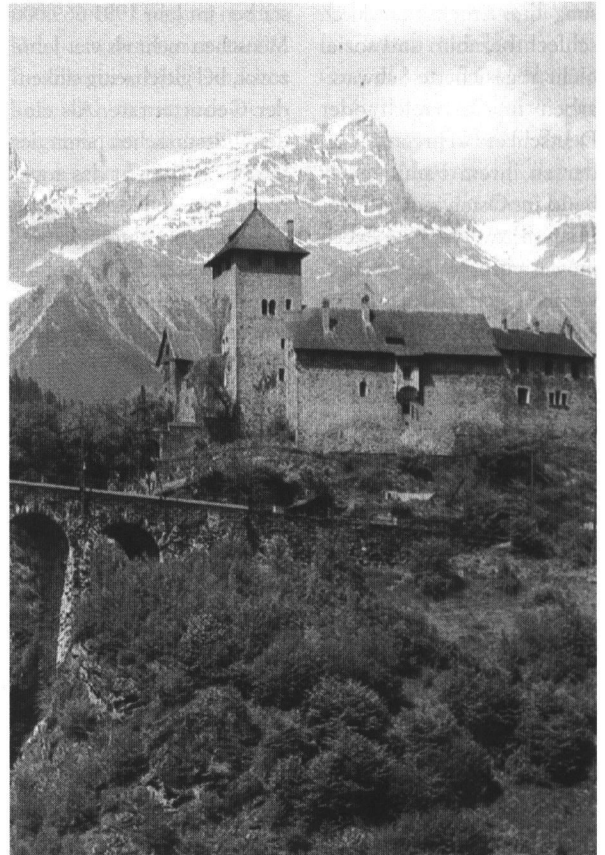
Bulgarien wurde gleich als ganzes Land der Vormundschaft des IWF unterstellt. Am 1.7.1997 übernahm ein „Währungsrat“, bestehend aus Mitgliedern der Nationalbank und des IWF, die Geschicke des Landes. Die Regierung hat damit in Fragen der Währungs- und Finanzpolitik abgedankt; Geldumlauf, Zinsen, Steuern, staatliche Gehälter ... all dies wird der demokratischen Kontrolle entzogen und von Washingtoner Experten bearbeitet. Bleibt noch nachzutragen, daß diese Form der Kolonisierung von den bulgarischen Parlamentsparteien abgesegnet worden ist.

Kapital fließt von Ost nach West

Die Länder Osteuropas standen 1997 bei westeuropäischen und nordamerikanischen Gläubigern mit über

125 Mrd. US-Dollar in der Kreide, die GUS-Republiken müssen ähnlich hohe Schulden abtragen. Ungarn ist mit über 30 Mrd. US-Dollar das pro Kopf gerechnet höchstverschuldete Land Europas. Budgetäre Spielräume verengen sich von Halbjahr zu Halbjahr.

Kapital fließt von Ost nach West. So schätzt Silviu Brucan, Bukarester Ökonom und Mitglied des 1989er-Revolutionrates, daß jährlich ca. 15 Mrd. US-Dollar aus Zinszahlungen und Amortisationen aus den Budgets des Ostens westliche Kassen klingeln lassen. Illegale Kapitalflucht kommt hinzu. Am schamlosesten offenbaren die internationalen Finanzorganisationen in Bosnien ihre Zweckbestimmung. Einen Monat vor der berühmten Dayton-Konferenz, die unter bestimmten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen westliche Unterstützung für den Wiederaufbau Bosnien-Herzegowinas versprach, trafen einander im Oktober 1995 die Vertreter der Gruppe der Sieben (G-7), um über einen Kredit von 3 Mrd. US-Dollar an Bosnien zu verhandeln. Dabei wurde beschlossen, ein Teil des kreditierten Geldes müsse für die Rückzahlung alter jugoslawischer Schulden verwendet werden. Schon im Sommer desselben Jahres setzte der IWF die Schuldenverteilung der jugoslawischen Nachfolgerepubliken fest. Demnach muß Bosnien 16 % der insgesamt 21 Mrd. US-Dollar Schulden auf sich nehmen: Vom Krieg geht es also direkt zurück in die Schuldenfalle, die wohl die eigentliche, ökonomische Ursache für den Ausbruch des Bürgerkrieges war.



Nichts blieb von der sozialen Sicherheit

Das Ende des politischen Primats über ökonomische Prozesse brachte auch das Aus für betriebliche und staatliche soziale Fürsorge, die unter den Kommunisten Teil des Einkommens der ArbeiterInnen gewesen war. Die Leistungen, die der bzw. die einzelne aus dem „sozialistischen Fürsorgesystem“ bezogen hatte, betrug nach Schätzungen der Weltbank bis zu 35 % des Geldlohnes. Sie zu zerschlagen, war erklärtes Ziel der Kapitalisierungsmaßnahmen der internationalen Finanzorganisationen. „Nicht-Lohn-Bestandteile des Arbeitseinkommens können die Mobilität hemmen“, hieß es dazu im 1995 erschienenen Weltentwicklungsbericht der Weltbank.

An die Stelle der jahrzehntelang betriebenen so-

zialen Zwangssicherung sind erste Versuche eines Versicherungssystems getreten, wie es in westeuropäischen Ländern üblich ist. Bloß: Für Arbeitslosen-, Krankheits-, Unfall- und sonstige soziale Versicherungen fehlt es den staatlichen Institutionen an Geld und der Wirtschaft an Dynamik. Also ist die Mehrheit der Menschen in Osteuropa, deren einfache Löhne fürs Überleben oft nicht ausreichen, auf das familiäre Netz zurückgeworfen. Nach dem Vorbild peripherer Standorte in Südostasien oder Lateinamerika sorgt die Großfamilie für ein Minimum an sozialer Sicherheit im Fall von Krankheiten oder Arbeitslosigkeit. Die stärksten, meist männlichen Mitglieder einer solchen „sozialen Einheit“ sind auch die mobilsten; und diese sind es auch, die ihr Glück in Westeuropa suchen. Nach der etwaigen Auspres-

sung ihrer Arbeitskraft durch schlechtbezahlte und sozial nicht abgesicherte Schwarzarbeit in Österreich oder Deutschland kehren sie wieder zu ihrem Familienverband im Osten zurück. Der Lohn für zwei Monate Arbeit im westeuropäischen Baugewerbe sichert in der Ukraine einer ganzen Familie für ein Jahr lang das Überleben, in Rumänien kann vom schwarz erarbeiteten Lohn eines Sommers die ganze Familie den nächsten Winter überstehen.

Derweil wird die Kluft zwischen Armen und Reichen auch innerhalb der Länder Osteuropas größer. Was vor kurzem im Westen noch bedrohlich als Zweidrittelgesellschaft analysiert wurde, kennt der Osten um ein Mehrfaches verschärft. Einer relativ kleinen Schicht von Reichen in den Zentren der großen Städte, ca. 5 bis 10 % der Bevölkerung, steht ein Heer von Verelendeten gegenüber, die, anders als in den traditionellen Peripherien der „Dritten Welt“, mit ihrem Schicksal quasi über Nacht konfrontiert wurden.

Nach acht Jahren ungebremster Kapitalisierung sind die sozialen Folgen auch statistisch ablesbar. In vielen Teilen Osteuropas sinkt die Lebenserwartung, wie eine Studie der UNICEF feststellte. In Ungarn, Bulgarien, Rumänien, der Ukraine und in Rußland sterben Männer vergleichsweise jünger als 1989. 1993 war die Lebenserwartung der UkrainerInnen um fünf Jahre kürzer als vor der Wende, das Ende der Entwicklungsdiktatur kostete die Menschen dort statistisch gesehen fast ein Zehntel ihres Lebens. Alle osteuropäischen Länder (inklusive Rußland, Weißrußland und der Ukraine) zusammengenommen,

starben im Jahr 1993 669.000 Menschen mehr als vier Jahre zuvor, bei gleichzeitig sinkender Geburtenrate. Als eine der Todesursachen nennt der UNICEF-Bericht das sogenannte „Adaptionssyndrom“, das in Form eines Herzinfarktes oder Schlaganfalls zum Tode führt. Viele Menschen werden mit den Folgen der Transformation einfach nicht fertig. Gesellschaftlich regiert die Angst, und sie hat die Lethargie, wie sie für kommunistische Zeiten typisch war, längst abgelöst.

Auf der Ebene der Beschäftigung finden die Auswirkungen der Wende zweifachen Niederschlag. Zum einen geht die Anzahl der formell Angestellten insgesamt zurück, zum anderen steigt auch die Arbeitslosigkeit. Bei Betrachtung derjenigen Länder, die für die Emigration von Bedeutung sind, ist feststellbar, daß als Folge der Deindustrialisierung Millionen von Menschen ihre Arbeit verloren haben. In Bulgarien fielen – nach einer Studie des WIIW – zwischen 1989 und 1996 26 % der Beschäftigten aus formellen Beschäftigungsverhältnissen heraus, in Rumänien waren es 13,5 %, in Ungarn 9 %, in der Ukraine 10 % und in Rußland 12 %, wobei die Anzahl der Frauen überwog. In Menschenschicksalen ausgedrückt, heißt das: 841.000 BulgarInnen fielen aus dem Arbeitsprozeß, 1.446.000 RumänInnen desgleichen, dazu noch 387.000 UngarInnen, 9.425.000 RussInnen und 2.045.000 UkrainerInnen – insgesamt also knapp 15 Millionen Menschen, die in den vergangenen sieben Jahren ihre bezahlte Arbeitsstelle verloren haben. Für Polen und die Länder des ehemaligen Jugoslawien liegen keine

vergleichbaren Zahlen vor.

Die offiziellen Arbeitslosenraten schwanken zwischen 11 % (in Ungarn) und 15 % (in Polen), Tschechien (5 %) bildet eine Ausnahme. Die südslawischen Republiken wiesen 1996 amtliche Arbeitslosenquoten von 15 % (Slowenen), 18 % (Kroatien), 27 % (Jugoslawien) und 38 % (Mazedonien) aus. Inoffiziell dürfen für Länder wie Rumänien oder Bulgarien die Prozentzahlen der offiziellen Statistiken verdoppelt werden, um der Wahrheit näher zu kommen. Das würde für Rumänien eine Arbeitslosigkeit von 20 %, für Bulgarien von 24 % bedeuten.

Flüchte sich, wer kann

Auf den ersten Blick scheint es, als wäre das Transformationsziel für Osteuropa, wie es sich Weltbank und IWF nach dem Zusammenbruch im Jahr 1989 setzten, erreicht worden. Die „sozialistischen Restriktionen“ auf dem Arbeitsmarkt konnten durchbrochen und die erwünschte „Arbeitsmobilität“ hergestellt werden. Doch der Prozeß entwickelte sich anders, als von den internationalen Kreditgebern gewünscht. Zum einen verharrt die Mehrzahl der „freigesetzten Proletarier“ in undynamischer Haltung und bleibt passiv. So steigt – bedingt durch die im Sinn einer internationalen Konkurrenzfähigkeit zerstörten Landformen, die zur Zerstückelung der Anbauflächen beitrugen – in Ländern wie Rumänien (um 8 % auf 37 %) und Bulgarien (um 6 % auf 24 %) die Zahl der Landbevölkerung beträchtlich. Auf kleinsten Parzellen, in der Mehrzahl unter 2 Hektar groß, betreiben Hunderttausende unter Ceausescu und Schivkov rasch proletari-

sierte, nun unbrauchbar gewordene Industriearbeiter Subsistenzwirtschaft auf relativen Gunstlagen vor allem in Transsilvanien und in Bulgarien. Zum anderen ergreifen gerade jene, die zum Neuaufbau ihrer Länder wesentlich beitragen könnten, die Flucht und versuchen ihr Glück im vermeintlich goldenen Westen: gut ausgebildete ÄrztInnen, IngenieurInnen, LehrerInnen, aber auch eine erkleckliche Anzahl junger Männer mit Grundschule schlagen sich durch den Schengener Vorhang, um in Deutschland, Österreich, dem Benelux oder in Italien Arbeit zu finden. Kleinräumige Untersuchungen haben gezeigt, daß überdurchschnittlich viele Akademiker aus Polen, Rumänien oder der Ukraine in schlechtbezahlten Jobs, etwa am Bau, schwarzarbeiten.

Beide Bewegungen der „Freigesetzten“ – das Verharren in der Subsistenz und die Flucht ins westliche Ausland – haben die Verantwortlichen überrascht. Die theoretische Konzeption, wonach ein forciertes Aufbrechen erstarrender Arbeitsmärkte zu einer Dynamisierung der Volkswirtschaften führen würde, ist an der Wirklichkeit gescheitert (wie immer mit der relativen Ausnahme von Böhmen und Mähren, die ja bereits zu Zeiten der Monarchie hochentwickelte industrielle Kernländer waren und mit den übrigen Ex-RGW-Ländern nur schwer vergleichbar sind).

Das Elend wird ethnisiert

Langfristig gesehen, folgt dem Fehlschlag der umfassend geplanten Modernisierung auf sozialer Basis, wie sie die kommunistische Entwicklungsdiktatur anstrebte, nun in den Ländern Osteuropas der Versuch, wirtschaftliches

Aufholen wenigstens regional und sozial begrenzt in die Tat umzusetzen. Der Ausschluß von Nachbarregionen und -staaten bzw. von unproduktiv gewordenen Arbeitern und Bauern soll anderen, durch angeblich nationale oder rassische Merkmale Privilegierten garantieren, ihre Vorstellung von Reform verwirklichen zu können. Die selektive Modernisierung entlehnt ihre gesellschaftlichen Zielvorstellungen aus der Zwischenkriegszeit.

Die Teilnahmebedingungen am damaligen wie am heutigen Modernisierungsprojekt werden von Kategorien wie „Rasse“, Nation oder Religion abhängig gemacht. Damit ist der Wende des Jahres 1989 die Ethnisierung der sozialen Frage gelungen, ein den sozialen, territorialen und religiösen Frieden gleichermaßen bedrohender Tatbestand. Einflußreiche Gruppierungen in den verschiedenen Ländern Osteuropas stellen sich heute in die Tradition der rumänischen Eisernen Garde, des ungarischen Horthy-Regimes, der polnischen Regierung Pilsudski, der verschiedenen baltischen Nationalisten, der slowakischen Klerikalfaschisten, der kroatischen Ustascha ... Die tatsächlich bekennenden Geschichtswiederholer gehören oft nur verhältnismäßig kleinen Gruppierungen an, etwa der Romania Mare und der PUNR (Partei der nationalen Einheit Rumäniens) in Rumänien, József Torgyans „Kleinen Landwirten“ oder István Csurkas Nationaler Bewegung in Ungarn, der SNS-Nationalpartei in der Slowakei, der RUCH-Bewegung in der Ukraine, Voislav Scheschels Radikalen in Serbien, der HOS in Kroatien, der „Bewegung für nationale Unab-

hängigkeit“ in Lettland usw. Diese Bewegungen und Parteien sind es allerdings, die die Regierungen ihrer Länder – wenn sie nicht sogar selbst daran beteiligt sind – ideologisch vor sich herreiben. Revanchistische Forderungen werden so zu Bestandteilen offizieller Erklärungen, Gebietsansprüche gegenüber Nachbarländern gehören zur tagtäglichen propagandistischen Rhetorik.

Die Ethnisierung der gesellschaftlichen Konflikte erfolgt nicht zufällig in Zeiten der schwersten wirtschaftlichen Krise. Sie ist Ausdruck eines härter werdenden Verteilungskampfes um knappe Mittel. Gerade innerhalb ehemals multiethnischer Staaten wird durch die Diskreditierung der „sozialen Frage“ im Zug des Zusammenbruchs der sozialistisch argumentierten Modernisierung der Verteilungskampf nun mit nationalen Parolen geführt. Alle drei per definitionem multiethnischen Staatsgebilde im Osten – die Sowjetunion, Jugoslawien und die Tschechoslowakei – sind auf diese Weise gesprengt worden.

Die Ethnisierung der sozialen Frage bildet auch die Voraussetzung für die Verfolgung von nationalen Minderheiten. In Jugoslawien ist dieser Prozeß rasend schnell und brutal über die Bühne gegangen. Anderswo passiert er schleichend. Die Gesellschaften zwischen Baltikum und Balkan leiden diesbezüglich an alten historischen Bruchlinien. So wirkt z. B. der ungarische Nationalismus auf Rumänien, die Slowakei und Jugoslawien destabilisierend, Rumänisch-Nationale setzen wiederum die ungarische Minderheit im eigenen Land, aber auch die Nachbarländer Molda-

wien und Ukraine unter Druck, in denen rumänische Bevölkerung lebt. Die Liste ließe sich fortsetzen. Leidtragende des „Kampfes um den leeren Futtertrog“ sind meist auch die Roma, die in Tschechien teilweise ihre Staatsbürgerschaft verlieren, in der Slowakei durch das grob geknüpfte soziale Netz fallen, in Rumänien ums Überleben kämpfen und im Zielflüchtländ Deutschland immer wieder neonazistischen Attacken zum Opfer fallen.

Der Westen schottet sich ab

Die westliche Reaktion auf die osteuropäische Krise heißt Abschottung. Dieses Wort, in Zeiten der Anwerbung jugoslawischer und türkischer Gastarbeiter, also in den 70er Jahren, dem „Duden“ noch unbekannt, ist heute sprachliches Allgemeingut. Seine tagtägliche Rechtfertigung erfährt es in der Bedrohung der westeuropäischen Arbeitsmärkte durch billige Ostkonkurrenz. Ideologisch werden auch die unterschiedlichen Nationalismen in den Ländern des ehemaligen RGW bemüht, um Strafsanktionen wie das Reiseembargo für RumänInnen, BulgarInnen, JugoslawInnen, BosnierInnen, UkrainerInnen, RussInnen usw. durchzusetzen. Vor der Masse sozial und nun auch ethnisch Entwurzelter hat das Asylrecht kapituliert.

Literatur

Brucan, Silviu: *East Europe in the World Economy. Paper prepared for the XIII. International Colloquium on the World Economy: Global Polarization.* Wien 1995
 Chossudovsky, Michel: *Dismantling the Economy of*

Former Yugoslavia. E-Mail. Ottawa 1996

Crisis in Mortality, Health and Nutrition. Economics in Transition Studies. Regional Monitoring Report (UNICEF-Studie), No. 2/94. Florenz 1994

Domaschke, Cornelia/Schliewenz, Birgit: *Spaltet der Balkan Europa?* Berlin 1994

Die Ethnisierung des Sozialen. Die Transformation der jugoslawischen Gesellschaft im Medium des Krieges. Materialien für einen neuen Antiimperialismus. Berlin 1993

Hofbauer, Hannes: *Osteuropa: Die sozialen Folgen der Transformation.* In: Andrea Komlosy et al. (Hrsg.): *Ungeregelt und unterbezahlt. Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft.* Frankfurt/M. 1997

Hofbauer, Hannes: *Peripherer Kapitalismus in Osteuropa.* In: *Analysen und Alternativen zu einer neoliberalen Welt. Ein Reader.* Hrsg.: Arge entwicklungspolitische Hochschulwochen. Wien 1997

Hofbauer, Hannes: *Von der Entwicklungsdiktatur zur Westintegration.* In: *BU-KO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik* (Hrsg.): *Zwischen Flucht und Vertreibung.* Hamburg 1995

Weltbank (Hrsg.): *Arbeitnehmer im weltweiten Integrationsprozeß.* (Weltentwicklungsbericht 1995.) Washington – Bonn 1995

Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche/WIIW (Hrsg.): *Countries in Transition 1997.* (Handbook of statistics.) Wien 1997

World Economic Outlook. International Monetary Fund. Washington 1993

Das MAI: Der falsche Weg gesellschaftlicher Entwicklung

Von *Le Monde diplomatique* als „neues internationales kapitalistisches Manifest“ bezeichnet, vom *Guardian* als „New World Government“, ist das MAI (Multilaterales Investitionsabkommen) zum Brennpunkt der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung über die nicht nur ökonomische Entwicklungsrichtung unserer Gesellschaften geworden.

VON BERNHARD
MARK-UNGERICHT*

Die Jahre kurz vor 1850 gelten als die Geburtsstunde neoliberaler Wirtschaftsphilosophie. Es kam zur Verabschiedung der sogenannten Corn laws, und die Idee des Freihandels wurde zur dominanten wirtschaftlichen Ideologie. Gleichzeitig fand ein anderes Ereignis statt, das selten mit dem ersten in Beziehung gesetzt wird: Im August 1847, mitten im „Schwarzen Jahr“, in dessen Verlauf 18,5 % der irischen Bevölkerung an Unterernährung starben (1,5 Mio.) und 2,5 Mio. auswanderten, resümierte Lord Clarendon, der Vertreter Britanniens in Irland, in einem Bericht an den Premierminister: „Was wir auch tun, man wird uns kritisieren: Wenn wir sie leben lassen, kritisieren uns die Ökonomen, lassen wir sie sterben, kritisieren uns die Philanthropen.“ Der Innenminister, Sir George Gray, erklärte: „Es könnte sein, daß die Regierung getadelt wird, weil Sie Menschen sterben läßt, aber noch viel strenger wird man uns kritisieren, wenn wir öffentliche Gelder bereitstellen.“ Irland exportierte trotz der Hungersnot Nahrungsmittel an zahlungskräftigere Kunden.

Nach Zahlen des deutschen Soziologen Ulrich Beck hat sich der Anteil der Unternehmenssteuern an den gesamten Steuereinnahmen des Staates von 1989–1993 halbiert. Die Ge-

winne der Unternehmen stiegen seit 1979 um 90 %, die Löhne um 6 %, dennoch hat sich das Lohnsteueraufkommen verdoppelt und haben sich die Steuern auf Gewinne halbiert. Die meisten Transnationalen Unternehmen zahlen im Inland längst keine Steuern mehr. Die EU-Länder sind in den letzten 20 Jahren um 50 bis 70 % reicher geworden, die Wirtschaft wuchs schneller als die Bevölkerung, und dennoch gibt es 20 Mio. Arbeitslose, 5 Mio. Obdachlose und 50 Mio. Arme in der EU. Wo ist der Reichtum hin? Für die USA gibt es Berechnungen, daß 96 % des zusätzlichen Reichtums den reichsten 10 % der US-Bevölkerung zugeflossen ist. Eine Notwendigkeit zum Handeln? Ja, aber die Tendenz geht in die falsche Richtung.

Das Multilaterale Investitionsabkommen der OECD

Seit mehr als zwei Jahren wird im Verein der reichsten Industrieländer (OECD) ein Vertrag ausgehandelt (MAI: multilateral agreement on investment), dessen Ziel der Schutz und die Liberalisierung ausländischer Investitionen ist. Multinationale Unternehmen werden dabei teilweise Nationalstaaten gleichgestellt, und sie erhalten das Recht, Staaten auf die Einhaltung der MAI-Bestimmungen zu klagen, Schadenersatz zu verlangen,

und die Staaten verpflichten sich, dem Urteil des MAI-Schiedsgerichtes Folge zu leisten. Das MAI stellt nach Ansicht seiner Kritiker eine neoliberale Verschärfung der NAFTA-Bestimmungen (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko) dar und ist der Versuch ihrer Ausdehnung über den ganzen Globus. Kritisiert wird auch, daß die Verhandlungen bislang fernab jeder Öffentlichkeit erfolgten und daß die Machtverschiebung zugunsten Multinationaler Unternehmen und ihre Auswirkungen auf Lebens- und Arbeitswelt politisch nicht diskutiert werden. Die Gewerkschaften wurden, obwohl ihre Einbindung zugesagt wurde, erst nach eineinhalb Jahren durch Dritte auf dieses Vertragswerk aufmerksam gemacht. Das MAI soll im Mai 1998 von den nationalen Parlamenten (auch dem österreichischen) absegnen werden. Die unterzeichnenden Staaten verpflichten sich, für mindestens 20 Jahre die Bestimmungen des MAI zum Schutz internationaler Investoren einzuhalten. Dies bedeutet, daß nationale Wirtschaftspolitik unabhängig von politischen Veränderungen (demokratischen Wahlen) für einen sehr langen Zeitraum auf das neoliberale Experiment mit all seinen katastrophalen Konsequenzen für Mensch und

* Dr. Bernhard Mark-Ungericht ist Assistent am Institut für Internationales Management der Karl-Franzens-Universität Graz.

Natur verpflichtet wird. Laut OECD ist das MAI „der erste Versuch, in einem internationalen Abkommen multilaterale Verpflichtungen zu schaffen, welche den Schutz von Investitionen, die Liberalisierung von Investitionstätigkeit und verpflichtende Streitbeilegungsmechanismen kombiniert“. Es zielt auf die „Eliminierung von Rahmenbedingungen, welche internationale Investitionsflüsse stören könnten“. Den internationalen Investoren sollen zumindest „nationale Behandlung“ (Gleichstellung mit inländischen Unternehmen) und ein „Meistbegünstigtenstatus“ gewährt werden. Da „Investitionen“ vom MAI extrem weit definiert werden – u. a. auch geistiges Eigentum (Patentrechte auf Leben, Gene?), Grund und Boden, indirekte Investitionen wie Beteiligungen –, wird nahezu die gesamte Ökonomie eines Landes prinzipiell von den MAI-Bestimmungen erfaßt.

Das Interesse der Konzerne

Entstehungshintergrund des MAI ist der Versuch (v. a. der USA im Interesse ihrer Konzerne), die regulativen Möglichkeiten von Regierungen zu beschränken (z. B. Mindestmaß an einheimischen Beschäftigten, einheimische Vorprodukte, Regulation von Gewinn- und Kapitaltransfers etc.) bzw. eine Öffnung von geschlossenen oder regulierten Märkten zu erzwingen. Diese Beschränkung staatlichen Handlungsspielraumes soll nicht nur in die Zukunft reichen, sondern auch rückwirkend gelten. So sehen die sogenannten „Stillstands- und Rücknahmebestimmungen“



ein Verbot zukünftiger Gesetze und politischer Maßnahmen vor, die den Liberalisierungsbestimmungen des MAI widersprechen, bzw. sollen all jene bestehenden Gesetze rückgängig gemacht werden, die dem MAI entgegenstehen. Während der MAI-Entwurf den Investoren weitgehende Rechte garantiert, wird den Staaten nur „empfohlen“, ihre Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards nicht zu reduzieren, um Investoren anzulocken. Auf der gleichen unverbindlichen Ebene bewegen sich die „Empfehlungen“ zur freiwilligen Einhaltung der „OECD-Verhaltensrichtlinien für Multinationale Unternehmungen“ (u. a. sollten die Multinationalen Unternehmen „das Recht ihrer Beschäftigten auf gewerkschaftliche Repräsentation respektieren“, sie sollten „Arbeitsbedingungen schaffen, die nicht schlechter als bei vergleichbaren Firmen im Gastland sind“, sie sollten ihre „Personalpolitik in einer nichtdiskriminierenden Art und Weise betreiben“ etc.). Selbst diese bloßen Empfehlungen sollen

nach Ansicht einiger Delegationen nicht einmal als unverbindlicher Anhang in das MAI-Abkommen aufgenommen werden. Diese ungleiche Gewichtung spiegelt die Machtverhältnisse einer deregulierten Ökonomie wieder. Selbst gegen die äußerst vage und unverbindliche Empfehlung an die Staaten, ökologische Standards und Arbeitsbedingungen im Wettbewerb um Investitionen nicht zu verschlechtern, legten immerhin sechs Verhandlungsdelegationen ihr Veto ein.

Anschlag auf die staatliche Souveränität? – der „Ethyl-Fall“

Ein zentraler Aspekt des MAI ist die Schaffung eines Schiedsgerichtes. Multinationale Unternehmen erhalten somit die Möglichkeit, Staaten auf die Einhaltung der liberalen MAI-Bestimmungen zu verklagen bzw. Schadenersatz zu fordern. Die Staaten verpflichten sich, dem Spruch des MAI-Schiedsgerichtes Folge zu leisten. Welche Konsequenzen damit verbunden sein könnten, zeigt der sogenannte „Ethyl-Fall“.

„We are writing the constitution of a single global market.“
Renato Ruggiero,
 Präsident der Welthandelsorganisation WTO

Entsprechend den Bestimmungen des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) – welches Vorbild für das MAI war – verklagte kürzlich die US-amerikanische Firma Ethyl die kanadische Regierung auf 251 Millionen US-Dollar Schadenersatz. Nachdem alle bereits vorher angekündigten Klagsdrohungen der Ethyl Corporation nichts nutzten und das kanadische Parlament den hochgiftigen Treibstoffzusatz MMT verbot (welcher von der US-Firma nur in Kanada verkauft wird), brachte das Unternehmen gemäß NAFTA-Bestimmungen Klage ein. Mit der Begründung, daß das Gesetz und sogar die rechtliche Debatte darüber eine Teilenteignung durch Rufschädigung darstellten, wird die Zahlung von 251 Millionen US-Dollar Schadenersatz verlangt. Vertreter der amerikanischen Industrie begrüßten die Möglichkeit der Klage von Nationalstaaten, da dies einen erzieherischen Effekt auf die Parlamente habe und die politische Diskussion und ihre Ergebnisse angesichts der absehbaren Millionenklagen positiv (im Sinne der Industrie) beeinflusse. Nicht ein kanadisches Gericht wird entscheiden, ob das MMT-Verbot den NAFTA-Bestimmungen widerspricht, sondern ein internationales Tribunal, das fernab jeder Öffentlichkeit abgehalten wird und wo die zugrundeliegenden Dokumente nicht für jeden einsehbar sind. Es droht die Gefahr, daß gemäß MAI-Abkommen Regierungen Investoren entschädigen müssen, wenn sie Regulierungen oder Verbote im Interesse der öffentlichen Gesundheit oder des

Umweltschutzes erlassen. Sollte Ethyl das Verfahren gewinnen, so wäre dies eine Botschaft an Investoren, sich über Klagen an Steuergeldern zu bereichern oder zu versuchen, Umweltgesetze zu Fall zu bringen. Den Rechten (ausländischer) Investoren, wird das gleiche Recht zugesprochen wie dem öffentlichen Interesse, nicht vergiftet zu werden.

Eine Einschätzung des MAI – die Gefahren der Deregulierung

Verdächtig ist jedenfalls die Geschwindigkeit, mit der versucht wird, das MAI fertigzustellen und von den nationalen Parlamenten absegnen zu lassen. Eine Geschwindigkeit, die kaum Zeit für existentielle Fragen zu lassen scheint: Welche Auswirkungen haben die MAI-Bestimmungen auf die Arbeitenden, auf die natürlichen Lebensgrundlagen, auf den Schutz des regionalen Umfeldes? Die Paradoxie einer transnationalen Wirtschaft – die mit Abbau von Investitionshindernissen (sprich: Abbau von ökologischen, gewerkschaftlichen, sozialstaatlichen, steuerlichen Regelungen) gelockt und belohnt werden muß, damit sie immer mehr Arbeit abschafft und auf diese Weise zugleich immer „produktiver“ und „wettbewerbsfähiger“ wird – muß politisch erst verkraftet werden. Ein internationales Abkommen zur Regelung von Investitionen wäre eigentlich eine begrüßenswerte Sache, nur ist der vorliegende Vertragsentwurf eine bloße neoliberale De-Regulierung von Investitionen. Politik wird im vorliegenden Entwurf zum Instrument von Investoreninteressen reduziert und als

Möglichkeit des Interessenausgleiches zunehmend abgeschafft. Nicht nur den Gewerkschaften, auch dem Staat und der Politik geht es langsam an den Kragen. Die zentrale Konfliktlinie des 19. Jahrhunderts war die Klassenfrage, heute ist es die Globalisierungsfrage. Doch während die Gewerkschaften im 19. Jahrhundert noch als Gegenmacht auftreten konnten, muß sich für das 21. Jahrhundert erst noch eine solidarische Gegenmacht herausbilden, denn mittlerweile füllen die Transnationalen Unternehmen das entstandene Machtvakuum. Die herrschende Lähmung der Politik und ihre schleichende Entmachtung führen dazu, daß Politik zunehmend vom Geschäft abgelöst wird, mit dem Endpunkt, daß keine politische Idee mehr als Siegerin hervorgehen wird, sondern eine „rationale“ Struktur, in der das Geschäft die wahre, die rechtmäßige Autorität ist.

Der schwache Staat als Ziel?

Sofern die Aufrechterhaltung hoher arbeitsrechtlicher und Umweltstandards, die Entwicklung benachteiligter Regionen oder Sozialprogramme nicht durch das Regelwerk des MAI direkt erschwert werden, werden sie zumindest als letzter Einsatz schwacher Nationalstaaten in das globale Standortwettbewerb eingebracht werden. Das MAI zielt auf eine Schwächung der Regierungen gegenüber ausländischen Investoren ab, und schwache Nationalstaaten haben nichts mehr zu fordern, sondern nur mehr zwei Anreize anzubieten: niedrige Umwelt- und Arbeitsstandards.

Offensichtlich wird eine gewisse Hilflosigkeit und der gewaltige „Wettbewerbsnachteil“ der öffentlichen Verwaltung gegenüber den massiven Anliegen der Proponenten einer globalisierten Ökonomie. Ministerielle und beamtete Aufgabenverteilung zum Beispiel ermöglichen nicht die – angesichts der komplexen Folgen eines solchen Vertragswerkes – notwendige, interdisziplinäre Herangehensweise. Ein hochkomplexes Vertragswerk wird fast ausschließlich von Finanz- und Rechtsexperten verhandelt, für die das Abkommen rein technischer Natur ist. Gleichzeitig sind die eingebundenen Vertreter der Regierungen häufig mit weiteren Aufgaben betraut, sie verfügen fallweise nicht über die nötige Infrastruktur etc. Die Vertreter Multinationaler Unternehmen haben ungleich bessere Ausgangsbedingungen. Sie verfügen über effizientere Infrastrukturen und Aufgabenverteilungen, und darüber hinaus ist das ideologische Feld bereits hinreichend bearbeitet, die Öffentlichkeit (aus Trägheit oder aus Überzeugung) bereit, das neoliberale Glaubensbekenntnis weiterzutragen.

Kritiker des MAI malen bereits das Zerrbild eines Minimalstaates an die Wand, in dem die unternehmerischen Risiken und die sozialen und ökologischen Kosten auf die Gesellschaft abgewälzt werden und der Staat auf die bloße Funktion reduziert wird, ein günstiges Investitionsklima aufrechtzuerhalten.

Ein internationales Abkommen zur Regelung von Investitionen hätte – entgegen dem vorliegenden Ent-

wurf – zum Beispiel die Möglichkeit,

- Beschwerderechte von Menschen, Gemeinschaften, Staaten gegenüber Multinationalen Unternehmungen einzuführen,
- umweltpolitisches, soziales Verhalten und Mindeststandards vorzuschreiben,
- den ruinösen und unproduktiven Standortwettbewerb einzudämmen,
- dem spekulativen Abbau von Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen entgegenzuwirken,
- die Haftung von Konzernen für von ihnen verursachte soziale und ökologische Kosten zu regeln.

Das MAI hat weitreichende Auswirkungen auf Bereiche wie Konsumentenschutz (genmanipulierte

Nahrungsmittel; Besitz, Schutz und Gebrauch von Trinkwasservorräten etc.), Arbeitswelt, Umweltschutz und die Entwicklung demokratischer Rechte. Angesichts dieser wichtigen Fragen kann nur eine kritische Abschätzung der sozialen und ökologischen Folgen gefordert werden.

Das MAI wird derzeit noch verhandelt, und es gibt durchaus unterschiedliche Positionen der einzelnen Delegationen. Damit aber diese lebensnotwendigen Fragen Eingang in das bislang neoliberale MAI finden, bedarf es öffentlicher Diskussion und des öffentlichen Drucks. Es geht um nichts weniger als um die Frage, ob Investitionen oder Menschen geschützt werden sollen.

Asiatische Werte

IndonesierInnen in Malaysia und Thailand werden zur Zeit in großer Zahl abgeschoben. Auf der Flucht davor sind einige in die Botschaften der Schweiz, Frankreichs und Bruneis in Malaysia eingedrungen. Die Botschaften riefen die Polizei. Die Flüchtlinge behaupten, aus der Unruheprovinz Aceh im Norden Sumatras zu stammen und bei einer Abschiebung Verfolgung durch indonesische Behörden zu erleiden. Die US-Botschaft gewährt ihren Flüchtlingen bis zum Abschluß einer UNO-Untersuchung Asyl. Indonesien und Malaysia haben vor längerem ein Abkommen zur Rückschiebung illegaler MigrantenInnen geschlossen. Beide Länder behaupten, es

handle sich um illegale Wirtschaftsflichtlinge. Tatsächlich durften sich während der Boom-Jahre Tausende von IndonesierInnen als Arbeitskräfte am malaysischen Arbeitsmarkt verdingen. Seit der Rezession hat Malaysia begonnen, sie zu Tausenden zu deportieren, zu einem Zeitpunkt, an dem die Repression in Indonesien spürbar zunimmt. Hunderte politische AktivistInnen sind seit Januar 1998 verhaftet worden, die Zahl der „Verschwundenen“ steigt täglich.

Die Arbeitslosenzahlen betragen in Malaysia drei Millionen, in Thailand sechs Millionen und in Indonesien an die vierzig Millionen. In allen drei Ländern kehren Hunderttausende aus den

Städten in ihre ländlichen Heimaten zurück. Dort herrscht nicht nur Armut, sondern auch Hunger, da es durch die von Waldbränden ausgelösten monatelangen Rauchwolken zu Ernteaussfällen kommt.

Die Regierung von Malaysia will demnächst 10.000 Flüchtlinge aus den drei errichteten Flüchtlingslagern, nachdem es dort Ende März zu einem Aufstand gekommen ist, abschieben, 20.000 sind seit Januar 1998 schon deportiert worden. In Singapur werden EinwanderInnen aus Thailand, Bangladesch und Burma vor Gericht gestellt und bestraft, mittlerweile mit sechs Wochen Haft und sechs Stockschlägen.

LG

Ein Sprung ins eiskalte Wasser!

Die Zeitschrift Freiburg hat ihre hundertste Nummer herausgebracht. Aus diesem Anlaß sprach ILSE KILIC mit dem Herausgeber GERHARD JASCHKE.

Zoom: Ich frage mal ganz naiv, wie das war, wie Du mit der Zeitschrift angefangen hast, so von den Bedingungen, was war das für eine Situation damals?

Gerhard Jaschke: Ein Sprung ins eiskalte Wasser! Es war 1975, im Winter, Hermann Schürer kam aus Berlin retour, ich hab damals bei einer Zeitschrift mitgearbeitet, das war die „Integration“, die der Kalman Kovacs herausgegeben hat. Es gab dort die Möglichkeit, so ungefähr 10 Seiten zu „bestimmen“, und das war natürlich die Faust aufs Auge für dieses Blatt, das doch ziemlich konservativ war. Wir haben Texte dort auffahren lassen von Peter Veit bis zur Friederike Mayröcker. Einmal bei einer Redaktionssitzung, die meisten haben dort gestritten, und ich hab immer mit dem Herausgeber Schach gespielt, sind wir eben draufgekommen, daß das alles nicht das Passende ist, und der Hermann Schürer hat zu mir gesagt: „Was hält dich eigentlich da?“ Da hab ich dann gesagt: „Gut, versuchen wir halt selbst etwas.“ Da haben wir Kolleginnen und Kollegen angeschrieben und sind zusammengekommen, es waren vielleicht 50 oder 60 bei den ersten Zusammenkünften, und wie es dann zur Arbeit gekommen ist, waren wir sechs. Das war das Anfangsteam. Wir haben ja keinen Groschen Geld gehabt für eine Zeitschrift, und Schürer war damals schon be-

kannter, renommierter, und ich bin mit ihm ins Ministerium gewandert, und ich kann mich noch gut erinnern, wie der Ministerialrat Lein gesagt hat zu uns: „Aber kommt's nicht jede Woche angelaufen, das geht nicht!“ Wir waren dann so eifrig, wollten ohne jeden Schilling Subvention auskommen, wir wollten soviel Publikum haben für diese Zeitschrift, daß sich das halbwegs trägt - das war natürlich eine Illusion. 10.000 Schilling haben wir dann bekommen, und um das hat der Herr Toni Benedikt die erste Nummer gedruckt. Gesetzt hat diese Nummer damals die Krista Kempinger.

...und es war schon auch die Idee, also eine andere Vorstellung von Literatur...?

Ja, sicherlich, Texte von uns haben eigentlich nirgends so richtig reingepaßt. Hermann Schürer hat natürlich schon weit mehr Möglichkeiten gehabt als ich, Mitte der siebziger Jahre zu publizieren, da und dort hat es auch von mir ein paar Publikationen gegeben, ich hätte ohne ihn auch kein Geld bekommen für die erste Nummer. Ab der zweiten Nummer hat der Buchbinder gesagt, na ja, das bringt ihr doch selber zusammen, und er hat uns angelernt in ein paar Stunden, und das waren dann immer so Nachtsitzungen zum Zusammentragen und Kleben, ich kann mich noch gut erinnern, tausend Auflage damals, A4-Format und ziemlich dick.

Die Zeitschriftenlandschaft am Anfang der siebziger Jahre ... da gab's wahrscheinlich weniger Zeitschriften und Zeitungen?

So ist es gewesen. Von den „renommierten“ Literaturzeitschriften, *Wespennest*, *Protokolle*, *Manuskripte*, die drei und rundherum einige wenige. Ich denk dann an 77/78: Zusammenkünfte im Jägermayerhof in Linz, da gab es die Höchstzahl von Literatur- und Kulturzeitschriften, das waren 70 oder 80, diese Höchstzahl ist nie mehr wieder erreicht worden. Da hat es halt welche gegeben, die sind rausgekommen mit nur einer Nummer und dann verschwunden, dafür sind wieder neue gegründet worden, das war auch so ein fliegender Wechsel rund um die Arena, große Aufbruchstimmung, Versuche, etwas anderes zu machen, entweder der realistische Zweig oder formal experimentell oder natürlich auch scharf pointiert, so zu Beispiel die Forderung vom Hermann Schürer „Wir wollen auch, als Pendant zur Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur, eine Dokumentationsstelle für neuere österreichische Schweinereien“. Natürlich war es in der Zeitschrift wie in einem Minimundus trotz der tausend Auflage. Also ich kann mich auch dran erinnern, wenn wir Buchhandlungen aufgesucht haben, so fünf Exemplare in Kommission haben die genommen, ein paar Monate später haben wir uns davon vier zernudelt

oder verstaubt wieder abholen können.

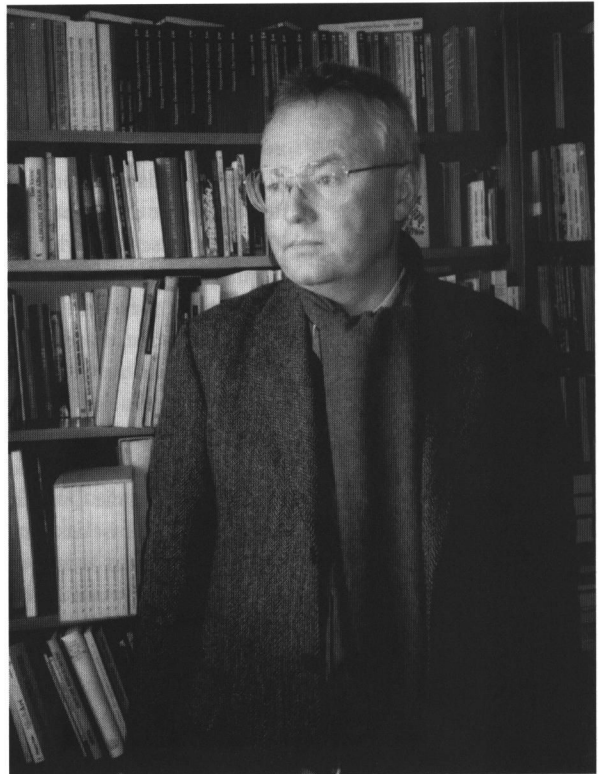
Ist es für dich ein Zwiespalt, als Autor und Herausgeber einer Zeitschrift zu leben? Ich frage das auch deswegen, weil ich ja auch in der Situation bin: Einerseits Autorin, andererseits bin ich ja ein Teil vom Fröhlichen Wohnzimmer.

Im besten aller Fälle verträgt sich das, aber es ist natürlich ein großes Zeitproblem, Energieproblem, selbstverständlich, oder es steht einem auch wirklich manchmal völlig im Weg, wenn du grad eine intensive Schreibphase hast, zum Glück, oder du stehst unter Druck, vier Zeitschriftennummern herausgeben zu müssen, damit du einen Anspruch auf Subvention hast und alle diese Daumenschrauben, Zwänge, aus denen du dich als einzelner schwer und auch in einer kleinen Gruppe nur schwer befreien kannst. Die Gelder sind ja nie ausreichend da, du bist angewiesen auf diese Unterstützungen, es gibt keine Insertionen, oder sie sind rar ... also einmal bei diesen Zeitschriftentreffen wurde der Otto Breicha gefragt, für wen er seine Zeitschrift, die „Protokolle“ rausgibt, und er hat gesagt, das weiß er nicht, er fühlt sich wie ein Käsehersteller, der einen Käse macht, in den er gern selber reinbeißt, und so soll es ja auch sein. Wenn man etwas aufgezwungen bekommt und so, nur weil es dann einen Schilling gibt, daß man weitermachen kann, das ist sicher nicht die glücklichste Lösung. Aber es gibt eben diese Zwänge und reihum, fast alle Periodika stecken da drinnen, also die interessanten ...

Ich hab in dem Bericht über die Mainzer Mini-pressemesse so quasi polemisch die Frage gestellt: Warum lesen? Warum macht man Bücher? Ich hab dann auch versucht, drauf Antworten zu geben, und jetzt frag ich einmal dich, könntest du drauf eine Antwort geben, wenn jetzt jemand ganz harmlos fragt, warum soll ich eigentlich lesen, was bringt das? Es steht ja auch im Zusammenhang damit, daß angeblich immer weniger gelesen wird und ich mich auch selber gefragt hab in Mainz bei den vielen Büchern...

Du meinst bei dieser Fülle, na ja, diese Fülle schreckt mich eigentlich nicht ab ... für mich und viele andere ist, glaub ich, das große Problem, wie bringst du das zeitlich alles unter, weil der Reiz des Lesens ... wie vermittelt man den? Also, „die Lust am Kern“, dieses Anagramm von André Thomkins fällt mir da immer ein, aus „Kunstmaler“ machte er „Lust am Kern“, wie weckst du die Lust bei jemand, der oder die damit überhaupt nichts am Hut hat. Jemand, der sagt, na ja, lesen, Scheiße, warum oder darauf stolz ist, ich kenn' solche Leute, die stolz drauf sind, was weiß ich, nur Micky Maus und „Nie im Leben würde ich ein Buch in die Hand nehmen, das bringt doch nichts!“, na ja und wie antwortest du dem - nicht? Also wie vermittelst du diesen Reiz, diese Wichtigkeit auch ...

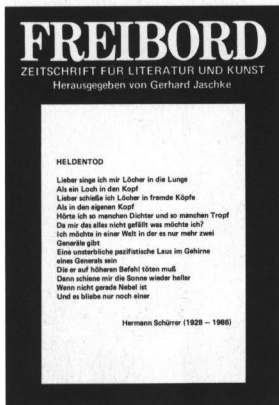
...ich hab jetzt in dem Zusammenhang auch etwas gelesen, was mich irritiert hat, und zwar



Gerhard Jaschke

in einer Studentenzeitung, da ging es eben darum, wie kann man die Geschwindigkeit beim Lesen maximieren, und das kann man eben so, indem man nur mehr teilweise wahrnimmt, was da steht.

Ja, querlesen, Zitate suchen, aus 500 Seiten werden 50, dann werden es fünf, dann bleibt nur mehr der Klappentext. So wie beim Fernsehen, nichts wirklich anschauen, herumzappen, Koitus interruptus halt. Für einige Rezensenten muß es eine Qual sein, also Lesen wie am Fließband, um Rezensionen liefern zu können. Da gibt es doch eine köstliche Arbeit vom Oswald Wiener, wo er schreibt, daß er ein Jahr gebraucht hat, um „Zettels Traum“ von Arno Schmidt zu lesen - aber wer kann ein Jahr der intensiven Lesetätigkeit und Lesearbeit „opfern“? Er hat es sich leisten können, eine privilegiert-



Freibord 101 ist zu bestellen
bei Gerhard Jaschke,
1181 Wien, Postfach 281
um öS 100,-

te Situation sozusagen, Luxus, wenn man will. Man kann natürlich sagen, Lesen ist für viele Menschen ein reiner Luxus geworden. Dann natürlich, also um da und dort seinen Kren halt dazugeben zu können, dieses Querlesen, Reinhacken, Zerkleinern, um Auszüge parat zu haben, Inhaltsangaben zücken oder auf Namen spontan reagieren zu können, um nicht als Idiot dazustehen, das bringt es aber natürlich nicht, nicht die Menge, sondern die Qualität des Lesens selber ist das Entscheidende. Es ist ja immer ein Problem, wenn man Quantität und Qualität wechselt oder 1:1 gleichsetzt, so wie bei Veranstaltungen, man fragt jemanden: „Wie war's?“. und er sagt: „Bummvoll war's!“ Für die Vortragenden ist es natürlich ein Genuß, wenn Publikum da ist, so ist auch der Satz entstanden „Je mehr Publikum, desto weniger Kunst“, das war eigentlich positiv gemeint, ich meine, wenn da 10.000 Leute sitzen, ist es viel leichter, als wenn drinnen sitzen, in einer großen Halle zum Beispiel, zehn Personen...

Na ja, den Satz „Je mehr Publikum, desto weniger Kunst“ hab ich eigentlich so verstanden, daß sozusagen das Publikum, wenn es sich nur als Publikum begreift und nicht als an der Kunst Mitbeteiligte, daß es dadurch weniger Kunst geben kann. Denn eigentlich ist das Publikum ja aufgefordert, sich an diesem Entstehungsprozeß zu beteiligen, wenn auch oft nur virtuell und so, geistig sozusagen daran teilzunehmen, in sich das Kunstwerk entstehen zu lassen.

Ja, wenn ein Mensch da drin sitzt, der etwas damit anfangen kann, in welcher Hinsicht auch immer: wunderbar! Beim Lesen ist es ja sicher auch so, wenn ein Mensch, sagen wir zehn Bücher gelesen hat und damit etwas bewirken hat können, wär's entscheidender, als wenn er Zigtausende so quer-gelesen hat, so eins zwei drei, nächstes, aha, und glaubt schon zu wissen, kenn' ich. Genauso zum Beispiel mit Weltreisen, die zischen durch die Welt, haken ab, Tadjmahal: erledigt und weiter, was noch, drei Minuten da, drei Minuten dort und glauben, sie haben alles, nicht, und so schauen's dann auch aus, und so treten sie auf, diese Typen, die alles haben, und es ist nichts dahinter. und so kommt mir das eben auch vor mit dem Schnellesen, da kann man ja gar nicht nachvollziehen, was das ist, Lesen, diese Freude, Begeisterung, auch der Schrecken, der da drinnen ist in all dem.

Du hast ja vorhin auch schon angeschnitten, daß es eben für viele Leute gar nicht möglich ist, sich diese Zeit zu nehmen, so neben der oft nervtötenden Arbeit, wobei man ja auch sagen könnte, diese Situation wird sich verändern, denn diese Arbeit für so viele Leute, das wird's vielleicht nicht mehr lange geben, also in dem Ausmaß, und die Menschen werden sich mit irgend etwas, was nicht diese Lohnarbeit ist, befassen können und müssen, wobei die Gefahr halt ist, daß das alles in vorstrukturierter Freizeitkultur passiert, also ganz anders, als daß die Menschen

sich selber für etwas interessieren und so.

Ja, dann gibt es womöglich Animatore zum Lesen zum Beispiel ...

Ich möchte jetzt noch einmal auf die Nummer hunderteins und auf den Hermann Schürer zu sprechen kommen ...

Die 101. Freibord-Nummer ist dem Hermann Schürer gewidmet, drin enthalten ist das Theaterstück UNIFORM, das im Residenztheater jetzt uraufgeführt wird. Das Stück ist für mich eigentlich die Visualisierung einer Geisteshaltung, die gegen Uniformierung in jeder Hinsicht gerichtet ist, und da läßt er einige Figuren auftreten, wie den General Soldateska oder den Polizeipräsident Gummi knüppel, und dann hat er den Landstreicher Unbehaust und den Dichter Habenichts, gewissermaßen auch Gegenpole, irgendwie abstruse Figuren. Außer dem Stück sind auch zwei theoretische Arbeiten von Hermann Schürer drin, eine Einleitung in den Anarchismus, das hat er einmal für eine Lesung geschrieben, da hat er aus den „Kriminellen Spielereien in der Sandkiste der Weltverbesserer“ gelesen, und ein Text, den er gemeinsam mit Bernt Burchart vortragen hat, ein Text über Werte im allgemeinen und was an Geschichte vermittelt wird und was dabei nicht vermittelt wird und warum. Da stützt er sich teilweise auf Arbeiten vom Bernt Engelmann, etwa auf das Buch „Wir Untertanen“ und „Einig gegen Recht und Freiheit“, das zweibändige Anti-Geschichtsbuch.

Gut, vielen Dank Gerhard Jaschke. Ich würde sagen, als Abschluß geben wir auf ein, zwei Bier.

Gehörlosetheater ARBOS

VON LUDWIG CSÉPAI

In einer Pressekonferenz im Literaturhaus am 19.3.1998 präsentierte sich das Gehörlosetheater ARBOS unter seinem künstlerischen Leiter Herbert Gantschacher der versammelten Presse, um das Programm des ersten Gehörlosetheaterfestivals in Österreich zu präsentieren. Sechs Produktionen wurden ab dem 27.3.1998 im Theater des Augenblickes gezeigt, darunter eine Premiere. Das Stück „Das Mündel will Vorbild sein“ von Peter Handke wurde am 5.4.1998 zum erstenmal von gehörlosen Schauspielern aufgeführt.

Gantschacher legte bei der Vorstellung seiner Kompanie Wert darauf, die Professionalität seiner Truppe zu betonen. Als Referenz nannte er die Zusammenarbeit mit dem gehörlosen Regisseur Howie Seago, der weltweit anerkannt ist. Für Fragen stand die gehörlose Schauspielerin Brigitte Palecek zur Verfügung. Dolmetscherin war Brigitta Mikulasek, bekannt auch als Gebärdensprachdolmetscherin in der ORF-Sendung „Wochen-schau“ an jedem Sonntag.

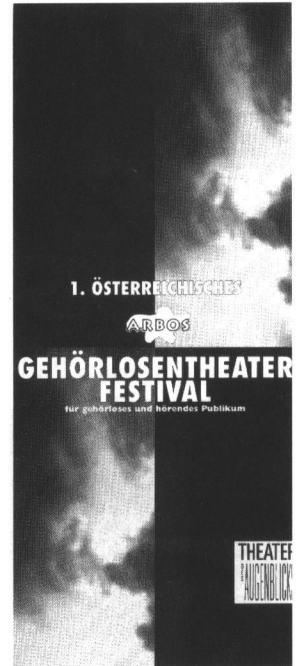
Ziel und Mittel des Theaters ist die Gebärdensprache, als Mittel für Gehörlose notwendig und selbstverständlich zur Kommunikation, als Ziel die Darstellung, Verfeinerung und Überhöhung dieser als theatralisches Ausdrucksmittel, als eigene Kunstform, die sich auch den Hörenden öffnet.

Als Fernziel schwingt implizit mit, daß die Gebärdensprache als eigene Sprache vom österreichischen Staat anerkannt werden soll.

Bis jetzt ist das menschlich unverständlicher Weise unterlassen worden. Die Gehörlosen weisen darauf hin, daß hier das ökonomische Kalkül bei der Ablehnung eine wesentliche Rolle spielt. Unterricht in der Schule, Lehrmittel, ausgebildete LehrerInnen und DolmetscherInnen bringen Kosten für den Staat. Dem stehen die nackten Zahlen gegenüber: 500.000 Menschen in Österreich sind gehörgeschädigt.

Man kann nur hoffen, daß das Gehörlosetheater die gesellschaftliche Stille um die Gehörlosen durchbricht. Es bleibt aber natürlich problematisch, daß Minderheiten erst dann politische Aufmerksamkeit erhalten, wenn diese sich als nützlich oder bereichernd erweisen und so

ihre Gleichwertigkeit und zugleich ihre Besonderheit beweisen. Der in diesem Fall kulturell eingeschlagene Weg zur Aufmerksamkeit und Gleichwertigkeit kann in eine Sackgasse münden und in der Kultur seinen besonderen Platz zugewiesen bekommen, wenn nicht auch die Behinderungen der Gehörlosen durch die Gesellschaft von Kindesbeinen an damit verknüpft werden. Mit einer rein kulturellen Akzeptanz der Gehörlosen als künstlerisch wertvolle LeistungsträgerInnen durch die Gesellschaft ist es nicht getan. Insofern ist die Anwesenheit von Kulturstadtrat Marboe bis zum Schluß trotz geringer Medienpräsenz als kleines, positives Zeichen zu werten.



VAN VEINSTEN

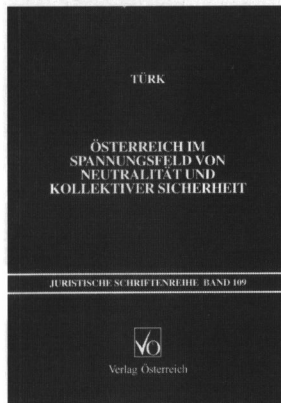
**... oder wie ich lernte,
das Brötchen zu lieben**

VAN VEINSTEN Espresso, Bar
1010 Wien, Franziskanerplatz 3 **Tel. 512 58 62**

VAN VEINSTEN Partyservice
1060, Königsklostergasse 3 **Tel. und Fax 581 65 03**

Österreich im Spannungsfeld von Neutralität und kollektiver Sicherheit

VON FELIX EHRNHÖFER



Helmut Türk: Österreich im Spannungsfeld von Neutralität und kollektiver Sicherheit. Mit einem Vorwort von Heribert Franz. Köck M.C.L. Verlag Österreich, Juristische Schriftenreihe Band 109, Wien 1997, 132 S., öS 298,-

Die Neutralitätspflichten waren über Jahrzehnte in der Völkerrechtswissenschaft unbestritten: Der Neutrale hat sich jeglicher militärischer Unterstützung der Kriegsparteien zu enthalten, Handelsbeschränkungen auf alle Kriegsparteien gleichmäßig anzuwenden, weiters militärische Handlungen der Kriegsparteien (z.B. Durchmarsch von Truppen, Überflüge durch Militärflugzeuge) auf seinem Staatsgebiet zu verhindern. Der dauernd neutrale Staat hat darüber hinaus bereits in Friedenszeiten alles zu unterlassen, was ihn in zukünftigen Kriegen daran hindern könnte, seine Neutralitätspflichten einzuhalten. Insbesondere darf er keinen militärischen Bündnissen beitreten. Auch die daraus resultierenden Schlußfolgerungen waren klar: Ein Beitritt zur EU wurde (u.a. wegen der möglichen Verpflichtung zur Teilnahme an Wirtschaftssanktionen gegen Kriegführende, später auch wegen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik) für unzulässig gehalten. Selbst die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen galt als neutralitätsrechtlich bedenklich: Türk gibt ausführlich die seinerzeitige Doktrin wieder, wonach die ständigen Sicherheitsratsmitglieder im Hinblick auf die von ihnen anerkannte österreichische Neutralität die Verpflichtung übernommen hätten, Österreich nicht zu neutralitätswidrigen Handlungen heranzuziehen. (38 ff) Bei sämtlichen Sanktionsbeschlüssen der Vereinten Nationen (bis hin zur Kuwait-

Krise 1990) berief sich Österreich auf diesen Standpunkt. Er wurde erst 1992 (anlässlich der Sanktionsbeschlüsse gegen Libyen) stillschweigend fallengelassen.

Ebenso klar war, daß es völkerrechts- und verfassungskonforme Wege gab und gibt, den Status der dauernden Neutralität abzuändern bzw. zu beenden. Die Gegner der österreichischen Neutralität bevorzugten freilich einen anderen Weg: Die Neutralität wurde Schritt für Schritt ausgehöhlt. Dabei wurde jeweils im Vorhinein betont, daß gar keine neutralitätsrechtlich relevante Fragestellung vorläge. Österreich werde als „neutraler Staat“ der EU beitreten. Die Durchfuhr von Kriegsmaterial im Golfkonflikt sei neutralitätsrechtlich irrelevant, weil es sich um gar keinen „Krieg“ handle etc. Im nachhinein wurde die Entwicklung regelmäßig anders gesehen: Es habe sich „eine eingeschränktere Betrachtung der Neutralität durchgesetzt“. Die Neutralität wurde durch die genannten Maßnahmen „im wesentlichen auf ihren rechtlichen Kern reduziert“. (18) Zyniker/innen gehen schon seit längerem davon aus, daß sich auch noch ein österreichischer Völkerrechtler finden werde, der die Vereinbarkeit der Neutralität mit einer Mitgliedschaft bei der NATO postulieren werde. Genau diesen Nachweis versucht Türk im vorliegenden Werk zu erbringen. Zwar räumt Türk ein, es sei „zweifellos richtig, daß das traditionelle Neutralitätsverständnis keinen Beitritt eines

dauernd neutralen Staates zur NATO und schon gar nicht zur WEU erlauben würde. Ein solches hätte aber an sich auch keinen Beitritt zu den Vereinten Nationen und sicherlich noch viel weniger zur Europäischen Union zugelassen“. (73) Wenn der Trick schon mehrmals geklappt hat, warum sollte man es nicht noch einmal probieren?

Türk stützt seine Auffassung zum einen darauf, daß sich die NATO immer mehr zu einer regionalen Organisation kollektiver Sicherheit (wie etwa die Organisation Amerikanischer Staaten oder die OSZE) entwickle. Durch Erklärungen oder Dokumente der NATO läßt sich diese Entwicklung freilich nicht belegen. Auch Türk räumt ein, daß „die Bestimmung des Art 5 des NATO-Vertrages (also die Beistandsverpflichtung – Anm. F.E.) über die gemeinsame Verteidigung nach wie vor ein zentraler und unverzichtbarer Bestandteil der Organisation“ bleibt. (65)

Österreich – so argumentiert Türk weiter – würde durch den NATO-Vertrag (anders als innerhalb der WEU) keine automatische Verpflichtung zur Anwendung von Waffengewalt auferlegt werden, sodaß kein echter Widerspruch zum rechtlichen Kern der österreichischen Neutralität zu bestehen „scheint“. (65) Überdies sei zweifelhaft, ob „der eher unwahrscheinliche Fall einer Anwendung von Art 5 überhaupt jemals eintreten sollte“. (66) Türk zieht an dieser Stelle allerdings nicht die naheliegende

Schlussfolgerung, daß die NATO diesen – offensichtlich obsolet gewordenen – Artikel streichen sollte. Türk kommt vielmehr zusammenfassend zu folgenden Schlüssen: „Österreich müßte im Fall eines Beitritts zur NATO unter Aufrechterhaltung der dauernden Neutralität keine Verpflichtungen übernehmen, die deren rechtlichen Kern vorhersehbar berühren würden und könnte sich an praktisch allen zu erwartenden NATO-Aktivitäten beteiligen (...) den äußerst unwahrscheinlichen Fällen eines möglichen Konflikts zwischen Beistandspflicht und Neutralität würde der Ermessensspielraum der Mitgliedschaft hinsichtlich der bei einem bewaffneten Angriff konkret zu ergreifenden Ge-

genmaßnahmen aller Voraussetzungen nach deren Bewahrung erlauben. Sollte es dennoch zu einer Pflichtkollision kommen, so müßte wohl von einem Vorgang der Verpflichtungen aus dem NATO-Vertrag ausgegangen werden.“ (14) Wendet man den Gedanken Türks auf andere Lebensbereiche an, so kommt man zu überraschenden Ergebnissen: Gelegentliches Schweinsbratenessen läßt etwa den Status als Vegetarier unberührt. Lediglich im Kollisionsfall müßte klargestellt werden, daß der Schweinsbraten eben besser schmeckt und daher gegessen wird.

Während man Türk immerhin zugestehen muß, daß er sich um eine rechtliche Argumentation bemüht, ver-

zichtet Köck in seinem Vorwort auf rechtliches Beiwerk und bedient sich einer Sprache, die man sonst nur von Juristen kennt, die totalitären Ideologien anhängen: „Dauernde Neutralität als realer Status eines Staates“ erscheint Köck als „geradezu handgreifliches Symptom einer bis ans Mark kranken internationalen Gemeinschaft“. (6) Es könne keine Zweifel geben, „daß ein Staat in der Lage Österreichs gehalten ist, seinen Sonderstatus der dauernden Neutralität (...) so rasch wie möglich abzulegen und durch einen Beitritt zur NATO seinen Beitrag zur regionalen kollektiven Sicherheit zu leisten. Jede andere Vorgangsweise würde einen Verstoß gegen die internationale Solida-

rität darstellen. Und zu dieser Solidarität ist jeder Staat rechtlich (?) verpflichtet; sie zu üben oder zu unterlassen, ist keineswegs eine bloße Frage politischen Ermessens“. (7)

An den Schluß seines Vorwortes stellt Köck ein Zitat mit ungewöhnlicher Quellenangabe: „Die Stimme der Vernunft mag zwar – wie auf einer Stelle im Wiener Sigmund Freud-Park zu lesen ist – leise sein; wir wollen aber die Hoffnung nicht aufgeben, daß sie sich schließlich doch Gehör verschafft.“ Üblicherweise wird dieses Zitat verwendet, wenn die „Stimme der Vernunft“ mit einem politischen Mainstream konfligiert; diese Konstellation dürfte allerdings beim vorliegenden Werk nicht gegeben sein.

**Heinz Kleger (Hg.)
Transnationale
Staatsbürgerschaft**
Campus

Heinz Kleger (Hg.): Transnationale Staatsbürgerschaft. Campus, Frankfurt/M. 1997, 337 S., öS 423.-

Eine durchaus vielseitige Bandbreite von AutorInnen unternimmt den Versuch, sich dem schillernden Begriff der transnationalen Staatsbürgerschaft anzunähern. Man ist versucht zu erwarten, daß in den Beiträgen der scheinend unausweichlich gewordene „natürliche“ Nationalismus im Zusammenhang mit der Staatsbürgerschaft

weit hinter sich gelassen wird. Enttäuscht quält man sich dann durch den ersten Artikel: Raymond Aron (der Artikel stammt aus dem Jahr 1974) untersucht die Möglichkeit einer multinationalen Staatsbürgerschaft für die damalige EG und kommt schließlich zum Schluß, daß diese nicht möglich ist. Warum gerade dieser Artikel notwendig schien, wenn man doch über das „utopisch“ Mögliche, nämlich die Überwindung der Nation als ersten und wichtigsten Bezugsrahmen der „Staatsbürger“ diskutieren wollte, ist nicht gerade einleuchtend. Die gebetsmühlenartige Betonung der Nation als Garant der Wahrung von Menschen- bzw. Bürgerrechten ist teilweise sehr ermüdend. Nichtsdestotrotz finden sich auch einige interessante Beiträge: Nina Glick Schiller et al. beispielsweise. Sie widmen sich dem Begriff des Transnationalismus, ein Prozeß, in dem

MigrantInnen ihre Identität sowohl aus Elementen des Herkunfts- als auch des Aufenthaltslandes zusammenfügen. Die Anerkennung einer solchen vielschichtigen Identität, die zwar Realität ist, als solche aber nicht wahrgenommen wird, wäre die Grundvoraussetzung für die Überwindung der landläufigen Definition von Staatsbürgerschaft, die sich auf eine nationalistische und rassistische Abgrenzung ihrer BürgerInnen gegenüber den MigrantInnen beruft. - Siehe auch die aktuelle österreichische Diskussion bezüglich der Einbürgerung von MigrantInnen: Einbürgerung nur dann, wenn deutsch gesprochen wird, wenn man bereit ist, sich der herrschenden Kultur, die katholisch, „europäisch“ etc. ist, zu unterwerfen. Auch Ulrich Preuß verläßt bewußt das Terrain der Nation und stellt sich den „Problemen eines Konzepts europäischer Staatsbürgerschaft“, während Marco

Martiniello („Einer multikulturellen EU-Bürgerschaft entgegen?“) auf die Problematik hinweist, daß die Idee an Bedeutung gewinnt, „daß man, um von den ökonomischen Wohltaten Europas profitieren zu dürfen, europäischer Bürger und davor ‚kulturell‘ europäisch sein muß“, was einem ethnisch-rassistischen Konzept entspringt. Martiniello weist die chauvinistische Konstruktion der europäischen Kultur und Identität zurück und plädiert für eine multiple, dynamische und offene Identität sowohl auf nationaler wie auf EU-Ebene.

Heinz Kleger verspricht meines Erachtens in der Einleitung mehr, als die Beiträge tatsächlich einlösen. Sein abschließender Text über „Bausteine transnationaler Demokratie“ könnte auch als sein Versuch interpretiert werden, die anfangs geweckten Erwartungen an das Buch doch noch erfüllt zu wissen.

EH

Börsenjammer in London

Die Londoner Futures- und Optionenbörse International Financial Futures and Option Exchange (Liffe) ist derzeit noch die zweitgrößte der Welt. Die Konkurrenz durch die kontinentaleuropäischen Börsen, vor allem durch die Deutsche Terminbörse (DTB), und die elektronischen Handelssysteme haben aber eine Vertrauenskrise und große Ängste ausgelöst. Zum Teil werden ganz bewußt interne Probleme hochgespielt, um davon abzulenken, daß ein großer Teil des Umsatzes aus europäischen Währungsspekulationen besteht. Diese zahlreichen Futures- und Optionenkontrakte werden mit Einführung des Euro hinfällig, die Frankfurter Börse dagegen wird wichtiger werden, da die Europäische Zentralbank auch in Frankfurt ihren Sitz hat. Die Betreiber von Liffe haben im Glauben daran, daß der Euro verhindert und ohne Großbritannien sowieso nicht funktionieren werde, Reformen für den Euromarkt verabsäumt. Die DTB bietet hingegen einen billigeren elektronischen Handel gegenüber der britischen Präsenzbörse an, einige der 47 britischen Marktteilnehmer sind zum Teil schon auf das deutsche System umgestiegen. Dazu kommt das Bündnis zwischen DTB, der Schweizer Soffex, der französischen Derivatensbörse Matif und der österreichischen ATB. Den Kampf um

die besonders begehrten, weil liquiden deutschen Bund-Future hat vorläufig bereits die DTB für sich entschieden. Hinzu kommt eine zunehmende Akzeptanz der europäischen Terminbörsen, die deutschen Bundesanleihen als sogenannte Benchmark-Bonds für den Euro anzusehen. Die Liffe wiederum setzt derzeit auf ein eigenes, zu entwickelndes elektronisches Handelssystem für Aktienoptionen und will dieses über Reuters und Datastream vertreiben. Der derzeitige Preiskampf treibt die Kosten für die beiden Kontrahenten hoch und die Gebühren herunter.

London und Zürich als große Finanzdienstleistungszentren lassen im Gegensatz zu ihren Industrieverbänden kein gutes Haar am Euro und verkünden seit Jahren dessen Undurchführbarkeit, wie ihren medialen Sprachrohren zu entnehmen ist. Sie haben ja auch in der inner-europäischen Kapitalkonkurrenz am meisten dabei zu verlieren. Inzwischen sind sowohl die *Financial Times* als auch die *Neue Zürcher Zeitung* von einer strikten Ablehnung zu einer skeptischen Hinnahme der bevorstehenden Konvergenz übergegangen. Dazu hat auch das zunehmende Gewicht der Euro-Anleihen am internationalen Kapitalmarkt beigetragen. Diese profitierten sehr stark von der Krise in Südostasien.

LG

Währungs- Kolonien

Wie schon im Interview mit Walter Schicho in ZOOM 1/98 angesprochen, werden die nötigen Vorbereitungen für die währungspolitische Integration von fünfzehn afrikanischen Ländern (Communauté Financière Africaine) getroffen. Die Parität zwischen Euro und CFA-Franc werden auf dem Verhältnis Franc zu Euro beruhen. 100 CFA-Franc sind ein Franc. Garantiert wird der CFA-Franc durch das französische Finanzministerium und durch ein gemeinsames Devisenkonto der fünfzehn Länder in Frankreich. Bei Überziehung steht Frankreich dafür gerade. Die Länder liefern 65 % ihrer Devisenreserven an das Konto ab.

Die Folgen der Währungsintegration dieser Länder sind einerseits freier Kapitalfluß innerhalb des Euro-Kapitalmarktes und Währungsstabilität, andererseits ist auf Grund der Exportstruktur, die auf in Dollar abgerechnete Rohstoffen wie Kaffee, Kokos, Baumwolle und Erdöl basiert, zu erwarten, daß sich die Terms of trade bei einem starken Euro verschlechtern, da die Hauptabnahmemärkte bis jetzt außerhalb der EU liegen. Das bedeutet, daß sie in Zukunft noch mehr als bisher auf die EU als Absatzmarkt verwiesen sind. Ob die EU die Ausfälle wertmäßig ersetzt oder ob diese Länder noch weiter verarmen, ist ungewiß.

Tatsache ist, daß Frankreich diese Länder enger an

die EU heranführen, dort als ihr bevollmächtigter Sprecher auftreten und die USA aus ihnen heraushalten will. Doch in den betroffenen afrikanischen Ländern mehrten sich die Ängste. Einerseits nehmen sie sehr wohl wahr, daß Frankreich einen Teil seiner monetären Souveränität verliert. Die vom IWF gegen Frankreich durchgesetzte Abwertung des CFA-Francs 1994 läßt ähnliche Befürchtungen hinsichtlich der Behandlung durch die EU hochkommen, noch dazu, wo die Niederlande und Deutschland in dieser Hinsicht schon interveniert haben. Daher fließt/flieht bereits Kapital nach Paris, um dort in Franc einen sicheren Schutz gegen eine mögliche Abwertung des CFA-Francs zu suchen. Andererseits fürchten die afrikanischen Staaten, Druck zu bekommen, die staatlichen Unternehmen zu privatisieren. Hier wären französische Unternehmen als erste am Zug. All dies könnte zu einem Zerfall der CFA-Franc-Zone, zu selbständigen Währungen und zu einer Annäherung an die USA führen. Die USA sind die einzige Macht, die weltweit die ihr verbundenen Regierungen militärisch stützen kann – und deren Konzerne weltweit unterwegs sind, um Rohstoffressourcen aufzukaufen, von Baku am Kaspischen Meer bis zu den Mienen von Kongo-Zaire.

LG

Spanien: Neue Strategien gegen das Militär

Die spanische Bewegung der Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen (MOC) verfolgt seit März vergangenen Jahres eine neue Strategie gegenüber dem Militär. Neue Strategien sind vor allem durch die Umbildung des spanischen Militärs zu einer Berufsarmee ab 1. Jänner 2003 notwendig. Ziel ist die Abschaffung des Militärs und die Initiierung einer öffentlichen Debatte über Verteidigung. „Wir wollen klarstellen, daß unsere Problemstellung über die Unterwerfung unter das Militär hinausgeht. Was wir ablehnen, ist das Militär selbst, die militärischen Ausgaben, die Waffenindustrie und der Gebrauch massiver Gewalt.“

Die neue Strategie spielt den Ball wieder an die Militärgerichte zurück. Die Einführung des Zivildienstes 1984 und die Strafrechtsreform der letzten Jahre haben die Konfrontation mit dem Militär auf die zivile Ebene verlagert. Auch die Verweigerung der Einberufungsbefehle wurde zuletzt vor zivilen Gerichten verhandelt. Immerhin gab es in den letzten acht Jahren 15.000 Insumisos (Totalverweigerer). Die neue Kampagne setzt auf Desertion. Diese wird nach wie vor von Militärgerichten verhandelt. Min-

deststrafe ist zwei Jahre, vier Monate und ein Tag Freiheitsentzug, Höchststrafe sechs Jahre. Die Freiheitsstrafe muß im derzeit einzigen Militärgefängnis Spaniens vollzogen werden.

An der neuen Kampagne werden sich sicher nicht so viele beteiligen wie an der bisherigen. 1997 desertierten 16 Personen, 13 davon warten derzeit auf ihren Prozeß. Begleitet wird die Kampagne durch eine Aktion der Selbstbezichtigung. Berühmte Persönlichkeiten – Schauspieler, Sänger, Professoren – erklären schriftlich, einen Insumiso zur Desertion verleitet zu haben. Für den ersten Deserteur haben bereits mehr als 60 Personen unterschrieben.

Die Aktion scheint die Militärs tatsächlich zu treffen. Sie versuchen, öffentliches Aufsehen durch Verzögerung der Prozesse und deren Verlegung in kleine Orte möglichst zu vermeiden. Als die erste Gruppe der Kampagne sich nach ihrer Desertion dem Militärkommando stellte, wurden sie überraschenderweise nicht festgenommen, obwohl ein Haftbefehl gegen sie vorlag. Erst als sie mit Militäruniform und Affenmasken auf einen Baum vor dem Militärkommando kletterten, erreichten sie ihre Festnahme.

GM

Globale Spieler

McLabeerl wird flachgeklopft:
Aufstand der McJobberInnen

In den USA haben Angestellte der globalen Imbißstube McDonald's mit Hilfe der Teamster-Gewerkschaft erstmals einen Arbeitsvertrag erzwungen. Der Konzern wurde im Bundesstaat Ohio in die Knie gezwungen und mußte erstmals Urlaub und Lohnerhöhungen zugestehen.

In Litauen gründeten Angestellte von McDonald's eine eigene Gewerkschaft und setzten sich in einem harten Winter 1997/98 gegen die Manager und eigens angereiste Psychologen der

Wiener Osteuropazentrale durch.

McDonald's selbst kämpft daheim gegen Umsatzeinbußen, die Konkurrenz Burger King und Wendy's und die abnehmende Geschmackszuneigung der KonsumentInnen an. Die Dichte seiner Filialen läßt sie bereits untereinander konkurrenzieren. Zuwächse gibt es nur mehr im Ausland, wo McDonald's noch den Inbegriff des westlichen Konsums verkörpert.

LG



Kriegsdienstverweigerer in Belgrad in Haft

Pavle Božić, ein religiös motivierter Kriegsdienstverweigerer aus einem Dorf nahe bei Belgrad, wurde am 23. Februar von einem Militärgericht in Belgrad wegen Verweigerung militärischer Befehle zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er war 1993 bereits aufgrund des gleichen Vorwurfs neun Monate inhaftiert gewesen.

Er wurde im September 1997 einberufen, als er einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung und auf Ableistung des Zivildienstes stellte. Beides ist in der Verfassung und dem Militärgesetz der Bundesrepublik Jugoslawien vorgesehen (Art. 137 der Verfassung und Art.

296–300 des Militärgesetzes). Am 30. Oktober 1997 genehmigte ihm das Militärkommando von Sremska Mitrovica die Ableistung des Zivildienstes außerhalb des militärischen Bereichs.

Am 20. November bot ihm das Militär telefonisch an, die zwei Jahre Zivildienst auf dem Militärstützpunkt mit Ausbildungslager Karadjordjevo abzuleisten, was Pavle Božić sofort ablehnte, weil sein Gewissen ihm nicht erlaubt, Teil einer militärischen Struktur zu sein. Wenige Tage später wurde er von der Polizei verhaftet und nach Karadjordjevo gebracht. Derselbe Oberst, der ihm die Ableistung des Zivildienstes

zugestanden hatte, unterzeichnete den Haftbefehl.

Pavle wurde wegen Ungehorsams inhaftiert. Seine Eingaben ans Verteidigungsministerium führten zu nichts, aber er wurde aufgrund seiner Initiative zum Militärgericht nach Belgrad gebracht, von dem er eine Bestätigung seiner Rechte erwartete. Ganz im Gegenteil wurde er angeklagt und verurteilt.

Pavle ist nur einer von vielen Kriegsdienstverweigerern, denen in Jugoslawien ihre ohnehin bescheidenen Rechte vorenthalten werden. Die Verfassung und das Militärgesetz bleiben tote Buchstaben auf dem Papier. Militär-

gerichte und Behörden verletzen bewußt ihre eigenen Gesetze und inhaftieren weiterhin Kriegsdienstverweigerer unter dem Vorwand, die Kriegsdienstverweigerungsgesetze seien nur Kann-Bestimmungen, die nicht umgesetzt werden müßten.

Die AntimilitaristInnen in Belgrad bitten um Unterstützung für Pavle.

Protestbriefe an:

Slobodan Milošević
Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien
Palata Federacije
Bulevar Lenjina 2, Beograd,
Jugoslawien
Fax: 0038-1-11 636 524
und 0038-1-11 603 245

General Momčilo Perišić
Generalstab Vojske Jugoslavije
Kenza Milosa 33, Beograd,
Jugoslawien
Fax: 0038-1-11 23 58 707
und 0038-1-11 681 130

Nr. 25 Frühjahr 1998 BAHAMAS

Endstation Populismus

Statt roter Bibel schwarzes Buch; Gollwitz; Was ist Ideologie? Terror und Versöhnung in Algerien; Das ewige Rätsel Auschwitz; Staatsmythos Deutscher Herbst; Postone und seine Rezeption; Volkstumskampf und Sozialdemokratie; Antideutscher Show-Down; Nazi-Opfer als „Stalinisten“ u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorkasse/Briefmarken)
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Fax/Fon: 030 / 623 69 44

ZÄHNE ZUSAMMEN- BEISSEN !!



Lotta

ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS
UND MEHR

ABONNIEREN!

Lotta Dura erscheint vierteljährlich mit einem Umfang von ca. 36 Seiten. Faschistische Schläger, rassistische Schreibtischtäter, Braunzonen dieser Gesellschaft stehen im Blickpunkt unserer Recherche, doch ebenso sollen Diskussionen über antifaschistische Theorie und vor allem Praxis nicht zu kurz kommen.

Inhalt der 10. Nummer

BRIEFBOMBEN: EINSAMER BAJUWER?
BÜRSCHENSCHAFTEN: 1848 - 1938 - 1998
DIE „NEURECHTE“ STRATEGIE DER FPÖ
ULRICHBERG - NACHLESE

Probeexemplar: 20 ATS/ 5 DEM/ 1,808 Euro
Die Bezahlung erfolgt im voraus in bar oder in Briefmarken und zur Sicherheit im doppelten Umschlag: Der innere Umschlag enthält Begehr, Adresse und Bezahlung und wird mit H. Mader beschriftet und in das zweite Kuvert gesteckt, das mit der Adresse OH-Grüw., Postfach 101, A-1096 Wien beschriftet wird.

http://www.nadir.org/nadir/periodika/lotta_dura

ami

Das neue ami-
Themenheft ist da:

Innere Sicherheit

Kritische Analysen zur
aktuellen Debatte.

Themenauswahl:

- Die „Säulen“ Innerer Sicherheit
- Instrumentalisierung der Kriminalitätsstatistik
- Alternativkonzepte
- Einsatz der Bundeswehr im Innern

Bezug und Informationen:

✉ Elßholzstr. 11, 10781 Berlin
Tel./Fax: ++30-215 10 35
e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
WWW: <http://userpage.fu-berlin.de/~arend/ami.html>

**antimilitarismus
information**

Kriegsdienstverweigerer mit türkischem Paß

Etwa 350.000 türkische Wehrpflichtige haben sich bislang dem Militärdienst und damit dem von der Türkei geführten Krieg gegen KurdInnen entzogen. Und mehr als 100 türkische Staatsbürger, Türken und Kurden, die im Ausland leben, haben erklärt, sich diesem Krieg zu verweigern. Da Kriegsdienstverweigerung kein Asylgrund ist, droht ihnen in der Regel die Abschiebung. In Deutschland hat Mitte Februar Cemal Sinci öffentlich seine Kriegsdienstverweigerung bekanntgegeben.

Sincis türkischer Paß wurde im Herbst 1997 lediglich um ein halbes Jahr verlängert, um ihn zur Ableistung des Militärdienstes zu zwingen. Die Frankfurter Ausländerbehörde forderte ihn daraufhin auf, bis zum 12. Februar 1998 das Land zu verlassen. Sinci hat daher auch seinen legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland verloren.

Der 30jährige Mitarbeiter des Frankfurt Savaş Karşıtları Derneği (FSKD), einer Gruppe türkischer und kurdischer Kriegsdienstverweigerer, begründet seine Verweigerung nicht nur mit seinem Gewissen, er versteht sie auch als Mittel gegen die von der Türkei geführten Kriege, insbesondere jenem gegen die KurdInnen, der bis heute mehr als 30.000 Menschenleben gefordert hat und mehrere Millionen aus ihren Heimatorten vertrieben hat: „Die Kriegsdienst-

verweigerung ist für mich ein persönlicher Schritt, einen dritten, gewaltfreien Weg zur Lösung der Konflikte aufzuzeigen. Weder der Krieg des türkischen Militärs, noch der Guerillakrieg der PKK können zu einer demokratischen und gerechten Gesellschaft führen.“

Sinci protestiert aber auch gegen die Asylpolitik der westeuropäischen Länder: „Deutschland unterstützt die von der Türkei geführten Kriege massiv durch Waffenlieferungen, aber auch durch die Abschiebung von Wehrdienstentziehern und Kriegsdienstverweigerern. Deutschland liefert damit dem türkischen Militär die Wehrpflichtigen aus, anstatt ihre Entscheidung zur Kriegsdienstverweigerung zu unterstützen. Ich fordere mit dieser öffentlichen Erklärung Deutschland und die westeuropäischen Staaten dazu auf, Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei als Asylberechtigte anzuerkennen. Ich werde selbst Asyl beantragen, mit der Absicht, diese Praxis öffentlich zu machen.“

Sinci erklärt sich auch mit dem ersten türkischen Kriegsdienstverweigerer Osman Murat Ülke solidarisch, der seit seiner ersten Verhaftung im Oktober 1996 zu insgesamt 25 Monaten Haft und zur Zahlung von 625.000 türkischen Lira verurteilt wurde, unter anderem wegen „Distanzierung des Volkes zum Militär“.

Zuletzt wurde Osman Murat Ülke am 22. Jänner dieses Jahres vom Militärgericht in Eskişehir wegen Desertion zu zehn Monaten Haft verurteilt, da er zwischen seiner letzten Freilassung im Mai 1997 und seiner Festnahme im Oktober dem Befehl, in Bilecik einzurücken, nicht nachgekommen war. Nach Prozeßende wurde Osman Murat Ülke zur Militäreinheit in Bilecik überführt, wo er neuerlich die militärischen Befehle verweigerte. Er wurde daraufhin nach Eskişehir zurückgebracht, wo ihn nunmehr eine neue Anklage erwartet. Zur Zeit sitzt er dort im Militärgefängnis, ein Ende seiner Strafverfolgung ist nicht in Sicht.

Connection e.V./ Offenbach bittet um Protestbriefe an

Generalstab
der türkischen Armee
Genelkurmay Başkanlığı
Menekse 2
Sokak No. 16/7
Kızılay – Ankara
Türkei
Fax: 0090-312-418 53 41

und um unterstützende Postkarten oder Briefe an

Osman Murat Ülke
1. Taktik Hava Kuvvetleri
Komutanlığı
Askeri Cezaevi – 3. Koğuş
Eskişehir
Türkei

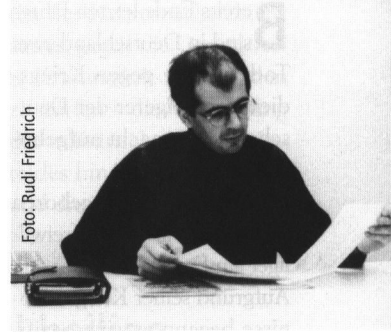


Foto: Rudi Friedrich
Cemal Sinci

Hingerichtete Wehrmachts-deserteure rehabilitiert

Bereits Ende letzten Jahres sind in Deutschland zwei Todesurteile gegen Kriegsdienstverweigerer der Deutschen Wehrmacht aufgehoben worden.

Hermann Stöhr, geboren 1898, nahm als Kriegsfreiwilliger am Ersten Weltkrieg teil. Aufgrund seiner Kriegserlebnisse begann er, sich pazifistisch zu engagieren, unter anderem beim Internationalen Versöhnungsbund. Anfang März 1939 verweigerte er die Einberufung zur Wehrmacht und wurde am 31. August des Jahres, einen Tag vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, verhaftet. Im Gefängnis verweigerte er den „Führereid“ und wurde deswegen vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt. Am 21.6.1940 wurde Stöhr enthauptet, als erster Kriegsdienstverweigerer, der von der nationalsozialistischen Justiz hingerichtet wurde.

Anfang Dezember 1997 hob das Berliner Landgericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft und aufgrund des Berliner Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts aus dem Jahr 1951 das Todesurteil gegen Stöhr auf. Unter Hinweis auf die ein halbes Jahr zuvor erfolgte Aufhebung des Urteils gegen Franz Jägerstätter kommt das Gericht zu dem Schluß, daß die Verurteilung aus rein politischen Gründen erfolgte. Mit dem Todesurteil gegen Stöhr „war die Abschreckung der Gegner des Nationalsozialismus generell und speziell derjenigen gewollt, die aus christlich bedingten Gründen als Gegner

des Nationalsozialismus den aktiven Wehrdienst verweigert haben“. Klarer noch als im Jägerstätter-Erkenntnis und unter Hinweis auf die Forschungsergebnisse von Manfred Messerschmidt, Norbert Haase und anderen hält das Gericht fest, daß die Wehrmachtsjustiz insgesamt keine unabhängige Justiz war, „da die politische und militärische Führung unmittelbar auf die Praxis der Wehrmachtsjustiz einschließlich des Reichskriegsgerichts Einfluß nehmen konnte“. Zur Beurteilung der Wehrdienstverweigerung unter dem Nationalsozialismus seien generell die heutigen

Gesetze, insbesondere also das Zivildienstgesetz, anzuwenden. Da Hermann Stöhr mehrfach seine Bereitschaft bekundet hatte, anstelle des Dienstes mit der Waffe einen Arbeitsdienst zu leisten, war seine Verurteilung schon deswegen rechtswidrig.

Mittlerweile ist auch ein Platz am Berliner Hauptbahnhof nach Stöhr benannt. Auf ihm steht das erste Denkmal Deutschlands, mit welchem ein hingerichteter Kriegsdienstverweigerer geehrt wird.

Ebenfalls auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat das Kölner Landgericht das To-

desurteil gegen den Marinesoldaten Rainer Beck aufgehoben. Am Tage von Becks Hinrichtung war der Krieg bereits fünf Tage zu Ende. Der Maschinenmaat war Ende 1944 aus Angst, als sogenannter „Halbjude“ in Deutschland hingerichtet zu werden, von einem Einsatz in den Niederlanden nicht zurückgekehrt. Das Landgericht begründete die nunmehrige Urteilsaufhebung damit, daß sich Beck bei seiner Fahnenflucht „in einem Notstand befunden“ habe. Er habe die Gefahr für sein Leben „ausschließlich durch seine Flucht aus der Marine abwenden können“. Für die Aufhebung des Todesurteils hatten sich jahrelang Dozenten und Studenten der evangelischen Fachhochschule Hannover eingesetzt.

MK

Kein Aprilscherz

Es war schon eine riesige Frechheit, daß der Beschluß des Parlaments „Frauen zum Heer“ halbwegs sang- und klanglos (bis auf Einsprüche der Grünen) über die Bühne gegangen ist. Aber eine noch größere Frechheit war, daß JournalistInnen diese Tatsache als Heil für die ganze Gesellschaft verkauften.

Am 1. April ist das Wunder geschehen: Die erlösende Rettung, die uns alle, Österreicher und Österreicherinnen, vor dem Bösen dieser Welt bewahren wird, ist auf uns hernieder gekommen. Jetzt gibt es nicht nur Götter und Göttinnen in Weiß, sondern auch in der Tarnfarbe Grün. Die Emanzipation hat gesiegt – sagen die einen, die es wohl nicht besser wissen

wollen. Denn wie kann jemand behaupten, daß dies ein Schritt vorwärts in der Gleichberechtigungsfrage ist? Frauen, genannt weibliche Rekruten, müssen die Befehle von Männern ausführen, jederzeit und jederorts. Das gehört zum Soldatenberuf! Frauen lernen dort für das Machtinteresse der Männer zu morden und auszubeuten. HERRSchaftsstrukturen müssen aufrechterhalten werden. Und genau diese muß Mann allen Österreichern – und dazu gehören mehr als 50% Frauen – schmackhaft machen. Nun fühlen sich auch Frauen vom Männermachtapparat angesprochen; ihnen wurde das Gefühl vermittelt, wichtig in der Bundesheerfrage zu sein. Und wofür?

Um der Sinnkrise des Bundesheeres entgegenzuwirken und die Akzeptanz in der weiblichen Bevölkerung zu steigern, damit eine Annäherung bzw. ein Beitritt zur Militärmacht NATO möglich wird. Denn bei einer Volksabstimmung dürfen in Österreich auch Frauen ihre Meinung kundtun.

Deshalb ließ es sich die Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit Wien nicht nehmen, am ersten Einrückungstermin der Frauen in Straß (Bezirk Leibnitz/Steiermark) ihre Anliegen vor der Kaserne klar aufzuzeigen: „Männer raus statt Frauen rein“, denn „SoldatInnen sind MörderInnen“.

TW

Bundesheer: Klaffen gegen Infiltranten

Major Pusztai versprach viel „Action“. Kein Soldat solle „nach Hause fahren und sagen: Es war nichts los.“ In einer Jubelmeldung berichtete die APA Mitte Jänner von der Aktion „Wachhund“: 2500 Soldaten, präsenzte Kräfte, Kaderpersonal, Grundwehrdiener und Milizsoldaten, übten ein neues Einsatzver-

fahren, den Raumschutz. Der imaginierte Feind der wohl nicht ganz zufällig im nördlichen Burgenland und in der Brucker Pforte angesiedelten Übung trat in Gestalt von vom Ausland eindringenden Terroristen auf. Geübt worden sei sehr realitätsnah, beispielsweise und wohl wiederum nicht ganz zufällig mit nächt-

lichen Hubschrauberflügen. Von den Truppen sei hohe Flexibilität gefordert gewesen, denn: „Subversive Aktivitäten sind nicht so leicht kalkulierbar, der Feind tritt als Infiltrant, als Saboteur auf – und nicht nur als Uniformierter, sondern auch als Zivilist. Militärische und zivile Objekte, etwa eine ORF-Sendestation,

mußten „von den Infiltranten gesäubert werden“.

Die Übung, die laut APA „Kosten von kaum mehr als zehn Millionen Schilling verursacht“ habe, demonstriert – wie etwa auch das Begehren des Heeresnachrichtendienstes, gegen die Organisierte Kriminalität tätig werden zu dürfen – die Verlagerung des militärischen Tätigkeitsfeldes hin auf ZivilistInnen und die innere Sicherheit.

MK

Hochgradverschwörer Stadler

Die Freimaurer sind unter uns, genauer: „italienische Hochgradfreimaurer des Schottischen Ritus“. Vor zwei Jahren, im April 1996, gelang es ihnen, unerkannt nach Kärnten einzudringen, um dort zum Zwecke der Wiederaufnahme von einstmals vom legendären Logenmeister Licio Gelli (siehe ZOOM 4+5/96) hergestellten Verbindungen mit ihren „österreichischen ‚Gesinnungsfreunden‘“ ein „Arbeitsessen“ abzuhalten. Nur dem freiheitlichen Klubobmann im Parlament, Ewald Stadler, ist es zu verdanken, daß die Verschwörung aufgedeckt und Ex-Innenminister Caspar Einem „von diesen bedenklichen Tatsachen und Indizien im September 1996 in geeigneter Art in Kenntnis gesetzt“ werden konnte.

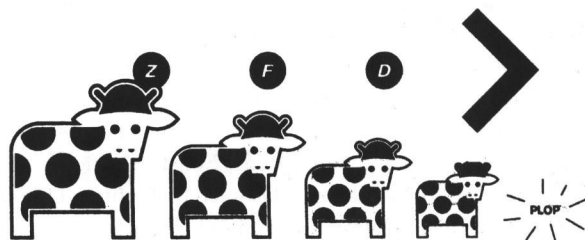
Doch anstatt die italienische Mafia zu zerschlagen, ließ Einem Gelli weiterhin freie Hand, sodaß das profil im Sommer letzten Jahres von neuen gefährlichen Machenschaften des emeritierten P-2-Chefs, gar einer mutmaßlichen Vorbereitung zum Staatsstreich berichten konnte. Da auch Einems Nachfol-

ger offensichtlich nicht gewillt ist, den „bedenklichen Freimaurerumtrieben in und um (sic!) Österreich“ ein Ende zu setzen, frägt der um die Sicherheit des österreichischen Volkes allzeit besorgte Stadler nun in einer parlamentarischen Anfrage (XX.GP-NR, 3831 J, 11.3.1998) nach, was Schlögl „nach Kenntnis des Berichtes im ‚profil‘ im einzelnen unternommen“ und, die Antwort vorwegnehmend, warum der Innenminister „keine Maßnahmen gesetzt“ habe. Um keine Zweifel an der denunziatorischen Stoßrichtung seiner Anfrage aufkommen zu lassen, erkundigt sich Stadler bei Schlögl weiters, ob ihm Einem „konkrete Maßnahmen gegen die Gefahr einer Verflechtung österr. Vereine bzw. Vereinsmitglieder mit ausländischen Verbrecherorganisationen vorgeschlagen“ habe.

Uns hingegen würde vielmehr interessieren, welche „Arten“ die Freiheitlichen, respektive ihre Informanten, denn als zur Inkenntnissetzung von Innenministern „geeignet“ erachten.

MK

„Plop“: GSoA will heilige Kuh erneut schlachten



Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) startete am 17. März zwei neue Gesetzesinitiativen, die einer Volksabstimmung unterzogen werden sollen. Die erste dient der Errichtung eines freiwilligen Zivilen Friedensdienstes. Die Freiwilligen, Frauen und Männer, sollen sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen und in Konflikten vermitteln, bevor es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt. Die Einsätze erfolgen in Zusammenarbeit mit Friedens-, Entwicklungs-, Frauen- und Umweltorganisationen und werden, „solange in der Schweiz ein Zivildienst besteht“, auf diesen angerechnet. Finanziert werden soll der Zivile Friedensdienst durch öffentliche Mittel, bestehende Arbeitsplätze darf er nach der Gesetzesvorlage nicht gefährden.

Mit der zweiten Initiative unternimmt die GSoA neuerlich den Versuch, das Schweizer Heer abzuschaffen. Die Bundesverfassung soll um eine Bestimmung ergänzt werden, in der es schlicht heißt: „Die Schweiz hat keine Armee“. Gleichzeitig soll eine den Grundsätzen der Demokratie, der Menschenrechte und der gewaltfreien Konfliktbearbeitung verpflichtete „glaubwürdige Sicherheitspolitik“ festgeschrieben werden. Zivile Dienstleistungen der Armee werden von zivilen Behörden übernommen. „Bewaffnete Beteiligungen an internationalen Friedensbemühungen außerhalb der Schweiz“ schließt die Initiative allerdings nicht obligatorisch aus. Diese sind aber dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten.

MK, WWW.GSOA.CH

Eine Mine ist eine Mine ist tödlich!

Daimler-Minen stoppen!“ will Fahrzeugminen ausbremsen und nicht bei Personenminen halt machen.

1997 endete für die internationale Landminenkampagne mit einem Erfolg: Personenminen sind mit der Verabschiedung der Landminenkonferenz endlich geächtet. Aber Fahrzeug-Minen – zum Beispiel von Daimler-Benz – sind erlaubt! Deshalb ruft der Initiativkreis „Daimler-Minen stoppen!“ zu Aktionen gegen deutsche Minenproduktion und für zivile Minenräumung auf. 100 Millionen Mark will der deutsche Bundestag 1988 für Minen ausgeben. Für zivile Minenräumung hat er aber nur achtzehn Millionen übrig. Deshalb fordert „Daimler-Minen stoppen!“ mehr Geld für ziviles Räumen.

Denn alle 20 Minuten wird ein Mensch Opfer der weltweit 120 Millionen auto-

matischen Killer. Ginge die Räumung im bisherigen „Tempo“ weiter, würde sie 1000 Jahre dauern. Um das zu verhindern, sammelt „Daimler-Minen stoppen!“ in der zweiten Kampagnenphase nach 1996/97 jetzt Unterschriften. Sie werden unter dem Motto „Keine Mark für neue Minen“ im Bundestagswahlkampf 1998 übergeben. Die Organisatoren bereiten außerdem einen Kaufboykott von Daimler-Dienstwagen vor. Der Konzern soll nach Abwicklung des Bundeswehrauftrages aus der Minenproduktion aussteigen und Verantwortung für Menschen in fernen Ländern zeigen. Sonst versucht die Daimler-Tochterfirma DASA womöglich, ihre Fahrzeugminen vom Typ PARM in Krisengebiete zu exportieren.

Bis zu 45 % aller Minenopfer in Bosnien wurden von Fahrzeugminen zerrissen, die

Busse und Autos sprengten. Die Vorstandsbosse aus Stuttgart und ihre „Kunden“ führen dagegen ins Feld, daß ihre Waffen in Zukunft so „intelligent“ sein sollen, daß sie einen Bus von einem Panzer unterscheiden können. Auch nach dem Ottawa-Abkommen dürfen Fahrzeugminen mit solchen Bomben ganz legal zwecks „Räumresistenz“ „geschützt“ werden. Weil diese Minen Zivilisten gefährden, setzt sich „Daimler-Minen stoppen!“ weiterhin für das Verbot aller Arten von Minen ein. Vernebelnde Wortungetüme wie „Aufhebesperre“ oder „automatisierte Panzerfaust“ dürfen die Bürger nicht täuschen: Eine Mine ist eine Mine ist tödlich!

Um Verteidigung geht es den Militärs mit den High-Tech-Minen von Daimler-Benz wohl kaum. Unmißverständlich heißt es in einer Ar-

meezeitschrift: Moderne Minen sollen „nicht nur das Gefecht wesentlich beeinflussen, sondern es auch entscheiden können. Der Schwerpunkt in der Wirkung wird von bisher ‚Hemmen und Sperren‘ auf ‚Vernichten‘ gesteigert.“ Diese qualitative Aufrüstung im Norden dürfte die armen Länder auf der Südhalbkugel der Erde zu noch größeren Ausgaben für Minen veranlassen. Der Nord-Süd-Konflikt darf nicht durch High-Tech-Minen verschärft werden. Deshalb: „Daimler-Minen stoppen!“

Kontaktadressen:
werkstatt für gewaltfreie Aktion, Am Karlstor 1; D-69117 Heidelberg, Tel: 0049-711-60 83 96, Fax: 60 83 57
Obne Rüstung Leben, Sophienstr. 19, D-70178 Stuttgart, Tel/Fax: 0049-62 21-16 19 78
Rüstungs-Informationsbüro, Umkirchner Str. 37, D-79112 Freiburg, Tel/Fax: 0049-76 65-51 868

Gegen den Kommers!

Am 16. Mai laden Österreichs national-freiheitliche Burschenschaften schmissige Germanomanen aus allen „deutschen Gauen“ in die Wiener Hofburg zum Revolutionskommers ein. Der Kommers stellt dabei nur den Höhepunkt der burschenschaftlichen Kampagne dar, die, angesichts des „Anschluß“ vor 60 Jahren, in einem anderen Licht gesehen werden muß. Die Selbstdarstellung als demokratische Revolutionäre stellt eine Art „rituellen Reinwaschungsversuch“ vom Nationalsozialismus dar.

Dabei spielten die Burschenschaften seit ihrer Gründung im Jahr 1815 immer eine reaktionäre Rolle. 1848 stellten sich die Burschenschaften rasch auf die Seite der Herr-

schenden und gegen die aufständischen ArbeiterInnen, in der Zwischenkriegszeit bildeten sie (gerade in Österreich) die Speerspitze der Nazibewegung, heute stellen sie den harten Kern des österreichischen Rechtsextremismus (z.B. als Führungskader der FPÖ

oder des ÖTB), aber auch militanter Neonazigruppen wie der VAPO, dar.

Nähere Infos unter:
<http://bang.oeb.net>,
email: bang@oeb.net
snail mail:
BANG!, c/o ÖH-GRUWI,
PF 101, 1096 Wien

Katzenmusik gegen Staat und Patriarchat! Antifaschistisches Revolutionäres Ringspektakel



DEMO TREFFPUNKT:
Sa, 16. Mai 18h
Rampe vor der
Uni Wien
Dr. Karl Lueger Ring 1

SPEKTAKEL
19h Heldentor am Ring

SPAZIERGANG
vorbei an den
B!-buden
21h Heldentor am Ring

Von der PfP zur Vollmitgliedschaft

Im Jahr 1995 hat die österreichische Bundesregierung das Rahmendokument der Partnerschaft für den Frieden (PfP) unterzeichnet und damit einen deutlichen Schritt in Richtung NATO-Mitgliedschaft gemacht. Die NATO verfolgt mit der Partnerschaft für den Frieden ausdrücklich das Ziel, potentielle neue Mitglieder auf ihre künftige Rolle in der Allianz vorzubereiten.

Die Annäherung Österreichs an die NATO ist in vollem Gang. Noch vor dem Sommer dieses Jahres sollen im Parlament zwei weitere

Abkommen mit der NATO ratifiziert werden.

Das Dokument enthält Bestimmungen über die Entsendung eigener Truppen in ein NATO- oder PfP-Land. Diese Bestimmungen sind grob neutralitätswidrig und beinhalten u.a. folgendes:

- Diverse Befreiungsbestimmungen für ausländische Truppen in Österreich (Sichtvermerk, Einreisekontrolle, Strafbestimmungen, ...).
- Die Möglichkeit des Waffenbesitzes und -tragens ausländischer Soldaten in Österreich.

• Regelungen bezüglich der Gültigkeit der Strafgerichtsbarkeit.

• Verzicht auf alle Ansprüche im Schadensfalle. Die Ungleichheit der Partner wird aufgrund dieses Vertrages sehr deutlich.

Unser Verständnis von Neutralität ist die aktive Gestaltung von Außenpolitik. Neutralität bedeutet, daß Konfliktparteien zu einem Dialog eingeladen werden, wobei die Neutralitätspolitik moderierend wirkt und keine Machtinteressen im Konflikt verfolgt. Militärische Mittel

sind für zivile Formen der Konfliktaustragung ungeeignet. Militärisches Denken und der umgeschnallte Patrochengürtel behindern die Entwicklung von Konfliktlösungsmodellen. Wir treten deshalb für eine unbewaffnete Neutralität und für die Stärkung ziviler Modelle der Konfliktregelung ein.

Wir wollen den Stop jeglicher Aufrüstung des österreichischen Bundesheeres, keine weitere Militarisierung der Gesellschaft und eine konsequente Abrüstung mit dem Ziel der Auflösung militärischer Herrschaftsstrukturen.

Petition Nein zu NATO und WEU

Die österreichische Bundesregierung hat bereits einige Abkommen mit dem Militärbündnis NATO abgeschlossen. Zuletzt wurden das Truppenstatut, wie es auch für Vollmitglieder der Militärallianz gilt, und das Status of Forces Agreement (NATO-SOFA) in den Nationalrat gebracht. Beide Dokumente sind Staatsverträge mit verfassungsänderndem Charakter und müssen daher auch vom Parlament angenommen werden. Aufgrund der Bestimmungen dieser Dokumente konnte beispielsweise der Pilot des NATO-Jägers, der das Seilbahnunglück in Cavalese verursacht hatte, von den italienischen Behörden nicht einmal strafrechtlich verfolgt werden, obwohl er mit seinem Verhalten 21 Menschen fahrlässig getötet hat.

NEIN ZUM NATO-STATUT

Keine weitere Aushöhlung der „immerwährenden Neutralität“!

Keine Mitgliedschaft in einem Militärbündnis - Nein zur Annäherung an die NATO!

Schluß mit der Militarisierung der Gesellschaft - Neutralität braucht keine Waffen!

Für eine aktive Friedenspolitik!

Die UnterzeichnerInnen fordern den Nationalrat auf, das NATO-Truppenstatut und das sogenannte NATO-SOFA nicht zu ratifizieren.

Vor- und Zuname	Anschrift	Geburtsdatum Datum der Unterstützung	Unterschrift

Informationen und Petitionslisten bei: ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit Wien,
Schottengasse 3a/1/59, 1010 Wien, Tel: 01/5359109, Fax: 01/5327416, e-mail: arge.wdv@blackbox.at

Rücksenden bis zum 15. Mai 1998!

Enquete

Die Zukunft der Neutralität

Zur außen- und sicherheitspolitischen Option Österreichs im neuen Europa

Mi., 13. bis Sa.,
16. Mai 1998 – Graz,
Universitätszentrum Wall,
Merangasse 70,
8010 Graz

Die österreichische Neutralität ist in Diskussion geraten. Da sich die Bundesregierung gemäß dem Koalitionsabkommen verpflichtet hat, bis Ende März einen sogenannten Optionen-Bericht vorzulegen, in dem sich aller Voraussicht nach die ÖVP für einen bedingungslosen und raschen Beitritt zur NATO und die SPÖ für eine (vorläufige) Beibehaltung des Neutralitätsstatus aussprechen werden, scheint der Zeitpunkt günstig, eine grundlegende, möglichst breite Debatte über Sinn, Zweck und Zukunft der Neutralität im sogenannten „Neuen Europa“ zu führen.

Die Tagung gliedert sich in zwei Teile: den wissenschaftlichen und den politischen Diskurs. Im wissenschaftlichen Teil werden die europäischen Rahmenbedingungen der österreichischen Neutralität reflektiert sowie völkerrechtliche Gesichtspunkte der österreichischen Sicherheitspolitik besprochen. Im politischen Diskurs werden die Optionen diverser europäischer neutraler Staaten dargestellt und die Sicht der europäischen Sicherheitsarchitektur vom Blickwinkel der OSZE und der NATO sowie aus osteuropäischer Perspektive besprochen. Abschließend sollen konkrete Optionen für die österreichische Außenpolitik im 21. Jahrhundert diskutiert werden.

Als ReferentInnen konnten die Außenminister der anderen neutralen Staaten, WissenschaftlerInnen aus der Schweiz, Deutschland, Schweden und Rußland sowie Vertreter der NATO und der OSZE gewonnen werden.

Die Tagung bietet Grundsatzreferate, buntbesetzte Diskussionsrunden und viel Zeit zur eingehenden Diskussion und Erörterung in Arbeitskreisen.

Geplant sind Referate u. a. mit:

Giancarlo ARAGONA, Generalsekretär der OSZE, Wien • Dr. Karl-Heinz KAMP, Konrad-Adenauer-Stiftung • Mag. Bruno KAUFMANN, Univ. Göteborg • Univ.-Prof. Dr. Ekkehart KRIPPENDORFF, J. F. Kennedy-Institut, FU Berlin u. a. • Ramon LOPEZ-REYES, Ph. D. Kailua, Hawaii
Gesamtleitung: Dr. Karl A. Kumpfmüller, Mag. Regina Senarclens de Grancy, Grazer Büro für Frieden und Entwicklung, Wielandgasse 7, 8011 Graz,

Nähere Informationen:
Tel.: 0316/872-2013,
Fax: 0316/872-2014
e-mail: gbfe@magnet.at

Demonstration

Nein zu NATO und WEU – Für Frieden und Neutralität

Freitag, 15. Mai 1998,
16 Uhr
Treffpunkt:
Schillerpark Linz

Ganztägiges Seminar des Kritischen Kreises
in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift ZOOM:

Freiheitliche Sirenen Jörg Haider und die Postmoderne in der Politik

Referate von Franz Schandl und Gerhard Scheit mit anschließender Diskussion

am Samstag,
den 16. Mai 1998

Die Linken und die Antifaschisten beschäftigen sich hauptsächlich damit, Haiders Nähe zum Rechtsextremismus und Neonazismus nachzuweisen. Die Frage ist aber,

warum er sich in der Öffentlichkeit der heutigen Demokratie wie ein Fisch im Wasser bewegt.

Anmeldungen bitte an den Kritischen Kreis, p.A. Dr. Franz Schandl, Margaretenstr. 71-73/23, 1050 Wien, Tel. und Fax 548 77 99. Unterlagen und Angaben über Ort und Zeit werden den TeilnehmerInnen rechtzeitig übermittelt.

Aut# – Cartoons und Wandzeitungen Ein Ausstellungsprojekt des „Pokret za mir“ Pancevo/Vojvodina

Salzburg,
Kulturgelände Nonntal
Veranstaltungstrakt
bis 13. Mai

„Dieses Projekt als Ausdruck des Widerstandes gegen alle Formen nationalistischer und

populistischer Propaganda: gegen Primitivität als den stärksten Anhaltspunkt des Totalitarismus und gegen Kitsch als dominantes kulturelles Modell.“
(Aleksandar Zograf, Pancevo).

Grenzcamp

zur Thematisierung von Festung Europa, Rassismus, „Grenzschutz“ etc.

10.–16. August
in der Nähe von
Mattersburg/Burgenland

Geplant sind Workshops, Vorträge, Kulturprogramm u. a.

Gesucht werden Ideen, Leute und Gruppen, die mitorganisieren wollen, und Geld zur Finanzierung

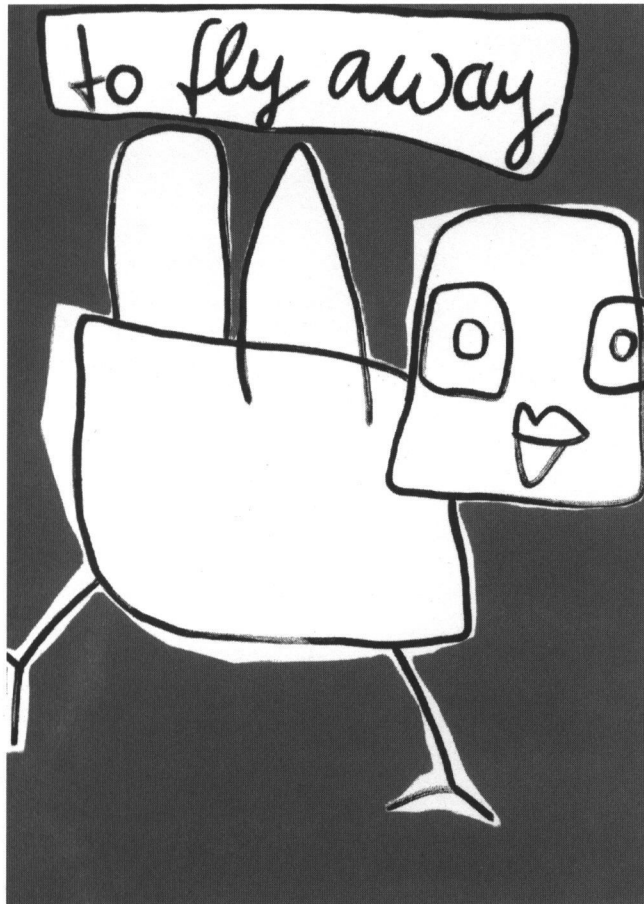
Kontakt: FAZ, Postfach 173, 1100 Wien, anti-eu@batcomputer.btu.tuwien.ac.at
Regelmäßige Treffen jeden Samstag, 16 Uhr, im Ernst-Kirchweiger-Haus, Wielandgasse 2–4, 1100 Wien (U1 Keplerplatz).

Infoladen KAMTSCHATKA

Zivildienstberatung, Bücher, Zeitschriften
jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 15.30–16.30 Uhr
Laaer Straße 6
2100 Korneuburg

Yvonne Alexandra Mühlheim

WARUM KUNST?



Ein Fundstück, das eine mögliche Antwort auf eine (un)mögliche Frage versucht. Als ich neulich eine Freundin besuchte, lotete die bald dreijährige Charlotte das anarchistische Potential der „Warum-Frage“ aus. Wer auf alle Fragen mit Warum weiterfragt, steht irgendwann vor dem Ende aller rational-kausalen Erklärungen. Wer gar nicht Warum fragt, macht schon vor Beginn dieses Weges kehrt. Viel Spaß!

... warum machen wir die Zeitung, warum machen wir die Kunst, warum machen wir die das? Eine Frage in periodischen Abständen als Indikator für (vermeintliche?) Erfolg- und Wirkungslosigkeit, oder aber dafür, daß, wer Erfolg hat, im Bereich zum Fach wird, und rechtzeitig zu denken aufhören muß Warum, darum: viel Spaß

GEMEINSAM SICHER UNTER DEM DACH DER UNO

Freitag, 15. Mai 1998, 9.30 bis 12.00 Uhr im AUSTRIA CENTER

Wer oder was bedroht die Republik?
Was wird in Zukunft die Grundlage der Sicherheit
des Landes bilden? Worin liegen die Chancen der
relativ günstigen sicherheitspolitischen Lage?
Mit welchen Mitteln kann Vertrauen und Frieden
in Europa gebildet werden?

Die Grünen wollen mit **Gemeinsam sicher**
einen Vorschlag unterbreiten, wie die österreichische
Neutralitäts- und Sicherheitspolitik weiterent-
wickelt werden könnte.
Es gibt Alternativen zur Nato-Integration. „Ge-
meinsam sicher unter dem Dach der UNO“ ist ein
Vorschlag, mit dem die Grünen der Sicherheits-
diskussion eine neue Richtung geben wollen.

MIT

Andreas Wabl

Abgeordneter zum Nationalrat

Erwin Lanc

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten a.D.

Lutz Unterseher

Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik

Botschaftsrat

Alexander Nikolajev

Botschaft der Russischen Föderation

Vertreter/in der

Botschaft der Vereinigten Staaten

(angefragt)

u.A.w.g. unter 01 / 40 110-6703 oder -6566

Die Grünen haben als erste Partei in Österreich
einen Optionenbericht zur künftigen Sicherheitspolitik
erstellt. Mit „Sicher ohne Nato“ zeigen die Grünen
eine Reihe von möglichen Optionen in der Sicherheits-
politik auf und beziehen klare Positionen. Bestellen Sie

Sicher ohne Nato

OPTIONENBERICHT DER GRÜNEN

Grüner Klub im Parlament

z.Hd. Sylvia Schmid

Parlament, 1017 Wien

sylvia.schmid@gruene.at

Jetzt neu: **planet** Nr. 5

Schwerpunkte: **Widerstand gegen das M.A.I.**
EU-Recht und Gentechnik-Volksbegehren
Lösungsvorschläge für den Konflikt im Kosovo
Globalisierung, Nachhaltigkeit, Demokratie

Noch erhältlich: Nr. 4 – Schengen / Kurden / Algerien /
EU-Sicherheitspolitik, NATO-Beitritt oder Neutralität
Nr. 3 – Grüne wohin? / Freizeitverhalten
Nr. 2 – NATO-Osterweiterung + Programm-Beilage

planet

ZEITUNG FÜR POLITISCHE ÖKOLOGIE

herausgegeben von der Grünen Bildungswerkstatt

Probeexemplare: GBW Bund, Lindengasse 40, 1070 Wien, Tel. 01 / 526 91 11

Fax 01 / 526 91 15, E-mail: planet@gruene.at, Web-Site: <http://planet.gruene.at>

